

Otmar Franz (Hrsg.)

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für den deutschen Mittelstand

EU-Ost 

INHALTSVERZEICHNIS

Dr. Otmar Franz

Vorsitzender des Kuratoriums des RKW – Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V.

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für den deutschen Mittelstand	6
--	----------

TEIL 1

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für den deutschen Mittelstand aus der Sicht der Politik	12
--	-----------

Wolfgang Clement

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Förderung der Chancen des Mittelstands bei der Osterweiterung durch die Bundesregierung	13
--	-----------

Matthias Platzeck

Ministerpräsident des Landes Brandenburg:

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung aus der Sicht des Brandenburger Ministerpräsidenten	19
--	-----------

Harald Schartau

Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen:

EU-Osterweiterung aus der Sicht des nordrhein-westfälischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit	25
--	-----------

Dr. Bernd Rohwer

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein:

Zusammen wachsen – aus der Sicht des schleswig-holsteinischen Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	30
---	-----------

Petra Roth Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main: Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung aus der Sicht der Frankfurter Oberbürgermeisterin	37
Prof. Dr. Günter Rinsche Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung: Die richtige Weichenstellung für Europa	42
Friedhelm Ost Staatssekretär a.D.: Verbesserung politischer Rahmenbedingungen für einen dynamischen Aufbruch des Mittelstands	52
Christa Thoben Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur a.D.: Bewusst auf Chancen der Osterweiterung setzen	58
 Teil 2 	
Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für den deutschen Mittelstand aus der Sicht von Wissenschaft und Wirtschaft	62
Prof. Dr. Gerhard Fels , Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, in Zusammenarbeit mit Hubertus Bardt und Klaus-Heiner Röhl : 21 Thesen zur EU-Osterweiterung	63
Prof. Dr.-Ing. Günter Spur Technische Universität, Berlin: Die EU-Osterweiterung – eine Herausforderung für den technologischen Fortschritt	71
Dr. Helga Steeg Exekutivdirektorin der Internationalen Energie-Agentur IAE, a.D.: Längerfristig planen, um frühzeitig präsent zu sein	77

Prof. Dr. Clemens Börsig Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG: Chancen ergreifen – Risiken minimieren!	82
Friedel Fleck Präsident der Hauptverwaltung Düsseldorf der Deutschen Bundesbank: EU-Osterweiterung: Veränderte Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand	91
Joachim Dirschka Präsident der Handwerkskammer zu Leipzig: Die EU-Osterweiterung und ihre Auswirkungen auf das Handwerk – Anforderungen an die Politik	100
Hans-Christoph Noack Frankfurter Allgemeine Zeitung: Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung aus Sicht der Medien	106
Dr. Ludwig Baumgarten Mitglied des Vorstands Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.: Chancen und Risiken für die Luft- und Raumfahrtindustrie durch die EU-Osterweiterung	111
Dr.-Ing. Jürgen Großmann , Geschäftsführender Gesellschafter Georgsmarienhütte Holding GmbH, in Zusammenarbeit mit Nikolaus Schuck : Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Georgsmarienhütte Unternehmensgruppe	119
Matti Paasila Vorsitzender der Gruppenleitung Sarna Kunststoff Holding AG: Die EU-Osterweiterung – Chancen für die Sarna Kunst- stoff Holding AG	124

Anhang

Mitglieder des RKW-Kuratoriums	127
Veröffentlichungen des RKW-Kuratoriums	131

Otmar Franz

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für den deutschen Mittelstand

Mit der Osterweiterung der EU im nächsten Jahr wird 14 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands auch die Teilung Europas überwunden. Europa wird zu einer Friedensgemeinschaft, um die uns frühere Generationen beneidet hätten. Aber eine so schwerwiegende, ja historische Änderung der politischen Landschaft birgt neben den Chancen auch erhebliche Risiken in sich. Das Kuratorium des RKW des Rationalisierungs- und Innovationszentrums der Deutschen Wirtschaft hat sich daher in seiner letzten Jahressitzung intensiv mit den Auswirkungen dieser Osterweiterung für den deutschen Mittelstand beschäftigt. Einigkeit bestand zwischen den Wissenschaftlern, Politikern, Unternehmern und Gewerkschaftlern, die dem RKW-Kuratorium angehören, dass die Osterweiterung kommt und dass sie begrüßt wird. Aber die Beurteilung der Chancen und Risiken ist naturgemäß unterschiedlich.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, unser Kuratoriumsmitglied Wolfgang Clement, in dessen Ministerium die letzte Jahrestagung stattfand, fordert mehr Mut zur Zukunft auch und gerade für die Osterweiterung. In Anbetracht der großen Herausforderungen der Osterweiterung für den deutschen Mittelstand konzentriert sich Wolfgang Clement auf die konkreten Hilfen der Bundesregierung, u.a. in der neuen Außenwirtschaftsoffensive, damit die Chancen der Erweiterung vom Mittelstand voll genutzt werden können.

Aus der Sicht ihrer Bundesländer ergänzen der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Matthias Platzeck, der Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen Harald Schartau und der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein Dr. Bernd Rohwer in ihren Beiträgen die konkreten Initiativen ihrer Länder für den Mittelstand.

Zurecht weist Matthias Platzeck darauf hin, dass Brandenburg – und speziell Ostbrandenburg – bei der EU-Osterweiterung als Scharnier an

der Nahtstelle zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten eine besondere Bedeutung zukommt. Mit rund 250 km Grenze zu Polen und den historisch gewachsenen Bindungen innerhalb der Region bestehen gute Ausgangsbedingungen für den Mittelstand. Dennoch ist u.a. die Markterschließungsrichtlinie Brandenburg für mittelständische Unternehmen beim Gang auf neue Märkte hilfreich. Ziel ist es, wie Matthias Platzeck ausführt, Brandenburg aus der ungünstigen Randlage zu lösen und wirtschaftlich in die Mitte Europas zurückzubringen.

Der Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen betont die Chancen, die die EU-Osterweiterung den mittelständischen Unternehmen bietet. Harald Schartau weist darauf hin, dass ein großer Teil der 700.000 mittelständischen Unternehmen in NRW die Bedeutung der Erschließung der mittel- und osteuropäischen Absatzmärkte erkannt hat. Das Europa-Fit-Programm und das Beratungsprogramm Wirtschaft tragen Früchte.

Der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein verweist auf die geoökonomischen und geohistorischen Aspekte der Osterweiterung für Deutschland und in besonderem Maße auch für Schleswig-Holstein. Für die deutschen Ostseehäfen wird bis 2015 eine Umschlagssteigerung von mehr als 60 % erwartet. Zu recht fordert Bernd Rohwer aber die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand und verweist dazu auf die im letzten Jahr von Schleswig-Holstein gestartete Mittelstandsoffensive, die von den Wirtschaftsministern aller Bundesländer mitgetragen wird.

Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth zeigt auf, dass auch Regionen mit räumlichem Abstand zu den neuen Beitrittsländern, vor allem wenn sie voll in das europäische Fernwegenetz eingebunden sind, gute Chancen haben, von der Markterweiterung zu profitieren. So verfügt der Frankfurter Raum via Flughafen über mehr als 400 planmäßige Flugverbindungen zu den wichtigsten Zentren in Mittel- und Osteuropa, mehr als Paris und London zusammen.

Prof. Dr. Günter Rinsche, der langjährige Präsident der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, mahnt die richtige Weichenstellung für Europa an. Wie schon Ludwig Erhard vor 50 Jahren ausführte, wächst der Wert menschlicher Arbeit mit der Weite des Geschäftsgebietes.

Voraussetzung für die Nutzung der Chancen in diesem entstehenden großen Wirtschaftsraum ist allerdings, daß auch Westeuropa durch eigenen Strukturwandel verstärkt Exporte der mittel- und osteuropäischen Länder ermöglicht. Die richtige Weichenstellung für Europa hat eine globale Dimension.

Eine Verbesserung politischer Rahmenbedingungen für einen dynamischen Aufbruch des deutschen Mittelstandes fordert der ehemalige Staatssekretär Friedhelm Ost. Die Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes und eine spürbare finanzielle Entlastung des Faktors Arbeit sind zur Nutzung der Chancen erforderlich. Besonders weist Friedhelm Ost auf die wichtige Brückenfunktion hin, die die MOE-Staaten übernehmen können, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa wesentlich und dauerhaft zu stärken.

Die Ausführungen der Politiker werden durch den Beitrag der ehemaligen Berliner Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Christa Thoben abgerundet. Für sie stellt der mit der Osterweiterung verbundene Wandlungsprozess einen besonders intensiven und bedeutsamen Teilausschnitt der generellen Tendenz zur Globalisierung und Internationalisierung der Märkte dar.

Alle Politiker im RKW-Kuratorium stimmen mit Christa Thoben überein, dass die wechselseitigen Anstöße von Integration und Wachstumsdynamik nur von denen zu ihrem Vorteil genutzt werden können, die bewusst auf die Chancen der Osterweiterung setzen und mit geeigneten Strategien auf den Anpassungsdruck antworten. Dabei kann die Politik, wie in den Beiträgen im einzelnen ausgeführt wird, mit verbesserten Rahmenbedingungen und geeigneten Fördermaßnahmen für den deutschen Mittelstand Unterstützung geben.

Im zweiten Teil kommen Mitglieder des RKW-Kuratoriums aus Wissenschaft und Wirtschaft zu Wort.

Prof. Dr. Gerhard Fels, Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft, ist davon überzeugt, dass die Osterweiterung der EU einen spürbaren Wohlstandsgewinn bringt. Von der Verbesserung der Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung werden zunächst die nachholenden Staaten stärker profitieren als die west-

europäischen Unternehmen. Deutschland muss sich fit für die neue Konkurrenz machen. Beide Seiten werden erhebliche Gewinne aus der Wirtschaftsintegration ziehen, wenn sich die Beitrittsländer und die Hochlohnländer der Europäischen Union auf ihre jeweiligen komparativen Vorteile spezialisieren.

Prof. Dr. Günter Spur von der Technischen Universität Berlin betont, dass neue Technologien der Wirtschaft von morgen ihren Stempel aufdrücken werden. Über Netzwerke wird der Innovationsdruck zu schnell verfügbaren Technologiepotenzialen führen. Der wirtschaftliche Aufbau Ostmitteleuropas wird als Technologieexpansion für alle Beteiligten Nutzen bringen. Die Europäische Union muss als Technologie-Union zusammenwachsen, die nach Wachstum drängt, um sich als Sozial-Union entfalten zu können.

Längerfristig planen, um frühzeitig präsent zu sein, fordert die langjährige Exekutivdirektorin der Internationalen Energie-Agentur Dr. Helga Steeg. Gerade weil mittelständische deutsche Unternehmen komparative Vorteile gegenüber Unternehmen aus anderen EU-Ländern haben, müssen sie frühzeitig in den neuen Märkten präsent sein, um die sich bietenden Chancen unverzüglich zu nutzen.

Dies wird von Prof. Dr. Clemens Börsig, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG, unterstrichen. In der erweiterten Union werden die Anforderungen an eine wachstumsfreundliche, standortorientierte Wirtschaftspolitik wachsen. Die Erweiterung wird Nachteile bringen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Strukturen nicht auf die veränderten Bedingungen reagieren. Wenn der Staat für angemessene Rahmenbedingungen sorgt, wird die deutsche mittelständische Wirtschaft mit ihren traditionellen Stärken von dem größeren Markt profitieren.

Friedel Fleck, Präsident der Hauptverwaltung Düsseldorf der Deutschen Bundesbank, weist darauf hin, dass die Beitrittsländer zwar Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion werden, dass aber die Teilnahme an der dritten Stufe, d.h. die Einführung des Euro, erst am Ende eines strukturierten Konvergenzprozesses steht. Bei den zu erwartenden dynamischen Veränderungen im Unternehmensumfeld dürften die zukünftigen Wechselkursentwicklungen der Währungen der Beitrittsländer eine besondere Rolle spielen.

Zu den Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Handwerk nimmt Joachim Dirschka als Präsident der Handwerkskammer zu Leipzig und des Sächsischen Handwerkstages Stellung. Joachim Dirschka verweist darauf, dass vor allem arbeitsintensive Branchen wegen der lohnkostenbedingten Wettbewerbsnachteile unter einen erheblichen Anpassungsdruck geraten werden. Die Förderung grenzüberschreitender Unternehmenskooperationen, die Verringerung bestehender Informationsdefizite, Hilfe bei der Überwindung von kulturellen Hürden und Sprachbarrieren sind wichtig. Insgesamt ist aber auch Joachim Dirschka davon überzeugt, dass Mittelstand und Handwerk in Deutschland mit der ihnen eigenen Flexibilität die Herausforderung der Osterweiterung bestehen werden, wenn die Politik die Rahmenbedingungen verbessert.

Hans-Christoph Noack von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beleuchtet die Chancen und Risiken der Osterweiterung aus der Sicht der Medien. In den Medien wird – wie Hans-Christoph Noack ausführt – die Osterweiterung der EU intensiv begleitet, doch im wesentlichen konzentriert sich die Berichterstattung mehr auf die finanziellen Aspekte der EU und damit verbunden die Belastungen durch die Integration der osteuropäischen Landwirtschaften. Die Mittelstandsberichterstattung findet in diesem Zusammenhang nur eher sporadisch statt. So ist es besonders verdienstvoll, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung als weitere Informationsplattform seit vier Jahren eine wöchentlich erscheinende Spezialberichterstattung unter dem Titel „Europraxis“ geschaffen hat, um den Sinn für die europäischen Herausforderungen und Chancen zu schärfen.

Dr. Ludwig Baumgarten, Mitglied des Vorstands des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, betont, dass die mittelständische deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie die internationale Zusammenarbeit aktiv gestalten muss. Die EU-Beitrittsländer verfügen über eine erhebliche wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, insbesondere in den Bereichen Technik, Physik und angewandte Mechanik. Zu prüfen ist, ob durch zusätzliche Niederlassungen von Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie in den Beitrittsländern neue Märkte erschlossen werden können.

Abschließend schildern Dr. Jürgen Großmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Georgsmarienhütte Holding GmbH, und Matti Paasila, Vorsitzender der Gruppenleitung Sarna Kunststoff Holding AG, sehr konkret die Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die von ihnen geleiteten mittelständisch strukturierten Firmengruppen.

Jürgen Großmann kommt zu dem Schluss, dass die zusätzlichen Absatzmöglichkeiten, die sich insgesamt für die GMH-Gruppe in den künftigen EU-Ländern eröffnen, zum Teil durch erstarkte Wettbewerber aus diesen Ländern kompensiert werden. Ziel der Gruppe ist es, auch in Osteuropa insbesondere auf der Vertriebs- und Beschaffungsseite die ersten Ränge zu besetzen.

Matti Paasila sieht für die schweizerische Sarna Gruppe in der EU-Osterweiterung vor allem eine Wachstumschance. Mit zusätzlichen Investitionen in Osteuropa und mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen steigt die Kaufkraft. Zusammenfassend stellt Matti Paasila fest: Die EU-Osterweiterung bringt der gesamten europäischen Wirtschaft Vorteile und wichtige Impulse. Sie bringt auch den Unternehmen, die sich auf die neue Situation einstellen und rasch handeln, Wettbewerbsvorteile und die Möglichkeit zu weiterem Wachstum. Verlieren werden jedoch die Unternehmen, die sich nicht rechtzeitig und entschlossen genug an die neuen Realitäten anpassen.

Mein Dank gilt den Kuratoriumsmitgliedern des RKW aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft für ihre Beiträge zu den Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für den deutschen Mittelstand. Die vielfältigen Anregungen werden in die Arbeit des gemeinnützigen RKW – Rationalisierungs- und Innovationszentrums der deutschen Wirtschaft einfließen und dazu beitragen, dass sich der deutsche Mittelstand den Herausforderungen der EU-Osterweiterung stellt und die vielfältigen Chancen nutzen wird.

TEIL 1

Chancen und Risiken der EU-Oster- weiterung für den deutschen Mittelstand aus der Sicht der Politik

Wolfgang Clement

Förderung der Chancen des Mittelstands bei der Osterweiterung durch die Bundesregierung

I. Einleitung

Ich glaube und hoffe nicht, dass es zu unserem Nationalcharakter gehört, eher zum Zeitgeist: Auffällig ist jedenfalls, wie ausgeprägt derzeit unser Hang zur Schwarzmalerei ist, bei manchen sogar zur Miesepeerei. Klagen auf höchstem Niveau gehört vielerorts zum täglichen Ritual wie anderswo in Europa das Gläschen Rotwein zum Essen oder die tea time. Dabei würden uns viele andere Länder angesichts der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft um unsere Sorgen beneiden. Und dies gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass und wie wir in einer weltwirtschaftlich wahrlich komplizierten Situation den Aufbau Ost voranbringen. Die OECD oder andere Institutionen, die Deutschland gern auf dem Abstieg sehen, sollten wirklich einmal anhand der besonderen deutschen Herausforderungen ihre Perspektive überprüfen.

Natürlich will ich mit diesen Hinweisen die Probleme und Herausforderungen, mit denen wir zu tun haben, nicht klein reden. Die Massenarbeitslosigkeit ist ein Problem, ein großes Problem ohne Frage. Aber es ist auch ein Problem, das wir lösen können. Nicht von heute auf morgen – und ich werde mich hüten, Ihnen eine Hausnummer zu nennen – aber durch eine konsequente, auf Wachstum und Beschäftigung gerichtete Politik wird dies gelingen. Dazu gehört, dass wir hier in unserem Land unsere Hausaufgaben machen.

Und das heißt unter anderem, dass wir im Bundeshaushalt die konjunkturell notwendigen Signale setzen, also in Richtung mehr Investitionen umschichten, ohne vom Konsolidierungsziel zu lassen. Das heißt auch, dass wir die Vorschläge der Hartz-Kommission eins zu eins umsetzen, und zwar nicht irgendwann, sondern so schnell wie möglich. Und das heißt schließlich ebenso, dass wir dabei nicht Halt machen dürfen. Bei der Umsetzung der Hartz-Vorschläge werden wir mit Sicherheit auf

anstehende Landtagswahlen keine Rücksicht nehmen. Warum sollten wir auch? Diese Regierung ist gewählt worden, um die vor fünf Jahren begonnenen Reformen fortzuführen. Nicht, um damit aufzuhören. Und im übrigen wissen die Menschen ganz genau, dass Reformen immer auch Einschnitte bedeuten. Ebenso wie sie wissen, dass wir bei Hartz nicht stehen bleiben werden.

Die konsequente Stärkung des Mittelstandes, Bildungsreformen, eine Stabilisierung der kommunalen Investitionskluft und weiteres gehören dazu. Der Bürokratieabbau beispielsweise ist eine weitere zentrale Aufgabe. Wir haben vor der Wahl angekündigt, auf diesem Feld entschlossen voran zu gehen und genau das werden wir jetzt auch tun.

Ich will das nur mal an einem Punkt festmachen. Eine wirklich wichtige Aufgabe ist die Reduzierung der Belastung durch statistische Erhebungen. Mein Ziel ist es, diese Belastung um die Hälfte zu reduzieren. Und dieses Ziel sollten wir auch erreichen.

Zu einer konsequenten Politik für Wachstum und Beschäftigung gehört allerdings ebenso, dass andere ihre Hausaufgaben machen, die Tarifpolitik oder die europäische Geldpolitik, der wir in Deutschland mit der niedrigsten Inflationsrate eine hervorragende Vorlage geben, gehören dazu.

Wir müssen endlich wieder mehr Mut zur Zukunft entwickeln. Wenn wir mit irgendetwas Schlusslicht in Europa sind, dann damit. Deutschlands Wirtschaft ist eine der leistungsfähigsten der Welt. Es genügt ein Blick in die Außenhandelsstatistik, um das festzustellen.

Der 2001 erzielte Ausfuhrüberschuss in Höhe von 87,1 Mrd. € liegt um 27,9 Mrd. € über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres. Das ist der höchste positive Saldo, der jemals in der deutschen Handelsbilanz erreicht wurde. Deutschland konnte damit auch 2001 nach den USA und vor Japan den zweiten Rang im Welthandel bestätigen. Insbesondere die Exporte nach Mittel- und Osteuropa haben sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt. Der deutsche Außenhandel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas liegt weiter auf Erfolgskurs. Das 2001 erzielte Außenhandelsergebnis mit dieser Ländergruppe ist Ausdruck für die weiter gewachsene Rolle dieser Region im deutschen Außenhandel.

Während der gesamte deutsche Außenhandel im Jahr 2001 um 4,6 % stieg, wuchs der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern um 12,8 % auf 141,2 Mrd. €. Insgesamt betrug der Anteil der Länder Mittel- und Osteuropas am deutschen Außenhandel 11,9 %. Dies ist mehr als der deutsche Handel mit Nordamerika (10,2 %). Die deutschen Einfuhren aus den mittel- und osteuropäischen Ländern wuchsen 2001 um 8,9 % auf 70,1 Mrd. €.

Noch stärker zugelegt haben dagegen die deutschen Ausfuhren. Sie stiegen sogar um 16,9 % auf 71,1 Mrd. €. Und das ist mit Sicherheit noch nicht das Ende der Fahnenstange. Dazu ist der Nachholbedarf in Mittel- und Osteuropa einfach zu groß.

Dennoch wird die weitere Entwicklung natürlich davon abhängen, wie der Erweiterungsprozess verläuft. Lassen Sie mich deshalb zunächst darauf eingehen.

II. Stand der Osterweiterung

Bei der Erweiterung handelt es sich um die Vollendung eines der ambitioniertesten Projekte der EU überhaupt. Der Europäische Rat hat in Laeken die Beitrittsverhandlungen mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern abgeschlossen. Diese Staaten sollen an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 teilnehmen. Damit die erweiterte Union auch künftig handlungsfähig bleibt, müssen aber noch weitere wichtige Fortschritte erzielt und Entscheidungen getroffen werden. So muss sich die EU in ihren Strukturen und Entscheidungsprozessen auf die neuen Mitglieder vorbereiten.

Dazu müssen noch klare Antworten auf wichtige Grundfragen gefunden werden, wie zum Beispiel:

- Wie sollen die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten aufgeteilt werden?
- Wie können die jeweiligen Aufgaben der europäischen Institutionen besser festgelegt werden?
- Wie können Kohärenz und Effizienz des außenpolitischen Handelns der Union sichergestellt werden?
- Und wie kann die Legitimität der Union gestärkt werden?

Der hierzu eingesetzte Konvent hat einen Verfassungsvertrag ausgearbeitet.

Eine zentrale Herausforderung betrifft die Anwendung und Umsetzung des EU-Rechts in den neuen Mitgliedstaaten. Auch hier müssen noch große Anstrengungen bis zur Beitrittsreife unternommen werden. Die Umsetzung der gemeinsam von der EU-Kommission und den jeweiligen Beitrittsländern erarbeiteten Aktionspläne zum Aufbau entsprechender Verwaltungskapazitäten sollen hier die notwendigen Fortschritte bringen. Die EU wird den Beitrittsländern bei der Bewältigung der „Restarbeiten“ auch weiterhin substanzielle technische und finanzielle Hilfe zukommen lassen.

III. Chancen für den Mittelstand

Und da die Erweiterung vor der Haustür steht, gilt es, für den deutschen Mittelstand in den nächsten Jahren eine ganz zentrale Aufgabe anzugehen. Er muss die Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung meistern. Dazu nenne ich nur drei Stichworte: Sensibilisierung, Qualifizierung und Begleitung von kleinen und mittleren Unternehmen bei ihren ersten Schritten auf die neuen Märkte.

Der erste Schritt ist vielleicht der wichtigste.

Kleine und mittlere Unternehmen müssen sich der Chancen und Risiken der Erweiterung bewusst werden. Die Bundesregierung, die Institutionen der Wirtschaft und die EU haben schon viel getan, um den Unternehmen zu verdeutlichen, dass sie einerseits ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den heimischen Märkten überprüfen und zum anderen die neuen Geschäftsmöglichkeiten nutzen sollen. Es bleibt aber noch einiges an Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit übrig. Und Sie wissen ja, wer zu spät kommt ...

Zweites Stichwort: Qualifizierung.

In einem sind sich die Ökonomen einig: Von der EU-Erweiterung werden vor allem technologisch fortgeschrittene und kapitalintensive Bereiche profitieren. Wirtschaftsbereiche mit hohen Arbeitskostenanteilen und unterdurchschnittlichen Qualifikationen müssen dagegen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den angestammten Märkten verbessern. Nur so werden sie dem Druck durch neue Wettbewerber standhalten können.

Das Schlüsselwort heißt also Qualifizierung. Das heißt: Eine qualifizierte Ausbildung und die kontinuierliche Weiterbildung müssen Priorität haben. Und in der Tat tut sich da auch schon einiges. So bereitet z.B. das Handwerk seine Mitglieder mit speziellen Kursen auf die Herausforderungen der Erweiterung vor. Der Qualifizierung dienen auch die von meinem Ministerium eingeleiteten Aktionen zugunsten des Handwerks: Seit 1990 hat das BMWi zusammen mit dem Handwerk insgesamt 57 Technologie-Transferstellen an den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten aufgebaut. Die positiven Erfahrungen mit dieser Fördermaßnahme werden jetzt genutzt, um in 6 Grenzlandkammern die Wettbewerbschancen der Handwerksunternehmen gezielt zu erhöhen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Technologie-Transfer-Stellen sind unter anderem Information und Beratung und die Anbahnung von Kooperationen. Wobei Kooperationen generell ein Instrument sind, mit dem sich gerade für kleine und mittlere Unternehmen neue Marktchancen erschließen lassen. Denn durch Kooperationen werden die Kräfte und spezifischen Vorteile der Partner gebündelt. Auch die Herausforderungen der Erweiterung können KMU mit Hilfe von Kooperationen leichter nutzen und gestalten. Mittlerweile gibt es zahlreiche Einrichtungen des Bundes, der Länder und der Wirtschaft, die bei der Suche nach Kontakten und Kooperationspartnern helfen. Z.B. steht mit der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG, kurz TWG, ein einzigartiges deutsch-polnisches Gemeinschaftsunternehmen zur Verfügung. Es berät kleine und mittlere Unternehmen unentgeltlich und unbürokratisch bei Kooperations- und Exportfragen.

Auch die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung des Bundes - beispielsweise die Bundesagentur für Außenwirtschaft, kurz bfai - und die Auslandshandelskammern sind in den letzten Jahren stark in Richtung auf die neuen Märkte im Osten ausgebaut worden. Zudem soll der Mittelstand bei seinem Engagement auf den Auslandsmärkten dadurch gestärkt werden, dass die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung zugunsten von KMU weiterentwickelt werden. Darum wird es u.a. in der neuen Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung gehen.

Last, but not least ist auf die zahlreichen Maßnahmen von EU, Bund und Ländern zur Förderung der Grenzregionen hinzuweisen, die von der Erweiterung besonders tangiert werden.

Den Ländern an der Außengrenze zu Polen und Tschechien stehen – allein in der Förderperiode 2000-2006 – Fördermittel aus EU-Programmen von insgesamt 16,3 Milliarden Euro zur Verfügung, an denen in hohem Maße die Grenzregionen partizipieren können. Der größte Teil geht in den Ausbau der Infrastruktur und verbessert damit auch die Standortbedingungen der kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort. Zudem sind im Rahmen der Gemeinschaftsaktion der EU für die Grenzregionen speziell Mittel zur Vorbereitung von KMU zur Verfügung gestellt worden. Sie werden von den Kammern in den Grenzregionen von Vorpommern bis Griechenland für Information und Beratung von KMU und zur Anbahnung von Kontakten verwendet.

Sie sehen, es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, wie sich auch kleinere Unternehmen gezielt auf die Erweiterung vorbereiten können. Und diese Vorbereitung lohnt, denn die Chancen sind in der Tat vielfältig: Fast 10 % der deutschen Exporte gehen schon in die Beitrittsländer. Sie sind damit für den deutschen Export so bedeutend wie die USA. Das sei hier nochmals betont.

Und auch auf längere Sicht bedeutet der wirtschaftliche Nachholbedarf der Beitrittsländer einen hohen Bedarf an Importen. Dies verdeutlicht schon die Tatsache, dass die Wirtschaftskraft aller mittel- und osteuropäischen Staaten zusammengenommen derzeit etwa der der Niederlande entspricht. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe sollten zudem mehr als bisher Mittel- und Osteuropa als Beschaffungsmärkte nutzen. Sie können damit neue Produkte und Vorleistungen in ihr eigenes Angebot einbauen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

IV. Schluss

Wir alle müssen weiter daran arbeiten, dass die Chancen der Erweiterung auch vom Mittelstand voll genutzt werden können.

Dafür bitte ich Sie um Ihre Mithilfe. Die Bundesregierung wird das ihre tun.

Und wer den Blick auf das sich erweiternde Europa der Union, auf die Zeit, die nach der Überwindung von Mauern und Stacheldrahtzäunen vor uns liegt, wirft, der wird mir zustimmen: Wir haben allen Grund, mit Mut und Zuversicht ans Werk zu gehen.

Matthias Platzeck

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung aus der Sicht des Brandenburger Ministerpräsidenten

Die Aufnahme zehn neuer Mitglieder in die Europäische Union steht unmittelbar bevor. Als positive Argumente für die EU-Osterweiterung kristallisierte sich heraus, dass sich so die Risiken für politische und militärische Konflikte in Europa mindern, unsere östlichen Nachbarländer eine zielgerichtete Reformperspektive erhalten und ihr Modernisierungsprozess sowie Wachstum und Importnachfrage beschleunigt werden. Wir werden künftig zu Osteuropa eine gleich enge Verbindung schaffen wie zu unseren westeuropäischen Nachbarn. Dazu brauchen wir binnenmarktähnliche Verhältnisse beiderseits der Grenze. In dem wachsenden Selbstverständnis Europas als Vereinigung der Regionen – und nicht mehr Nationen – liegt es an uns, die Chancen der veränderten politischen Rahmenbedingungen zu nutzen.

Mit der Erweiterung wächst die Fläche der EU um ein Drittel, die Bevölkerung erhöht sich ebenfalls um ein Drittel, wobei Polen mit über 38 Millionen Menschen den mit Abstand größten Anteil bringt. Die EU wird zum größten Binnenmarkt der westlichen Welt. Dieser Binnenmarkt erhält ein größeres Gewicht, die Wirtschaftskraft wird gestärkt. Zugleich steigen die Chancen, bei Zukunftstechnologien die globalen Standards bestimmen zu können. Erhöhte Absatzchancen und günstigere Beschaffungsmöglichkeiten werden die Folge sein. Das schafft Arbeitsplätze. Bereits heute wickelt Deutschland 40 bis 50 Prozent des gesamten Handels mit osteuropäischen Ländern ab. Unsere östlichen Nachbarn sind echte Wachstumsmärkte.

Gleichzeitig – und auch davor dürfen wir nicht die Augen verschließen – wird es für einen heute noch nicht genau zu bestimmenden Zeitraum zu einem sehr deutlichen Einkommens- und Wohlstandsgefälle kommen. Während vor dem Beitritt lediglich jeder sechste EU-Bürger in einem Mitgliedstaat deutlich unter dem EU-Durchschnitt lebte, könnte es künftig jeder Dritte sein. Dass dieses Wohlstandsgefälle sich nicht

zementiert, sondern so schnell wie möglich abgebaut wird, liegt auch im ureigensten brandenburgischen Interesse. Nach einer Flaute in den Jahren nach der Wende erobern Brandenburger Produkte heute wieder osteuropäische Märkte. Polen ist nach den USA und Großbritannien drittstärkster Abnehmer brandenburgischer Produkte. Tschechien liegt auf Rang vier und Ungarn auf Rang fünf. In der Importstatistik rangiert Polen auf dem 2. Platz und folgt damit der Russischen Föderation. Unser Nachbar Polen ist ein Faktor unseres Wachstums. Wichtigste Exportartikel Brandenburgs nach Polen sind Kraftstoffe, Kunststoffe, eisenhaltige Bleche, Kraftfahrzeuge und elektronische Erzeugnisse. In der umgekehrten Richtung beziehen wir aus Polen vor allem Koks, Holzwaren, Zement sowie Steine und Erden.

Brandenburg - und speziell Ostbrandenburg – kommt bei der EU-Osterweiterung als Scharnier an der Nahtstelle zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten besondere Bedeutung zu. Wir haben gute Ausgangsbedingungen, um von der Erweiterung zu profitieren: mit unseren rund 250 km Grenze zu einem der wichtigsten Beitrittskandidaten, zu Polen, mit unseren historisch gewachsenen Bindungen innerhalb der Region sowie den ehemals engen wirtschaftlichen Verflechtungen.

Werden diese guten Ausgangsbedingungen bereits ausreichend genutzt? Ja und nein. In der öffentlichen Meinung überwiegt die Furcht vor Risiken. Arbeitsplätze, Lohn-Dumping, Konkurrenzdruck, weniger Sicherheit durch offene Grenzen werden da benannt. Studien – so auch eine Untersuchung der IHK Frankfurt (Oder) – kommen zu dem Ergebnis, dass viele Unternehmen sich gegenüber der EU-Osterweiterung noch zu defensiv und abwartend verhalten. Der aktive Unternehmer, der die Angebote der Verwaltung, Kammern und sonstigen Institutionen frühzeitig annimmt und sich für den neuen, erweiterten Markt rüstet, ist eher die Ausnahme. Die weitaus größere Gruppe verhält sich passiv. Es herrscht die Grundstimmung vor, man könne abwarten und habe später immer noch Zeit zu reagieren. Andere wiederum leben in der irrigen Annahme, nicht betroffen zu sein. Hier muss ein Umdenken erfolgen, besser heute als morgen.

In Brandenburg, einem Land des Mittelstandes, sind 99 Prozent aller Betriebe sowohl von der Zahl der Beschäftigten wie von der Umsatzsteuerpflicht her dem Mittelstand zuzurechnen. Sein Anteil am Gesamt-

umsatz der Wirtschaft beträgt knapp 75 Prozent. 90 Prozent der Betriebe haben nicht mehr als 20 Mitarbeiter. Mehr als 60 Prozent der brandenburgischen Arbeitnehmerschaft sind in Betrieben mit bis zu 100 Mitarbeitern beschäftigt. Seit November 2000 können vorrangig mittelständische Unternehmen über eine Markterschließungsrichtlinie Brandenburgs auf Förderungen für die Einführung neuer Produkte oder Dienstleistungen oder beim Gang auf neue Märkte zurückgreifen. Durch die Finanzierung von Firmengemeinschaftsständen unterstützt das Land ihre Teilnahme an Messen und Ausstellungen. Im gemeinsamen Wirtschaftsraum entlang der deutsch-polnischen Grenze lassen sich die jeweils günstigsten Rahmenbedingungen in Brandenburg und Westpolen kombinieren. So z.B. durch einen Mix aus verschiedenen Förderprogrammen, Lohnkostenvorteile, einen beiderseitigen Marktzugang, Steuervorteile, eine moderne Infrastruktur, Sprachkenntnisse und Qualifikationen der Arbeitnehmer. Noch bis Ende diesen Jahres übernimmt das Land Bürgschaften zur Teilfinanzierung von Engagements brandenburgischer Unternehmen in Polen. Gefördert werden Firmengründungen, Joint Ventures, die Gründung von Projektgesellschaften zum Zwecke einer späteren Beteiligung usw. Die steuerlichen Zulagen für Investitionen in der Grenzregion zu Polen wurden seit dem 1. Januar 2001 für gewerbliche Unternehmen um 2,5-Prozent-Punkte erhöht. Mit Fördersätzen von 15 Prozent für Großunternehmen und 27,5 Prozent für KMU genießt die Region die höchsten Investitionszulagen. Das KMU-Pilotprojekt der ARGE 28 – eine Initiative der Grenzlandkammern Europas – zielt darauf, die Unternehmen der Grenzregionen optimal auf Rahmenbedingungen eines Binnenmarktes in einem erweiterten Europa einzustellen.

Mit Hilfe dieser Instrumentarien sollte es gelingen, Brandenburg aus der ungünstigen Randlage zu lösen und wirtschaftlich in die Mitte Europas zurückzubringen. „2win – Eine Region, doppelter Vorteil“ heißt ein Konzept länderübergreifender Wirtschaftskooperation. Ziel ist die Schaffung eines deutsch-polnischen Netzwerkes, das die Unternehmer, die Institutionen der Wirtschaftsförderung und die wissenschaftlich-technischen Einrichtungen miteinander verbindet. Es existiert eine Koordinierungsstelle „Wirtschaftsstandort Ostbrandenburg/Westpolen“, an der sich die Landesregierung und das Marschallamt der Wojewodschaft Lubuskie beteiligen.

Wo nun liegen die möglichen konkreten Anknüpfungspunkte? Vorab sei festgestellt, dass es hinsichtlich der Branchen, für die besondere Entwicklungspotenziale zu erwarten sind, nur Annahmen gibt und keine verfestigten Prognosen. Beispiel Mikroelektronik: Frankfurt (Oder) ist ein traditioneller Standort der Chipforschung und -produktion. Im Umfeld der Universität Zielona Góra sind Softwarefirmen tätig, die namhaften internationalen Herstellern wie Microsoft zuliefern. Beispiel Chemieindustrie: Schwedt im Norden, Guben im Süden und Gorzow im Osten bilden das brandenburgisch-polnische Chemiedreieck. Beispiel Holzverarbeitung und Möbelproduktion: In Brandenburg befindet sich mit Hornitex Beeskow ein hochmodernes Werk zur Herstellung von mitteldichten Faser- und Spanplatten. Dutzende Möbelfabriken und eines der größten polnischen Holzverarbeitungswerke sind östlich der Oder angesiedelt. In Eberswalde wird in Zusammenarbeit mit der dortigen Fachhochschule ein Kompetenzzentrum für die Holzwirtschaft in Brandenburg und Polen aufgebaut. Ähnliche grenzüberschreitende Potenziale ließen sich in der Papierproduktion, der Textil- und Lebensmittelbranche oder der Stahlindustrie aufzeigen.

Ein längst nicht ausgeschöpftes Feld ist der Tourismus. Brandenburgs Wachstumszahlen in diesem Bereich deuten darauf hin, dass es auch für die Regionen jenseits der Oder lukrativ sein kann, gemeinsames Marketing zu betreiben. Hier schließt sich nahtlos die Frage nach einer intakten Infrastruktur an. Es kommt darauf an, die Planungen und Projekte im Anfangsstadium grenzübergreifend abzustimmen. Dabei geht es nicht nur um Brücken, sondern auch um die hinführenden Straßenverbindungen. Wenn wir nicht wollen, dass alle Verkehre auf die trans-europäischen Netze fließen und mit großer Wahrscheinlichkeit durch unsere Region durchgeleitet werden, müssen wir regionale Flussüberquerungen schaffen. Neue Verkehrsverbindungen, abseits der internationalen Ost-West-Trassen, tragen dazu bei, dass der Wirtschaftsentwicklung ungehindert Raum gelassen wird. Wenn Schengen auch für die Beitrittskandidaten gilt, werden die Übergänge Richtung Polen den gleichen Charakter haben wie jene nach Frankreich oder den Niederlanden.

Auf Grund des erheblichen Nachholbedarfs Polens, aber auch der anderen Beitrittsländer im Umweltbereich bestehen besondere Chancen für die brandenburgische Umweltwirtschaft. Die notwendige Anpas-

sung an EU-Umweltstandards wird zu einem hohen Handlungsdruck führen. Gleichzeitig werden hierfür auch finanzielle Mittel der EU zur Verfügung stehen.

Im verarbeitenden Gewerbe sind es vor allem der Maschinenbau, die Automobilzulieferer, die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Holzverarbeitung sowie Bereiche der Hochtechnologie wie Mikroelektronik, Informations- und Biotechnologie, die eine Perspektive eröffnen. Gleiches gilt für die produktionsnahen Dienstleistungen und unternehmensberatenden Dienste wie Rechts- und Steuerberatung. Zu den eher sensiblen Branchen gehören der Transport- und der Baubereich. Hier ist die Konkurrenz gut aufgestellt, und es muss mit einem scharfen Wettbewerb ausländischer Transportunternehmen mit Sitz in den Beitrittsländern gerechnet werden. Für das brandenburgische Baugewerbe ergeben sich zumindest in Teilbereichen Wettbewerbsvorteile gegenüber der Konkurrenz aus Polen: beim Einsatz und der Verarbeitung hochwertiger Baustoffe oder der Anwendung komplexer Techniken, Stichwort Plattenbausanierung in Polen. Auch im Infrastrukturbereich – hier sowohl beim Bau von Verkehrswegen als auch bei der Erneuerung der Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen – gibt es gute Perspektiven für eine Zusammenarbeit.

Für den Mittelstand, meist nicht so kapitalstark und selten mit personellen Kapazitäten zur Markterschließung im Ausland ausgestattet, bietet es sich an, gemeinschaftliche Aktivitäten mit einem oder mehreren Partnern zu organisieren. Bereits heute sollten regionale und überregionale Bietergemeinschaften gegründet, nach passenden Partnern in Polen gesucht werden und man sollte sich auch mental auf sie einstellen. Durch den Schritt ins Ausland können oftmals Vorteile realisiert werden, die auf dem Inlandsmarkt nicht oder nicht in gleicher Weise bestehen. Andererseits muss beachtet werden, dass Auslandsaktivitäten im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung keine Ersatzlösung für Probleme auf dem Inlandsmarkt sein können. Wer sich auf Auslandsmärkten erfolgreich engagieren will, braucht eine stabile Position auf dem Heimatmarkt und eine sorgfältige Analyse der betrieblichen Produkt- und Finanzierungsstruktur, der personellen Kapazitäten sowie des Wettbewerbsumfelds auf dem Zielmarkt.

Nur wer klar analysiert, welche Veränderungen wirklich auf uns zukommen, wer das Know-how besitzt, um angemessen auf die anstehenden Veränderungen zu reagieren und die notwendigen Schritte effizient umsetzt, kann die Chancen der EU-Osterweiterung nutzen und die Herausforderungen meistern.

Harald Schartau

EU-Osterweiterung aus der Sicht des nordrhein-westfälischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit

Die Europäische Union steht vor der größten Erweiterung ihrer Geschichte. Mit der Integration der 10 Beitrittsländer wird der europäische Wirtschaftsraum 2004 zum größten Binnenmarkt der Welt werden. Neben der politischen Dimension beinhaltet die Erweiterung daher vor allem auch eine große wirtschaftliche Perspektive für die etwa 20 Millionen Unternehmen der EU, von denen der überwiegende Teil zum Mittelstand gehört.

Die EU-Osterweiterung: Erleichterte Erschließung wichtiger Märkte durch mittelständische Unternehmen

Die EU-Erweiterung bietet den mittelständischen Unternehmen in Deutschland überwiegend Chancen. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen wird durch die sich schrittweise vollziehende Marktöffnung bis hin zur vollständigen Integration der Beitrittsländer in den Europäischen Binnenmarkt die Erschließung der mittel- und osteuropäischen Absatzmärkte erleichtert. Die bisherigen Erfahrungen im Europäischen Binnenmarkt zeigen, dass infolge des Wegfalls kostspieliger Grenzformalitäten und der technischen Schranken diese Unternehmen den Schritt vom reinen Inlandsbetrieb zum exportorientierten Unternehmen erfolgreich meistern konnten und werden.

Ein großer Teil der ca. 700.000 mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen hat dies erkannt und seit Beginn der 90er Jahre die Erschließung dieser Märkte in Angriff genommen. Die Wichtigkeit dieser Märkte (inklusive der Märkte Bulgariens und Rumäniens) wird durch die Zahlen zum Außenhandel eindrucksvoll bestätigt: Innerhalb von nur 5 Jahren erhöhte sich der Umfang der Güterausfuhren um 47% von 6,5 Mrd. Euro in 1997 auf 9,6 Mrd. Euro in 2001. Eine noch größere Steigerung verzeichnete in dem selben Zeitraum das Importvolumen, welches von 6,1 Mrd. Euro auf 9,6 Mrd. Euro um 59 % wuchs. Damit

wird volumenmäßig der Außenhandel mit den Vereinigten Staaten übertroffen. Die bisher vorliegenden Zahlen für 2002 bestätigen diesen Trend. Exportstark zeigte sich die nordrhein-westfälische Wirtschaft dabei insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau und chemischer Industrie. Importiert wurden aus den Beitrittsländern überwiegend Textilwaren und Bekleidung, elektronische Erzeugnisse, Holzwaren, Eisenwaren und Kraftfahrzeuge. An der dynamischen Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen mit den Beitrittsländern sind Unternehmen des Mittelstandes in erheblichem Maße beteiligt.

Neben dem Güterhandel gibt es noch weitere Gewinner des bisherigen Erweiterungsprozesses: Handlungsbedarf beim Aufbau ihrer Infrastruktur und Wirtschaft haben die Beitrittsländer vor allem in den humankapital-, forschungs-, technologie- und kapitalintensiven Branchen. In diesen Bereichen ergeben sich handfeste wirtschaftliche Perspektiven für die nordrhein-westfälische Wirtschaft, die gerade in diesen Sektoren gut strukturiert ist. Insbesondere Unternehmen mit Erfahrungen im Umwelt- und Infrastrukturbereich, aber auch Unternehmen der Verkehrstechnologie sind hier besonders gefragt. Neben diesen Wirtschaftszweigen eröffnet die mit der Erweiterung einhergehende Liberalisierung der Energiemärkte der Beitrittsstaaten Energieversorgern und Zulieferern sowie Bergbauunternehmen aus Nordrhein-Westfalen zusätzliche Potenziale, die bereits heute aktiv wahrgenommen werden. Die Beteiligung an Privatisierungsmaßnahmen der Energiewirtschaft, die Kooperation und der Informationsaustausch sowie der Export von Gütern und Know-how beschreiben nur umrisshaft die erfolgreiche Tätigkeit von Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen in diesem Wirtschaftssektor.

Herausforderung „Erweiterung“

Mit der Eingliederung der Beitrittsländer ergeben sich aber nicht nur wirtschaftliche Chancen. Infolge des sektoralen und regionalen Anpassungsdrucks stehen insbesondere die arbeitsintensiven und „technologisch reifen“ Branchen vornehmlich im verarbeitenden Gewerbe vor besonderen Herausforderungen. Hierzu zählen Branchen wie Kohle, Stahl, Metall, Bekleidung, Textil und Glas, die ebenfalls in nordrhein-westfälischen Industrieregionen stark konzentriert sind. Zudem sind die Regionen geprägt durch eine bereits deutlich über dem Durchschnitt

liegende Arbeitslosigkeit sowie einen anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen im Montansektor einschließlich des Wegbrechens von Zulieferstrukturen. Insbesondere in diesen Branchen birgt die EU-Erweiterung aufgrund der Zusammenführung von äußerst unterschiedlichen Volkswirtschaften mit starken Unterschieden bei Arbeits- und Lohnnebenkosten sowie Sozialstandards einige Risiken. Auch nordrhein-westfälische Handwerksunternehmen betrachten die möglichen Auswirkungen mit großer Sorge: Durch den zunehmenden Wettbewerb sehen vielerorts Betriebe ihre Existenz und damit die mit ihr verbundenen Arbeits- und Ausbildungsplätze gefährdet. Hier hilft nicht, wie die Maus auf die Schlange zu starren, sondern zu offensiven Strategien zu wechseln.

Der Mittelstand als „Schlüssel“ zum Erfolg

Die wirtschaftlichen Risiken können nicht unabhängig von den Möglichkeiten der Erweiterung gesehen werden. Die vereinfachte Erschließung neuer, profitabler Absatzmärkte stärkt die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen und macht sie in Bezug auf den vor der eigenen Haustür anwachsenden Konkurrenzdruck aus den Beitrittsländern resistenter. Mittelständische Investitionen tragen zudem zur Modernisierung der Wirtschaft der Beitrittsländer bei und bewirken, dass sich deren Lebensstandard an den der EU zügig angleichen wird. Hierdurch wird die Nachfrage nach Investitionsgütern in den Beitrittsländern noch weiter angeregt.

Unterstützung des Mittelstandes auf neuen europäischen Märkten

Die Schlüsselstellung des Mittelstandes für den wirtschaftlichen Erfolg des Erweiterungsprozesses hat die nordrhein-westfälische Landesregierung erkannt. Als Ausdruck ihrer Einschätzung, dass die Chancen die Risiken der Erweiterung überwiegen, hat sie zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen ein breit angelegtes und gut abgestimmtes Beratungsangebot erstellt. Stellvertretend hierfür sei das aus dem europäischen Ziel 2-Programm geförderte Projekt „Europa-Fit“ genannt, das vom RKW federführend koordiniert wird. Sinn dieses innovativen Projektes ist es, kleineren Unternehmen bei der Erschließung neuer Absatz-, Beschaffungs- und Kooperationsmöglichkeiten gezielt unter die Arme zu greifen. Dies geschieht anhand eines mit den Unternehmen

erstellten bedarfsgerechten Konzeptes, mit dem neue Markt- und Vertriebsstrategien sowie Kooperationen für die Märkte der Beitrittskandidaten realisiert werden. In diesem Rahmen erfolgt neben der Vermittlung der entsprechenden Geschäftskontakte auch die Begleitung der Unternehmen in die beitretenden Länder. Ein weiteres Programm zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Strategieentwicklung und der Erschließung neuer Märkte im Ausland und damit natürlich auch in den Beitrittsländern stellt das „Beratungsprogramm Wirtschaft“ dar.

Starkes Interesse an zügigem Strukturwandel in den Beitrittsländern

Chancen zu ergreifen und die damit einhergehende harmonische wirtschaftliche Entwicklung in den Beitrittsländern im Sinne auch verbesserter Einkommensaussichten ihrer Bürger hat zudem wichtige beschäftigungspolitische Auswirkungen. Hauptmotiv für die vielerorts befürchteten starken Zuwanderungen aus den Beitrittsländern im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit wird neben der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen der große Unterschied bei den Löhnen und den Sozialstandards sein. Geschätzt wird aufgrund unterschiedlicher Modellrechnungen, dass das Wanderungsvolumen für Deutschland für die ersten 10 Jahre nach dem Vollzug des EU-Beitritts und der Öffnung des Arbeitsmarktes wahrscheinlich im ersten Jahr zwischen jährlich 200.000 und 300.000 und im letzten Jahr zwischen 95.000 und 160.000 Personen liegen wird. Aufgrund der Einwanderungstradition Nordrhein-Westfalens wird das Land sich im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt mit überdurchschnittlichen Zuwanderungsraten konfrontiert sehen. Dies würde einen immensen Anpassungsdruck auf den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme bewirken. Die Steigerung der Attraktivität der Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven der Bürger in den Beitrittsländern wirkt neben den vereinbarten Übergangsregeln zur Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit den befürchteten, starken Zuwanderungen vor allem niedrig qualifizierter Menschen entgegen. Mittelständische Unternehmen, in denen bereits jetzt ca. 50.000 Arbeitsplätze von den Ausfuhren in die Beitrittsländer abhängig sind, leisten daher mit ihrem wirtschaftlichen Engagement und mit der zukünftig noch steigerbaren Nutzung der sich bietenden Chancen einen wichtigen Beitrag, die Risiken der Erweiterung gering zu halten.

Den Strukturwandel in den Beitrittsländern weiter voranzutreiben verfolgt auch das interregionale Projekt „Industrial Change Network“, welches von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III C der Europäischen Union konzeptionell erstellt wurde und umgesetzt wird. Nordrhein-Westfalen vermittelt hier als führender Projektpartner vor allem seine Umstrukturierungserfahrungen an die auch aus Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik stammenden Partnerregionen weiter und trägt somit ebenfalls zur zügigen und effizienten Anpassung an strukturelle EU-Standards bei.

Neben den mittelständischen Investitionen werden insbesondere die EU-Strukturfonds für die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder eine bedeutende Rolle spielen. Die Beitrittsländer werden nach vollzogenem Beitritt schrittweise entsprechend ihren Absorptionsmöglichkeiten in die Strukturfonds einbezogen werden und gemäß ihrer wirtschaftlichen Indikatoren zum überwiegenden Teil der höchsten Förderstufe angehören. Diese Strukturhilfen werden in wirksamer Weise dazu beitragen, dass der wirtschaftliche Aufholprozess in den mittel- und osteuropäischen Ländern in Form des Ausbaus ihrer Infrastruktur, in Form von Innovationen und Unternehmensneugründungen und schließlich durch die Verbesserung der Arbeitnehmerqualifizierung beschleunigt wird. Neben dem beschäftigungspolitisch gewünschten Effekt wird dies insbesondere dazu führen, dass die bestehenden Märkte schneller erschlossen werden können, aber auch dazu, dass sich neue Märkte für mittelständische Unternehmen erst ergeben.

Das Erfordernis der Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft der beitretenden Staaten darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass eine chancenträchtige Erweiterung eine deutsche wie nordrhein-westfälische Anpassungspolitik verlangt. Gelingt es, die notwendigen Reformen in der heimischen Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt konsequent voranzutreiben, wird die Erweiterung sowohl für die Unternehmen als auch für die Bürger in einem größeren Europa und in Nordrhein-Westfalen zum Erfolgserlebnis werden.

Dr. Bernd Rohwer

Zusammen wachsen – aus der Sicht des schleswig-holsteinischen Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

I. Einführung: Integrationsmotor Wirtschaft

Als US-Strategen nach dem 2. Weltkrieg überlegten, was sie mit dem zerstörten Nazi-Deutschland anfangen sollten, gab es zwei Alternativen: Deutschland wird zu einem isolierten, deindustrialisierten Agrarland. Oder zu einem politisch und ökonomisch eingebundenen Partner der westlichen Industriestaaten: Integration durch Freiheit und Wohlstand.

Dieses Prinzip sollte nicht nur grundlegend für das deutsche Wirtschaftswunder werden, sondern auch für die Erfolgsstory der Europäischen Union, die als Wirtschaftsunion weltweit einzigartig ist. Die Römischen Verträge von 1950 und ihre Weiterentwicklung – Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes für den Waren – und Kapitalverkehr, Freizügigkeit der Arbeitskräfte, Einführung einheitlicher Standards - sind nach wie vor die Erfolgsbasis für unseren hohen Lebensstandard in Deutschland.

Die EU gilt denn auch im ehemaligen Ostblock als das Synonym für wirtschaftliche Potenz. Während in der EU nach dem Fall des eisernen Vorhangs lange über Erweiterung contra Vertiefung der Union diskutiert wurde, haben sich unsere Nachbarn im Osten und Südosten unbeeindruckt herausgeputzt, um die EU-Standards möglichst schnell zu erfüllen – natürlich auch mit der begründeten Hoffnung auf EU-Fördermittel in erheblicher Höhe.

Am 13. Dezember 2002 wurde dann der historische Meilenstein gesetzt: Der Europäische Rat beschloss in Kopenhagen, dass Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern und Malta am 1. Mai 2004 EU-Mitglieder werden – das bedeutet die Integration der ehemaligen Satellitenstaaten Moskaus in das Leistungs- und Wertesystem der Europäischen Union.

Doch was sind die Folgen der EU-Osterweiterung für die deutsche Wirtschaft und ihr vielgerühmtes Rückrat, den deutschen Mittelstand?

II. Advantage Germany: Das Wachstum liegt vor der Haustür

Schon ein Blick auf die Landkarte macht die riesigen Chancen der Osterweiterung für die deutsche Wirtschaft deutlich: Deutschland rückt von einer östlichen Randlage innerhalb der EU in die Mitte. Dies hat ganz konkrete geoökonomische Vorteile, denn von keinem anderen EU-Mitglied aus sind die größeren Beitrittsländer so gut erreichbar: Polen und Tschechien werden direkte EU-Nachbarn Deutschlands; die Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien sind über den EU-Partner Österreich in erreichbarer Nähe; Estland, Lettland und Litauen sind über die „nasse Autobahn“ Ostsee gut an die norddeutschen Küstenländer angebunden. Damit wird nicht zuletzt die Bedeutung der deutschen Häfen im EU-Binnenmarkt weiter zunehmen. Für die deutschen Ostseehäfen wird bis 2015 eine Umschlagssteigerung um 61 Prozent erwartet (Basisjahr 1998); Kiel hat weiterhin hervorragende Wachstumschancen; Lübeck wird mit einem erwarteten Marktanteil von rund 40 Prozent die „Königin der Ostsee“ bleiben; und Hamburg wird als Handelshafen insbesondere im Transatlantikverkehr für viele Ostseeanrainer immer wichtiger.

Zum geoökonomischen Vorteil kommt der geohistorische Aspekt. Zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn haben jahrhundertlang intensive Wirtschaftsbeziehungen bestanden, an die sich mit der EU-Osterweiterung gut anknüpfen lässt. Die Ostsee bietet auch hier ein hervorragendes Beispiel für eine wirtschaftliche Subregion, die ihre ökonomische Potenz mit der mittelalterlichen Hanse schon in der Vergangenheit bewiesen hat. Und auch in Zukunft wird die Hanse ein historisches Leitmotiv für die künftigen dynamischen Entwicklungen sein, die wir im Ostseeraum erwarten können, denn ab dem 1. Mai 2004 werden bis auf den Sonderfall Königsberg und bis auf Norwegen alle Ostsee-Anrainer zum EU-Binnenmarkt gehören.

III. Die Potenziale der Beitrittsstaaten

Mit den Zehn, die 2004 zur EU stoßen werden, wird die EU in doppelter Hinsicht wachsen: Die Zahl der EU-Bürger steigt um ein Fünftel - von 377 Mio. auf 452 Mio. Die beitretenden Staaten bringen zugleich eine starke wirtschaftliche Dynamik in den gemeinsamen Markt ein: Lag das Wachstum in der EU 2002 bei 1,4 Prozent, konnten die Beitrittsstaaten in Mittel- und Osteuropa einen Anstieg um 2,5 Prozent verzeichnen. Für 2003 prognostiziert die Arbeitsgemeinschaft deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg um drei Prozent.

Blickt man auf die Wirtschaftskraft der Beitrittsstaaten, zeigt sich allerdings auch die Lücke in der ökonomischen Entwicklung, die die Jahrzehnte des Staatssozialismus hinterlassen haben. Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Zehn liegt gerade einmal bei 51 Prozent des EU-Durchschnitts. Die Spannweite reicht dabei von 30 Prozent in Lettland über 50 Prozent in Ungarn bis zu 70 Prozent in Slowenien.

Und diese Wohlstandslücke wird sich nur langsam schließen: Selbst Slowenien wird nach Schätzungen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) erst 2015 95 Prozent des EU-Durchschnitts erreicht haben. Abhängig sind die neuen Staaten dabei von der Entwicklung in der „alten EU“. Wenn deren Direktinvestitionen in die Beitrittsstaaten sinken - wie in 2002 geschehen -, hemmt dies die Entwicklung von Wachstum und den Ausgleich beim Wohlstandsniveau.

Hieraus wird der große ökonomische Nachholbedarf ersichtlich, aufgrund dessen die EU-Kommission prognostiziert, dass die Wirtschaft in den Beitrittsstaaten von 2000 bis 2009 durchschnittlich um 4,8 Prozent im Jahr wachsen wird - eine Zahl, die alleine schon eine Magnetwirkung auf den deutschen Mittelstand auslösen muss. Deutsche Firmen sind gut beraten, dabei nicht nur auf den Export von Gütern und Dienstleistungen zu setzen, sondern quer durch alle Branchen gezielt Kooperationen anzustreben.

Dazu kommen die positiven Effekte, die durch die EU-Förderung ausgelöst werden. Die zehn Beitrittsländer erhalten ab dem 1. Mai 2004 bis Ende 2006 immerhin 21,7 Milliarden Euro Strukturmittel. So schmerz-

lich die gleichzeitige Einschränkung der EU-Strukturförderung auch für Länder wie Schleswig-Holstein werden wird, so wichtig wird es sein, indirekt von den Wachstums- und Innovationsanreizen zu profitieren, die von Brüssel aus in den neuen EU-Regionen Mittel- und Osteuropas gesetzt werden.

Positiv für Investitionen auch des deutschen Mittelstandes wird sich auswirken, dass sich die Finanzmärkte in den neuen Ländern durch die weitgehend erfolgten Banken-Privatisierungen stabil entwickeln - eine Grundvoraussetzung für verlässliche Handelsbeziehungen und ein Erfolg der Reformregierungen, auch wenn für einen funktionierenden Binnenmarkt noch viele Fragen geklärt werden müssen.

Doch nicht nur Zahlen machen die enormen Potenziale der Beitrittsstaaten aus. Es ist vor allem der große Optimismus und die Einsatzbereitschaft, mit der die Menschen in den Beitrittsstaaten in diese neue Ära starten - ein Vorteil, der sich nicht beziffern lässt, der sich aber trotzdem auch ökonomisch auszahlen wird.

IV. Chancen für den deutschen Mittelstand

Die Freiheiten im Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr als Eckpfeiler des Acquis Communautaire sind für uns längst selbstverständlich geworden. Wer erinnert sich noch daran, wie schwer mancher politische Beschluss verhandelt wurde und wie hart die rechtlichen Konflikte vor dem Europäischen Gerichtshof ausgefochten werden mussten? Ab Mai 2004 bilden diese ökonomischen Freiheiten den roten Teppich, der den neuen Staaten für den Weg in unsere gemeinsame ökonomische Zukunft ausgerollt wird.

Die deutschen kleinen und mittelständischen Unternehmen werden hiervon stark profitieren, nachdem viele politische und wirtschaftliche Handelshemmnisse schon in der Assoziierungsphase der Beitrittsländer weggefallen sind. Der Kieler Maschinenbauer kann seine Produkte fortan leichter in Polen, Ungarn und Slowenien vertreiben, die Stuttgarter Beratungsgesellschaft kann ihre Dienstleistungen nicht nur in Paris und Lissabon, sondern auch in Riga und Budapest anbieten, und das Berliner Weiterbildungsinstitut kann seine Angebote auch ohne Einschränkungen in Ljubljana, Valetta oder Tallinn verkaufen.

Schon jetzt nutzen viele Unternehmen ihre Exportchancen sehr gut, und mit der EU-Osterweiterung entstehen ab Mai 2004 bedeutende neue Absatzmärkte. In den zehn neuen EU-Staaten gibt es nicht nur einen stark steigenden Bedarf an Konsumgütern, sondern auch einen Bedarf an industriellem Know-how, das in der „alten EU“ vielfach weiter entwickelt ist. Den Beitrittsländern kommt bei der Adaption der technologischen und wissenschaftlichen Kompetenzen zu Gute, dass der Ausbildungsstand gerade in den technischen Bereichen sehr hoch ist.

Dazu kommt, dass das Lohnniveau in den Beitrittsstaaten noch niedrig ist, so dass diese auch als Produktionsstandorte für zahlreiche deutsche Unternehmer interessant sein werden - zugleich eine Herausforderung für die deutsche, regionale Standortpolitik, der wir uns offensiv stellen müssen. Der Lohnvorteil wird allerdings nur in einer Übergangsphase gelten, da mit der überproportional wachsenden wirtschaftlichen Potenz der neuen EU-Staaten auch das Lohnniveau entsprechend steigen wird.

Ein klarer Vorteil für die deutschen mittelständischen Unternehmen ist, dass sich die neuen Staaten mit dem Beitritt zur Union auch dazu verpflichten, die hier geltenden Umwelt- und Qualitätsstandards einzuhalten. Es gibt zwar auch in diesem Bereich Übergangsregelungen und Schutzklauseln. Im Grundsatz sieht der Kopenhagener Vertrag jedoch vor, dass die Beitrittsländer so schnell wie möglich an das EU-Niveau herangeführt werden – auch durch konkrete Unterstützungsleistungen durch die Europäische Union. Im Ergebnis schafft dies gleiche, faire Wettbewerbsbedingungen für die stärker werdende ökonomische Konkurrenz im Osten und Süden.

V. Marktöffnung mit Hindernissen?

Eine wichtige Hürde beim Zusammenwachsen der 15 mit den 10 ist - wie bei vielen großen Reformprojekten und Umwälzungen - eher psychologischer Natur. Was zwischen Handelspartnern und Institutionen des EU-Binnenmarktes in Jahrzehnten an Vertrauen entstanden ist - Kenntnisse über Eigenheiten des Handelspartners, das Wissen über spezifische Bedarfe und Möglichkeiten, sprachliche und interkulturelle Kompetenz -, muss in der erweiterten Union erst langsam wachsen.

Viele Unternehmer bei uns sehen sich einer neuen, leistungsfähigen, hochmotivierten und zumeist sehr preisgünstigen Konkurrenz ausgesetzt. Die Einkommen in den neuen EU-Staaten liegen schließlich noch um 30 bis 60 Prozent unter EU-Niveau - ein für viele personalintensive Branchen ganz entscheidender Produktionsfaktor. Daher ist zu erwarten, dass es bei den Unternehmen in der Tat zu einer Welle von Standortverlagerungen gen Osten und Südosten kommt.

Ein möglicher Migrationsdruck in die Alt-EU wird in dem Maß, in dem Preise und Gehälter in den neuen EU-Staaten steigen, voraussichtlich relativ schnell nachlassen. Für Tschechien, Ungarn, Polen, die Slowakei und Slowenien sagt das WIIW Inflationsraten von 4,5 Prozent voraus, und die Arbeitnehmer in den neuen Staaten werden von dem Aufschwung profitieren wollen und ihre Gehälter in gleichem Maß steigern können. Doch trotz dieser selbstregulatorischen Faktoren sind die im Kopenhagener Vertrag vorgesehenen befristeten Kompensationszahlungen für die an die Beitrittsländer angrenzenden Regionen in der alten EU berechtigt, da diese den Migrationsdruck und den Aderlass an personalintensiven Unternehmen in den kommenden Jahren stärker zu spüren bekommen werden.

Im Sinne eines dynamischen, freien Marktes werden andere Übergangsbestimmungen und Schutzklauseln, die auch zum Schutz der deutschen mittelständischen Wirtschaft festgelegt wurden, mittel- und langfristig wegfallen, so auch die Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Beispiel im Baugewerbe. Insgesamt ist der freie Verkehr von Waren, Kapital und Dienstleistungen nur wenig eingeschränkt: Die Beitrittsländer selbst können hier beispielgebend sein, wenn sie die Wettbewerbsgegebenheiten auf einen Binnenmarktstandard bringen, indem sie zum Beispiel das öffentliche Auftragswesen stärker für ausländische Interessenten öffnen.

Die Beitrittsstaaten werden es also selbst in der Hand haben, wie schnell sich die vollständige Marktöffnung umsetzen lässt. Die EU hat sich wie bei vorhergehenden Beitrittsprozessen Schutzklauseln ausbedungen, die als Sanktionsmittel zur Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen der Beitrittsländer eingesetzt werden können. Sollte ein Beitrittsland seine Verpflichtungen nicht einhalten, kann ein Mitgliedstaat oder die Kommission ein Schutzklauselverfahren einleiten. In den kommenden

Monaten müssen das genaue Verfahren der Konfliktlösung und das Ausmaß der möglichen Sanktionen festgelegt werden.

VI. Anforderungen an eine Erweiterungspolitik für den Mittelstand

Die EU muss den Integrationsprozess aufmerksam beobachten und die Interessen ihrer bisherigen Mitglieder wahren. Die Beitrittsstaaten müssen zudem, vor allem in der Startphase, Vertrauen aufbauen und wirtschaftspolitisch Kurs halten.

Die deutschen mittelständischen Unternehmen sollten seitens der Politik, der Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsverbände und Kammern noch stärker informiert werden. Insbesondere die Politik sollte Wege ebnen und Türen öffnen, um eine offene, konstruktive Atmosphäre zwischen alten und neuen EU-Regionen herzustellen.

Wir brauchen eine neue Qualität der Kooperation, zum Beispiel in Wissenschaft und Technologie, in Bildung und Qualifikation, beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Wir brauchen aber auch zielorientierte Kooperation zwischen Akteuren innerhalb der „alten“ EU, um unsere Regionen im neuen Konkurrenzkampf gut zu positionieren. Länder wie Schleswig-Holstein und Hamburg müssen angesichts der großen Aufgaben enger zusammenrücken, ihre jeweiligen Kompetenzcluster aufeinander abstimmen und ihre Leistungen gemeinsam verkaufen.

Für die Wettbewerbsfähigkeit in der erweiterten EU müssen die Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand verbessert werden. Schleswig-Holstein hat im letzten Jahr die Initiative zu einer Mittelstandsoffensive ergriffen, die von den Wirtschaftsministern aller Bundesländer mitgetragen wird: Bürokratie abbauen, die Eigenkapitalbasis der kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken und Lohnnebenkosten durch die Reform der Sozialversicherungssysteme und eine höhere Mehrwertsteuer senken.

Wenn diese wichtigsten Reformschritte gelingen, werden sich dem deutschen Mittelstand durch die Erweiterung der Europäischen Union in den kommenden Jahren weitaus mehr Chancen als Risiken bieten.

Petra Roth

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung aus der Sicht der Frankfurter Oberbürgermeisterin

Europa wächst. Es ist ein paralleler, wenn auch nicht immer ausgeglichener Prozess von Integration und Erweiterung. 1957: EWG-Vertrag zwischen den Ländern Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande; 1973: Beitritt von Dänemark, Großbritannien und Irland; 1981: Griechenland; 1986: Portugal und Spanien und zuletzt 1995: Österreich, Finnland und Schweden.

1985 setzt das sogenannte Weissbuch der EG-Kommission den europäischen Integrationsprozess, dem es durch die Konzentration auf Agrarmarkt-Fragen praktisch viele Jahre an Schwung fehlte, wieder in Gang. Das Weissbuch enthält den Fahr- und Aktionsplan zum EG-Binnenmarkt '92. Von besonderer Bedeutung ist die Einheitliche Europäische Akte von 1987, die die Römischen Verträge von 1957 ändert bzw. ergänzt und vor allem die Entscheidungsregel von der Einstimmigkeits-Maxime hin zur qualifizierten Mehrheit ändert.

1989 kommt der Dreistufenplan von Jacques Delors zur Wirtschafts- und Währungsunion in die politische Diskussion. Durch den Maastricht-Vertrag, 1992 unterzeichnet, wurde 1993 die Europäische Union mit den tragenden Säulen einer Wirtschafts- und Währungsunion gegründet. Und seit 2002 haben wir alle den Euro in den Händen, den es bereits als Buchgeld mit dem termingerechten Inkrafttreten der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion 1999 gab.

Ich bin deswegen zuerst auf die EU-Historie eingegangen, weil ich die Sorge des Mittelstandes bezüglich der EU-Osterweiterung kenne und deswegen deutlich machen will, dass die europäische Integration und Erweiterung abgesehen vom Stillstand in den 50er und 60er Jahren ein ständiger Prozess ist. Auch vorher hat es Erweiterungen gegeben: Erweiterungen, die auch sogenannte arme Länder - wie wir heute wissen

- erfolgreich eingebunden haben. Der deutsche Mittelstand hat diese Entwicklung ebenfalls erfolgreich bewältigt und davon profitiert.

Nun ist in die bereits 1992 grundsätzlich beschlossene Erweiterung 1998 wieder Bewegung gekommen. Die unter dem Strich positiven Erfahrungen des deutschen Mittelstandes mit den Erweiterungen der EG bzw. EU sollten Grund genug sein, mit Zuversicht auf den anstehenden Familienzuwachs im Europäischen Haus mit seinen 15 Familienmitgliedern zu schauen.

Der geplante Zuwachs ist mit 12 Beitrittskandidaten, die 2004 bzw. 2007 Mitglieder der EU werden sollen, in der Tat enorm. Der Zuwachs relativiert sich, wenn man die sozioökonomischen Daten betrachtet. Aber auch die EU-15 ist von großer Heterogenität geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zum Beispiel von Deutschland und von den skandinavischen Mitgliedern ist rund doppelt so hoch wie das griechische. Der Unterschied zwischen dem BIP pro Kopf der Beitrittskandidaten mit rund 4.000 und dem EU-15-Durchschnitt mit rund 23.500 ist ganz gewiss beträchtlich. Doch muss Beachtung finden, dass Mittel- und Osteuropa seit einigen Jahren ein doppelt so hohes Wachstum aufweisen wie die EU-15. Es sind weniger die aktuellen absoluten Größen, sondern das Wachstumspotenzial und der unbedingte Wille der Beitrittskandidaten, so schnell wie möglich aufzuholen, die Mittel- und Osteuropa mittelfristig zu einem wichtigen Wachstumsmotor des neuen Europas werden lassen. Vielleicht kann der Mut und die Bereitschaft zu Reformen in den Beitrittsländern auch Vorbild und Ansporn für die EU insgesamt und auch unser Land sein.

Die wirtschaftlichen Perspektiven sind gigantisch. Wenn die Erweiterung abgeschlossen sein wird, verfügt die EU über mehr als 480 Millionen Einwohner und ein Bruttoinlandsprodukt von über 9.000 Milliarden Euro.

Die Entwicklungsfähigkeit und der große Entwicklungsbedarf bieten meines Erachtens gerade dem Mittelstand mit seinen flexiblen und kundenorientierten Strukturen besondere Chancen.

Es gibt bereits gute Geschäftsbeziehungen zwischen der deutschen Wirtschaft und den Beitrittskandidaten. Rund 8 % der grenzüberschrei-

tenden Warenlieferungen - Import wie Export - und 4 % des Dienstleistungs-Handels rechnet die Außenhandelsstatistik den Beitrittsländern zu. Der Mittelstand hat an dem deutschen Export einen Anteil von rund 30 %. Dabei ist der Vorleistungsanteil des Mittelstandes an exportierende Großunternehmen nicht eingerechnet.

Wer auf ausländischen Märkten erfolgreich sein will, muss dort vor Ort vertreten sein. Auch bei den deutschen Direktinvestitionen im Ausland ist der Mittelstand aktiv. Von besonderem Interesse sind die unmittelbaren Nachbarn Polen und Tschechien. Beide Länder weisen einen relativ hohen Entwicklungsstand auf.

Trotz dieser grundsätzlich guten Ausgangsbedingungen, die gute Perspektiven ermöglichen, steht der Mittelstand der EU-Osterweiterung skeptisch gegenüber oder zumindest überwiegt die Skepsis. Es wird zwar das Entwicklungspotenzial für das eigene Unternehmen bei der Erschließung neuer Absatzgebiete und neuer Kooperationsmöglichkeiten gesehen. In der öffentlichen Diskussion ganz vorn steht die Nutzung des Lohngefälles durch Auslagerung von Lohnarbeit oder sogar teilweise oder gänzliche Verlagerung des Betriebes. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass in den meisten Beitrittsländern eine gute Ausbildungssituation vorzufinden ist. Die Arbeitsproduktivität gelernter Kräfte erreicht nach einer Befragung der ausländischen Investoren fast 80 % der Produktivität der Herkunftsländer. Marktvergrößernd im Sinne größerer Stückzahlen wirkt auch die Ausdehnung des Wirkungsbereichs von EU-Standards und Normen.

Diesen positiven Erwartungen steht aber aus Sicht des Mittelstands eine Reihe von Risiken und Nachteilen gegenüber.

Am meisten Bedenken hat der Mittelstand, dass Unternehmen der Beitrittsländer nach erfolgreichem Know How- und Technologietransfer als neue Wettbewerber den Wettbewerbsdruck im eigenen Land verschärfen. Dies mag regionalspezifisch sein. Ich meine jedoch, dass der Mittelstand auf seine Fähigkeit zur Anpassung an neue Rahmen- und Marktbedingungen und seine Stärken insgesamt vertrauen und die aufgezeigten Chancen neuer Geschäftsmöglichkeiten offensiv nutzen sollte. Vor allem technologisch fortgeschrittene Unternehmen profitieren von größeren Märkten. Die zunehmende Investitionssicherheit in

den Beitrittsländern erlaubt auch mittelständischen Unternehmen das Engagement vor Ort, sei es direkt oder in Kooperation mit anderen Unternehmen.

Im europäischen Binnenmarkt spielt die Qualifikation der Arbeitskräfte eine immer wichtigere Rolle. Arbeit ist nach wie vor der am wenigsten mobile Produktionsfaktor, nicht nur in Deutschland. Das ist auch entscheidend für die Standortqualität. Deswegen ist die Frage der Ausbildung von zentraler Bedeutung. Das duale System steht vor neuen Herausforderungen. Die Osterweiterung wird aber auch den Druck auf gering qualifizierte Arbeitskräfte erhöhen. Deswegen, aber auch grundsätzlich gewinnt die kontinuierliche Weiterbildung von Arbeitnehmern wie von Unternehmern an Bedeutung.

Es empfiehlt sich, das breite Informations- und Serviceangebot von Bund und Ländern, der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern zu nutzen. Das KfW-Mittelstandsprogramm „Ausland“ unterstützt die langfristige Finanzierung von Investitionen im Ausland allgemein und auch bei grenzüberschreitenden Kooperationen in den Beitrittsländern. Bilaterale Investitionsschutzverträge und Investitionsgarantien leisten einen Beitrag zur Absicherung von Investitionen dort. Dazu kommt noch die Hermes-Absicherung von Exporten.

Grundsätzlich betrifft die EU-Osterweiterung alle Regionen Deutschlands. Natürlich bietet sie den Grenzregionen - auch wenn dort der Anpassungsdruck besonders hoch ist - die besondere Chance, aus ihrer Randlage heraus zu treten und eine Brückenfunktion zu den Beitrittsländern zu entwickeln.

Zusätzlich zu den Bundes- und Landesprogrammen unterstützt die EU den Integrationsprozess vor allem im Bereich von Infrastruktur-Maßnahmen. Insgesamt stehen 16,3 Milliarden Euro in der Förderperiode 2000-2006 zur Verfügung. Der Ausbau der Infrastruktur verbessert die Standortbedingungen in den Grenzregionen und nutzt auf diese Weise dem Mittelstand vor Ort. Über den aktuellen Stand der Förderkulisse von Europäischer Union, Bund und Ländern informieren die Programm-anbieter selbst, die Informationsstellen der Kammern sowie die meisten Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften bzw. -Ämter.

Aber auch Regionen mit räumlichem Abstand zu den Beitrittskandidaten, vor allem wenn sie über eine gute Einbindung in das europäische Fernwegenetz verfügen, haben gute Chancen, von der Markterweiterung zu profitieren. Zum Beispiel verfügt der Frankfurter Raum via Flughafen über mehr als 400 planmäßige Flugverbindungen zu den wichtigsten Zentren in Mittel- und Osteuropa. Das ist mehr, als Paris und London zusammen anbieten. Von Frankfurt nach Warschau kommt man leichter, öfter und vor allem schneller als zum Beispiel von Berlin aus. 42 Flugverbindungen nach Warschau in der Woche garantieren den schnellen Geschäftskontakt. Ähnliches gilt für Prag, hier gibt es wöchentlich 47 Flugverbindungen.

Noch steht der wirtschaftliche Aspekt der europäischen Integration im Vordergrund. Die Diskussion der Irak-Krise in den letzten Monaten hat wieder einmal deutlich gemacht, wie wichtig der politische Aspekt ist. Nur eine auch politisch integrierte Union hat Aussicht, ihren Interessen und denen ihrer Mitglieder, auch den wirtschaftlichen Interessen, in einer globalen Welt Geltung zu verschaffen. Das würde auch dem Mittelstand von Nutzen sein.

Prof. Dr. Günter Rinsche

Die richtige Weichenstellung für Europa

Vor 46 Jahren, am 25. März 1957 sagte Konrad Adenauer nach Unterzeichnung der „Römischen Verträge“: „Die Europäische Gemeinschaft verfolgt nur friedliche Zwecke, sie richtet sich gegen niemand. Der Beitritt steht allen europäischen Staaten offen. Der friedliche Fortschritt im Zusammenwirken mit allen ist unser Ziel.“

Vier Jahre später, im Jahre 1961, wandte sich Konrad Adenauer an die Europäer auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“ und sprach die aufrüttelnden Worte: „Haben Sie Geduld! Haben Sie Ausdauer! Unser Ziel ist, dass Europa einmal ein großes gemeinsames Haus für alle Europäer wird – ein Haus der Freiheit!“

Diese realistische Vision und zukunftsichernde Zielsetzung des großen europäischen Staatsmannes sind Auftrag und Verpflichtung für alle verantwortungsbewussten Europäer, die Freiheit, Frieden und sozialen Fortschritt für sich und ihre Kinder und Kindeskinde r wollen.

Stabilität, Sicherheit und sozialökonomische Dynamik

Politische Stabilität in Europa – nicht als Selbstzweck, sondern als Grundlage für ein menschenwürdiges Leben der Europäer – kann nicht in einer Statik des Beharrens, sondern nur in einer Dynamik zielorientierter Entwicklungen gewonnen und gesichert werden. Vor 2400 Jahren hat Aristoteles eine stabile Verfassung gefordert, die Sicherheit gegen Tyrannei bietet und die Teilhabe der Bürger an den Entscheidungen der Gemeinschaft ermöglicht. In seinem Buch über die „Politik“ schreibt der Philosoph: „Man muss daher dem Gemeinwesen einen festen Bestand geben, indem man die verderblichen und auflösenden Elemente fernhält und solchen Gesetzen Geltung verschafft, die an erster Stelle die staaterhaltenden Bedingungen umfassen.“ Zu den „staaterhaltenden Bedingungen“ und Erfolgsvoraussetzungen der Europäischen Union gehören:

1. die Rechtsstaatlichkeit (als Grundlage der Humanität und Garantie der Menschenrechte),

2. die parlamentarische Demokratie (d. h. Legalität und Partizipation der Staatsbürger),
3. der föderalistische Aufbau der EU (d. h. Subsidiarität und Recht der kleinen Lebenskreise),
4. die Soziale Marktwirtschaft (d. h. Solidarität und Effizienz).

Im Hinblick auf die Erfordernisse von Stabilität und Sicherheit sind darüber hinaus folgende Existenzbedingungen zu beachten:

1. Die Erweiterung der EU fördert Stabilität, wenn sie
 - a) positive Zukunftsperspektiven eröffnet,
 - b) zentrifugale Kräfte eindämmt,
 - c) sozialökonomische Dynamik fördert.
2. Vertiefung und Erweiterung der EU bieten Schutz vor destruktiven nationalen Rivalitäten im politischen und sozialökonomischen Strukturwandel
3. Festigung und Flexibilität der EU stabilisieren das politische Gleichgewicht in Europa durch eine Verbindung von Süd-, West-, Nord- und Osteuropa sowie durch die Anbindung der spezifischen Ordnungsaufgaben an das Zentrum der Gemeinschaft.

Unter dem Titel „Europa: Implikationen der Erweiterung“ schreiben die Wissenschaftler des „Frankfurter Instituts“: „In der geplanten Erweiterung der Europäischen Union liegt eine große Chance: die friedensstiftende Funktion von engen wirtschaftlichen Beziehungen in einem großen Europa zu verankern und der gesamteuropäischen Wohlstandsmehrung den Weg zu ebnen.“

Um Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in der EU zu ermöglichen und zu gewährleisten, sind Stabilisatoren erforderlich. In der Technik sind Stabilisatoren Geräte und Einrichtungen, die Extreme und Gefährdungen verhindern bzw. in Grenzen halten. Stabilisatoren in der Politik sind bestimmte gesellschaftliche Gruppen, z. B. gesunde Familien und ein sozialökonomisch leistungsfähiger und politisch aktiver Mittelstand sowie stabilitätsfördernde Ideen und öffentliche Meinungen, nicht zuletzt aber auch solche Institutionen und Organisationen, die willens und in der Lage sind, Rechtssicherheit, Frieden und Freiheit zu schützen und zu garantieren. Von akuter Bedeutung für die Stabilität der Europäi-

schen Union ist in diesem Zusammenhang das „Mittelstandsaxiom“ von Aristoteles, das der französische Staatsdenker Montesquieu 1748 in die Worte fasste: „Eine aus besonnenen Leuten zusammengesetzte Republik, in der die Gesetze einen großen Mittelstand schaffen, wird sich besonnen regieren.“ In seinem Werk „Vom Geist der Gesetze“ beschreibt Montesquieu auch den Zusammenhang von Freiheit und Sicherheit: „Politische Freiheit für jeden Bürger ist jene geistige Beruhigung, die aus der Überzeugung hervorgeht, die jedermann aus seiner Sicherheit hat. Damit man diese Freiheit genießen kann, muss die Regierung so beschaffen sein, dass kein Bürger einen anderen zu fürchten braucht.“

Die mit der EU-Erweiterung verbundenen Zielsetzungen „Stabilität und Wohlstand für alle“ sind nur dann zu realisieren, wenn optimale Rahmenbedingungen geschaffen werden, insbesondere für kreative und effiziente Nutzung unserer Ressourcen, für sozialökonomischen und kulturellen Fortschritt, für politische Stabilität.

In diesen existenziellen Erfordernissen eines großen und einigen Europas liegen die Aufgaben und Chancen des Mittelstandes. Die sozialökonomische Bedeutung des Mittelstandes und hier insbesondere der selbständigen Unternehmer ist heute unbestritten. In diesem Zusammenhang können folgende Gegebenheiten, Aufgaben und Chancen genannt werden:

1. Die Klein- und Mittelbetriebe sowie die freiberuflich Tätigen schaffen die sich selbst finanzierenden und ressourcenvermehrenden Arbeitsplätze.
2. Der Mittelstand ist Träger des Wettbewerbs.
3. Die mittelständische Wirtschaft ist „Saatbeet des technologischen Fortschritts“.
4. Selbstverantwortliche Wissenschaftler, Techniker und Unternehmer sind „Entdecker und Nutzer neuer Möglichkeiten“.
5. Klein- und Mittelbetriebe sind Konjunkturstabilisatoren.
6. Eine sozialökonomisch gesunde mittelständische Wirtschaft ist ein Elastizitätsfaktor der Volkswirtschaft und damit unentbehrlich für die Bewältigung der unvermeidlichen Strukturwandlungen.
7. Der eigenverantwortliche Mittelständler ist eine Urkraft der persönlichen und privaten Initiative, ohne die Gesellschaften und ganze

Kulturen erschaffen, erstarren und in parasitärer Ausbeutung verkommen.

Aufgrund dieser Potentiale und komparativen Vorteile könnte der deutsche Mittelstand eine Schlüsselrolle beim sozialökonomischen Aufbau der Beitrittsländer und ihrer Einfügung in die Europäische Union übernehmen, wenn die politischen Rahmenbedingungen dies ermöglichen würden. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt ein Vergleich der Situation des Mittelstandes in den Jahren 1949 ff. mit der Gegenwart.

Wirtschaftshistoriker sind sich heute einig, dass der großartige und weltweit bewunderte sozialökonomische Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich durch die positive Motivation der mittelständischen Unternehmer, ihre Kreativität und Unternehmungsfreude sowie durch die mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik Ludwig Ehrhard's geprägt war. Wären die Klein- und Mittelbetriebe in den fünfziger Jahren so durch Abgaben und Steuern belastet und so durch bürokratische Auflagen und Regulierungen belästigt worden wie heute, so hätte ein sog. „Wirtschaftswunder“ nicht stattgefunden.

Mit Recht weisen Historiker wie St. Clough auf den engen Zusammenhang von freiheitlicher Entfaltung, sozialökonomischem Wachstum und kulturellem Fortschritt hin. Ein Übermaß an dirigistischen Regulierungen verringert den Spielraum der Wahlfreiheit und führt zu Passivität und Sterilität. Wachstum erfordert Kreativität. Kreativität hat die Freiheit des Denkens und Handelns und den ungehinderten Austausch von Ideen und Informationen zur Voraussetzung. Kreative und unternehmerische Tätigkeit muss sich lohnen, sonst wird aus produktiver Zuversicht lähmende Resignation. Jede Abkoppelung führt zur Einschränkung kreativer Möglichkeiten. Umgekehrt erschließt die Beseitigung von Mauern und Barrieren neue und bisher ungenutzte Möglichkeiten der Kreativität und des sozialökonomischen Wachstums.

Der geistige Vater der wirtschaftlichen Einigung Deutschlands im 19. Jahrhundert, Friedrich List, beschrieb vor 150 Jahren die Wirkkräfte des Wachstums. Er führte die positiven Kräfte zurück auf die geistigen und psychischen Kräfte der Individuen und auf die Arbeit der Institutionen, welche Arbeitsteilung und Zusammenarbeit ermöglichen und sichern. Er stellt heraus: „Je einsichtsvoller der Mensch ist, je mehr ihm das Wohl

seiner Angehörigen am Herzen liegt, je heller er die Zukunft sieht, je mehr seine Kräfte freien Spielraum haben, sich selbst seine Zukunft zu bereiten, je mehr ihm die Früchte seiner Arbeit gesichert sind, desto größer werden seine Anstrengungen sein, sich Geschicklichkeit zu erwerben und vermittels seiner Geschicklichkeit Werte hervorzubringen.“

Neben der Freiheit als Wert und Wirkkraft betrachtet Friedrich List die Vergrößerung des Marktes durch bessere und billigere Kommunikationsmöglichkeiten gleichbedeutend mit einer Steigerung der Effizienz der Arbeitsteilung und damit des allgemeinen Wohlstands.

In diesem zeitlos gültigen Gedanken Friedrich Lists werden sowohl die möglichen Chancen der EU-Erweiterung sichtbar wie auch die Aufgaben der Politik zur Nutzung der Chancen durch den deutschen Mittelstand.

Wohlstand für Mittel- und Osteuropa

Aufgaben für die deutsche Politik und für den deutschen Mittelstand.

Manche Fehleinschätzungen der europäischen Integration im Allgemeinen und der EU-Erweiterung im Besonderen sind auf die Unterbewertung der europapolitischen Errungenschaften, den Irrtum des Nullsummenspiels und auf eine Kurzfristorientierung der politischen Erwartungen zurückzuführen.

Wenn es richtig ist, dass Herkunftsbewusstsein die Zukunftsorientierung erleichtert, dann ist es auch wichtig, die Errungenschaften der europäischen Einigung mit den Realitäten der Vergangenheit und nicht mit einem idealisierten Nirwanaland zu vergleichen.

Wir leben in einer Zeit des tiefgreifenden Umbruchs. Die Implosion und die gewaltigen Hypotheken und Folgelasten des Sozialismus, die Globalisierung, der weltweite Wettbewerb und die wissenschaftlich-technischen Innovationen verunsichern viele Menschen. Laufend entstehen neue Probleme, die nur dann gelöst werden können, wenn die Anpassung an neue Erfordernisse durch zukunftsichernde Reformen der Politik gelingt. Hier gilt die Erkenntnis von Charles Darwin: „Es sind nicht die Größten und Stärksten, die überleben, sondern die, die sich am schnellsten den neuen Gegebenheiten anpassen können.“

Problematisch und realitätsfern ist auch das Denken im Nullsummenspiel. Das Nullsummenspiel geht von der Annahme aus, dass das, was der eine bekommt, einem anderen genommen werden muss. Gäbe es kein Wachstum durch Kreativität, Arbeitsteilung, Zusammenarbeit und Integration, d.h. bliebe die Summe des Verfügbaren immer konstant, dann befänden wir uns alle noch in der Steinzeit. Die Menschheitsgeschichte hat die Annahmen des Nullsummenspiels widerlegt. Der Irrtum des Nullsummenspiels erzeugt Besitzstandsängste, erschwert zukunftsorientierte Entscheidungen und führt zu einem Mangel an politischen und sozialökonomischen Investitionen der Zukunftssicherung. Hier liegt die Problematik der Euro-Skepsis, die man als problemsüchtig und chancenblind charakterisieren kann.

In ähnlicher Weise wird eine Politik für die lebenswerte Zukunft der Europäer auch durch eine „Gegenwartsbesessenheit“ und „Eintagsfliegenmentalität“ behindert. Eine Kurzfristorientierung, die Saat und Ernte auf einen Zeitpunkt zusammenlegen will, verkennt die Notwendigkeit der Reifezeit und die Bedingungen erfolgreicher Investitionen in Politik und Wirtschaft. Europäische Integration, EU-Erweiterung, aber auch die globale Zusammenarbeit sind Investitionen für die Zukunftssicherung der Europäer. Die erwünschten und zu erwartenden Ergebnisse sind Frieden und Freiheit, Stabilität und Sicherheit, sozialökonomisches Wachstum als Grundlage der sozialen Sicherheit sowie die Erweiterung der Lebenschancen.

Auf die sozialökonomischen Chancen von Erweiterung und Integration von Wirtschaftsgebieten hat der schottische Staatsdenker Adam Smith schon vor mehr als 200 Jahren hingewiesen. In seiner großen Untersuchung über die „Ursachen des Wohlstands der Nationen“ schrieb er: „Ein wohlhabender Mann ist wahrscheinlich ein besserer Kunde für die arbeitsamen Leute in seiner Nachbarschaft als ein ärmerer, genau das gleiche gilt für ein reiches Land.“ David Hume, sein Freund und Lehrer hatte schon erkannt: „Überall, wo unter Nationen ein freier Verkehr herrscht, muss die einheimische Wirtschaft einer jeden durch die Fortschritte der anderen gefördert werden.“ Ludwig Erhard schrieb schon vor 50 Jahren: „Der Wert menschlicher Arbeit wächst mit der Weite des Geschäftsgebietes.“

Heute verweisen Wirtschaftskenner auf das riesige Marktpotential, das ein Wachstum mit Vorteilen für alle bewirken kann. Der amerikanische

Ökonom Lester Thurow stellt fest: „Niemand in der Welt kann wie Europa einen Wirtschaftsraum schaffen, der Hunderte von Millionen gut ausgebildeter Menschen umfasst. Voraussetzung für die Nutzung dieser Chance ist es jedoch, dass Westeuropa durch eigenen Strukturwandel auch Exporte der mittel- und osteuropäischen Länder ermöglicht und zulässt.“

Nach Auffassung deutscher Wirtschaftswissenschaftler könnte der Handel zu beiderseitigem Vorteil beachtlich intensiviert werden, wenn Assoziierungsländer zu Mitgliedsländern der EU werden würden. Zahlen bestätigen die positive Beurteilung. Am 8. Mai 1998 sagte der Vorsitzende des Ost- und Mitteleuropa-Vereins, Manfred Busche: „Die Steigerung der Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa fiel im vergangenen Jahr doppelt so hoch aus wie die des gesamten deutschen Außenhandels.“ Der Außenhandelsumsatz mit dieser Region stieg um 25% auf 167 Mrd. DM. Es bestätigt sich auch hier das Wort von Tyll Necker: „Es ist besser, gemeinsam einen größeren Kuchen zu backen, als sich um die Krümel zu streiten.“

In einem fundierten Beitrag der Deutschen Bundesbank „Zur außenwirtschaftlichen Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer“ (vgl. Monatsbericht Dezember 2002, S. 51 ff.) kommen die Autoren zu einer insgesamt positiven Beurteilung.

Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Otto Schlecht beschreibt in seinem Buch „Wohlstand für ganz Europa mit marktwirtschaftlicher Offensive“ unsere Aufgaben und Chancen:

„Die westlichen Industriestaaten und besonders die Europäische Union müssen ihrer Verantwortung bei der Hilfe auf dem steinigen Weg in die Marktwirtschaft gerecht werden. Sie haben an der Entwicklung der osteuropäischen Reformstaaten ein ureigenes Interesse. Neben notwendigen Zahlungsbilanzkrediten und Finanzhilfen ist ein Transfer von Know-how von West nach Ost unumgänglich. Die westliche Unterstützung sollte auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen ansetzen. Vorrangig ist eine projektbezogene Unterstützung für Infrastruktur, Joint Ventures, Mittelstandsförderung sowie Aus- und Fortbildung. Je stärker sich private Investoren, Hochschulen, Wirtschafts- und Berufsverbände engagieren, desto schwächer kann die staatliche Hilfe ausfallen. Voraussetzung für privates Engagement sind aber das beharrliche Reformbemü-

hen, die Setzung eines marktwirtschaftlichen Rahmens und insgesamt die Bildung von Vertrauen in die Reformstaaten. Hierfür ist konkrete Beratung und Aufbauhilfe im Bereich des Steuerrechts, des Konkursrechts, der Finanz- und Arbeitsverwaltung, des Finanzsektors und der Mittelstandsförderung nötig.

Auf mittlere Sicht werden die westlichen Unternehmer allerdings nicht umhinkommen, sich auch der qualifizierten Niedriglohnkonkurrenz zu stellen. Je früher sie damit beginnen, um so eher haben alle beteiligten Staaten volkswirtschaftliche Vorteile von der intensiven internationalen Arbeitsteilung. Dynamisch betrachtet ist das eine Zweibahnstraße: Hilfe für den Aufschwung im Osten über Investitionen schafft auch Nachfrage nach höherwertigen Produkten und Leistungen des Westens.

Abschließend kann man die Chancen und Aufgaben der deutschen Politik und des deutschen Mittelstandes in folgenden Kurzformeln zusammenfassen:

1. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine effiziente Mittelstandspolitik.
2. Hilfe bei der Beschaffung von Informationen über die rechtzeitige Nutzung von Marktchancen in Deutschland und in den Beitrittsländern.
3. Kontaktvermittlung für Kooperations- und Beratungsverträge.
4. Hilfe bei der Errichtung von Joint Ventures.
5. Bedarfsgerechte Export- und Importpolitik.
6. Schaffung von Kontaktbörsen.
7. „Türöffnungsaktivitäten“ für Kontakte mit Fachleuten der Europäischen Kommission.
8. Gemeinsame Konferenzen und Fachseminare für mittelständische Unternehmer und freiberuflich Tätige in Deutschland und in den Beitrittsländern.
9. Nutzung der Möglichkeiten und Methoden des RKW für den Aufbau von dauerhaften Netzwerken.
10. Öffentlichkeitsarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen zur Förderung des Problembewusstseins, der Chancenerkennung und des gegenseitigen Verständnisses.

Ethik und Effizienz

In Europa wie auch in der Weltwirtschaft und Weltpolitik geht es jetzt und in Zukunft um zwei Grundfragen des menschlichen Lebens in der Gemeinschaft der Mitmenschen.

1. Wie erreicht man den bestmöglichen Ertrag menschlicher Arbeit, d. h. des Denkens und des Handelns von Individuen (Optimierungsproblem)?
2. Wie können die Bemühungen und Tätigkeiten der Individuen, Unternehmen und Völker so koordiniert werden, dass eine bestmögliche Verwirklichung der berechtigten Wünsche und Ziele aller Beteiligten erreicht werden kann (Koordinierungsproblem)?

Diese Fragen des ökonomisch-rationalen Verhaltens sind eng verbunden mit den Grundsätzen der Ethik. Peter Koslowski schreibt: „Die ethische oder normative Frage nach dem richtigen Leben kann von der ökonomischen Frage nach dem effizienten Handeln nicht abgetrennt werden.“

Zur Ertragsoptimierung menschlicher Arbeit gehört somit auch die Vermeidung von Verschwendung, Vergeudung, Vernichtung, Ausbeutung, Plünderung und Unterdrückung.

Zum Koordinierungsproblem gehört auch eine Hauptaufgabe freiheitlicher Politik, Subordination soweit wie möglich durch Koordination zu ersetzen. Unter diesen Aspekten müssen die großen Aufgaben einer Koordinierung der Tätigkeiten von Menschen, Gruppen, Nationen und Staatengemeinschaften und der Optimierung der Ergebnisse und Erträge der Tätigkeiten gewertet und erfüllt werden. Die Koordination der Aktivitäten und die Optimierung der Ergebnisse verlangen die globale Kooperation.

Neben dem Prinzip der Solidarität („Haftung für das Ganze“) muss hierbei auch das Prinzip der Subsidiarität beachtet werden („Aufbau von unten nach oben“). Die Feststellung von Andreas Predöhl, „dass der Weg zur Neuordnung der Weltwirtschaft über die europäische Integration zur globalen Lösung, also von unten nach oben führt“, gilt auch für die Weltpolitik.

Die richtige Weichenstellung für Europa hat somit auch eine globale Dimension. Im 20. Jahrhundert entstanden zwei Weltkriege aus nationalistischen Rivalitäten und europäischen totalitären Ideologien. Der positive Beitrag Europas für ein menschenwürdiges Leben im 21. Jahrhundert sollte nunmehr darin bestehen, den Grundsätzen und Erfordernissen von Ethik und Effizienz Geltung zu verschaffen.

Friedhelm Ost

Verbesserung politischer Rahmenbedingungen für einen dynamischen Aufbruch des Mittelstands

75 Millionen Menschen werden 2004 als „neue“ Bürger der EU begrüßt; 2007 sollen Rumänien und Bulgarien folgen.

Diese Erweiterung ist ein weiterer historischer Schritt in der Entwicklung Europas. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Teilung des Kontinents wird damit endgültig überwunden. Die politische Bedeutung der EU-Erweiterung in Richtung Mittel- und Osteuropa kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auch die wirtschaftlichen Dimensionen sind beachtlich. Es ergeben sich vor allem für mittelständische Unternehmen neue Chancen und Herausforderungen, auf die es sich so schnell wie möglich einzustellen gilt. Den deutschen Firmen eröffnen sich für ihre Produkte und Leistungen neue Märkte. Zudem sind Kooperation und Direktinvestitionen in den EU-Beitrittsländern Möglichkeiten für kostengünstigere und erfolgreiche Aktivitäten - sowohl auf dem größer werdenden europäischen Binnenmarkt als auch auf anderen ausländischen Märkten, wie zum Beispiel Russland. In den meisten MOE-Ländern sind viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut qualifiziert und verfügen über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse.

Die Standortkosten in den Beitrittsländern sind im Vergleich zu Deutschland durchweg günstig, wenn auch viele MOE-Staaten kein Niedriglohnparadies mehr sind. So betrug im Jahre 2002 der durchschnittliche Monatsbruttolohn in Slowenien 1.020 €, in Ungarn 476 €, in Tschechien 450 € und in Polen 536 €. Zudem gibt es in einigen Beitrittsländern bereits einen regionalen Mangel an Facharbeitern. Inzwischen kooperieren deutsche Firmen mit Ausbildungseinrichtungen, um mehr Menschen zielorientiert beruflich zu qualifizieren.

Die neuen MOE-Partner der EU

Land	Einwohner in Mio.	BIP in % des EU-Durchschnitts pro Kopf
Estland	1,4	42
Lettland	2,4	33
Litauen	3,5	38
Polen	38,6	40
Slowakei	5,4	48
Slowenien	2,0	69
Tschechien	10,2	57
Ungarn	10,2	51
Bulgarien (ab 2007)	7,9	28
Rumänien (ab 2007)	22,4	25

Durchschnittslöhne und Lohnzusatzkosten in MOE-Staaten

	Slowenien	Polen	Tschechien	Ungarn
Bruttoarbeitslohn pro Monat	1.020 €	536 €	450 €	476 €
Gesetzlicher Mindest- lohn pro Monat	450 €	188 €	190 €	204 €
Arbeitgeberanteil an Sozialkosten	16,10 %	20,33 %	35,00 %	33,50 %
Renten- versicherungsbeitrag	8,85 %	16,26 %	19,5 0%	18,0 0%
Kranken- versicherungsbeitrag	6,56 %	1,62 %	9,00 %	11,00 %
Arbeitslosen- versicherungsbeitrag	0,06 %	2,45 %	3,20 %	3,00 %

Quelle: Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer

Ab dem 1. Mai 2004 werden die 10 neuen Mitglieder an allen EU-Fonds partizipieren können. Zugleich müssen sie ihren Beitragszahlerpflichten nachkommen. Für die Erweiterung der EU stehen bis zum Ende der Finanzperiode 2006 fast 41 Mrd.€ zur Verfügung; davon sind 10 Mrd.€ als Hilfen für die Landwirtschaft und 21 Mrd.€ in einem Strukturfonds gebunden. Deutschland muss für die ersten 3 Jahre 3 Mrd.€ zahlen. Wenn auch nach 2006 weitere Förderungsmöglichkeiten für die neuen Bundesländer bestehen, um die regionale Entwicklung von wirtschaftlich schwachen Gebieten zu unterstützen, so wird sich der Wettbewerb zwischen den MOE-Staaten und den mittel- und ostdeutschen Regionen verschärfen.

In einer Unternehmerbefragung, die die Industrie- und Handelskammer Dresden im Jahr 2001 durchgeführt hat, wurden Chancen und Risiken aus der Sicht der grenznahen Wirtschaft ausgelotet: Bei den Risiken der EU-Osterweiterung nannten die befragten Firmen vor allem das Preis- und Kostengefälle (23 %), den wachsenden Konkurrenzdruck (20 %), das Lohngefälle (17 %), Sicherheitsfragen (15 %) sowie die Verringerung von Gewinnchancen (14 %) und den Verlust von Standortvorteilen (11 %). Auf der anderen Seite sehen die Unternehmen folgende Chancen durch die EU-Osterweiterung: Die Erschließung neuer Markt-/Absatzgebiete (31 %), die Verstärkung von Kooperationsmöglichkeiten (20 %), die Nutzung von mitteleuropäischen Arbeitskräften in Deutschland (14 %), die Nutzung des Lohngefälles (12 %), das Wirksamwerden von EU-Standards und Normen (11 %), die Auslagerung von Lohnarbeit (8 %) und die Gewinnerhöhung durch investive Expansion (3 %). Bemerkenswert ist, dass Firmen mit mehr als 100 Beschäftigten überwiegend Chancen für ihr Geschäft aus der EU-Erweiterung erwarten, während etwa zwei Drittel der Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten die Risiken in den Vordergrund stellen. Diese Umfragezahlen signalisieren einen großen Bedarf an Information sowie an notwendigen wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Weichenstellungen im Vorfeld der Erweiterung der EU. Dabei gilt es, insbesondere die Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes vorzunehmen und den Faktor Arbeit finanziell deutlich spürbar zu entlasten.

Umgekehrt stehen aus der Sicht der Unternehmen der MOE-Staaten bei den Chancen die Erleichterung des EU-Marktzugangs, die einheitliche Währung, die besseren Kooperationsmöglichkeiten sowie die Erschließung neuer Markt- und Absatzgebiete im Vordergrund. Bei den

Risiken werden vor allem ein wachsender Konkurrenzdruck, ein Anstieg der Kosten, ein Fachkräfteabzug sowie höhere Umweltaufwendungen genannt.

Der erweiterte Wirtschaftsraum bietet per Saldo größere Vorteile für die Volkswirtschaften und ihre Unternehmen, die in Zukunft „grenzenlos“ operieren können. Allerdings müssen sich die Unternehmen darauf vorbereiten, wenn sie Risiken minimieren und Chancen wahrnehmen wollen. Insbesondere mittelständische Firmen sind bislang auf die zukünftigen Entwicklungen der Märkte in Mittel- und Osteuropa nicht optimal vorbereitet, obwohl bereits in den letzten Jahren die Bedeutung der MOE-Länder als Handelspartner der EU stetig größer geworden ist: Über 16 % der EU-Exporte gehen bereits in die MOE-Staaten; rund 12 % aller EU-Importe kommen aus diesen Ländern. Die bedeutendsten Handelspartner sind dort Polen, die Tschechische Republik und Ungarn, mit denen etwa 50 % des Außenhandels abgewickelt werden. Dabei werden insbesondere Maschinen, elektronische Produkte, Ausrüstungen für das Transport- und Verkehrswesen, chemische Erzeugnisse und Textilien in die MOE-Länder exportiert. Am deutschen Außenhandel haben diese Staaten inzwischen einen Anteil von ca. 10 %.

Große Teile der Wirtschaft in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas sind bereits privatisiert worden; einige stehen noch zur Privatisierung an. Das hat zu beachtlichen Direktinvestitionen aus dem EU-Raum geführt. Allein aus Deutschland flossen in jüngster Zeit bis zu 5 Mrd.€ jährlich in die MOE-Länder; das waren im Schnitt 7 bis 8 % der gesamten deutschen Auslandsinvestitionen. Die Talfahrt der Weltwirtschaft wirkt sich zwar auch auf Mittel- und Osteuropa aus; dennoch weisen die MOE-Länder durchweg höhere Wachstumsraten als die EU-Staaten auf. Der ökonomische Aufholprozess ist seit längerem im Gange und dürfte sich in den nächsten Jahren noch beschleunigen.

So sind weitere Kapitalzuflüsse aus der EU und anderen Staaten in Richtung MOE ebenso erforderlich wie ein intensiver Technologietransfer. Damit können neue Zuliefer-, Produktions- und Absatzmärkte erschlossen werden. Bislang sind mittelständische Unternehmen lediglich mit etwa 30 % an den deutschen Ausfuhren in die MOE-Beitrittsländer und mit nicht einmal 20 % am Kapitaltransfer beteiligt. Daraus ergibt sich, dass der deutsche Mittelstand im Hinblick auf die EU-Erweiterung noch keineswegs in seiner gesamten Breite gut positioniert ist. Um von den Vorteilen zu profitieren, müssen die Unternehmen die neuen Möglich-

keiten konkret ausloten. Natürlich muss jede Firma nach einer detaillierten Analyse entscheiden, mit welcher Strategie sie im Außenhandel, bei Direktinvestitionen, Firmenübernahmen oder Kooperationen operieren will. Gute Hilfe dabei bietet zum Beispiel das RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft: Mit fundierten Informationen, intensiver Beratung und Hilfestellung werden Wege zur Zusammenarbeit mit MOE-Partnern geebnet. Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern bieten Seminare zu den verschiedenen Themen der EU-Osterweiterung an. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterstützt mittelständische Unternehmen bei Direktinvestitionen im Ausland: Im KfW-Mittelstandsprogramm-Ausland werden kleine und mittlere Firmen sowie ausländische Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen, Joint Ventures mit maßgeblich deutscher Beteiligung und auch freiberuflich Tätige aus Deutschland gefördert.

Aus der jetzigen EU mit 15 Mitgliedern wird durch die Erweiterung eine EU mit 25 Partnerländern. Der Ende 2002 in Kopenhagen erzielte Finanzkompromiss für die Osterweiterung umfasst ein Volumen von 40,8 Mrd.€ für 2004 bis 2006. Der größte Kostenblock ist jedoch nicht die Agrarpolitik, sondern die Regionalförderung, mit der das Wohlstandsgefälle zwischen den bisherigen EU-Mitgliedern und den Beitrittsstaaten abgebaut werden soll. Für die „alten“ EU-Länder bringt die Erweiterung dennoch in erster Linie wirtschaftliche Vorteile. Für Deutschland liegen sie vor allem in zusätzlichen Exportmöglichkeiten, in einer kostengünstigen Arbeitsteilung und in vielfältigen Investitionsprojekten. Die Risiken sollten nicht übersehen werden: Insbesondere wird sich der Wettbewerb in Produktionsbereichen mit hohem Arbeitskostenanteil verschärfen. In der Vergangenheit hat es bereits manche Verlagerung von Fertigungen an kostengünstigere Standorte in MOE-Länder gegeben. Dieser Trend könnte sich noch wesentlich verstärken - vor allem, wenn es in Deutschland nicht gelingt, längst überfällige Strukturreformen des Arbeitsmarktes, des Flächentarifvertrages und der Sozialsysteme umgehend durchzusetzen.

Die Sorgen einer stärkeren Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland sind nicht völlig von der Hand zu weisen, sollten indessen auch nicht übertrieben werden. Seit 1995 hat die Nettozuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Staaten im Schnitt lediglich bei 20.000 Personen gelegen. Wenn es gelingt, die Wirtschaft in den

MOE-Staaten stärker auf Wachstumskurs zu bringen und dort neue Jobs zu schaffen sowie steigende Einkommen zu bieten, wird der Strom der Migranten in Zukunft eher geringer als bisher sein. Zudem können die MOE-Länder eine wichtige Brückenfunktion übernehmen, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa wesentlich und dauerhaft zu verstärken; insgesamt geht es hier um einen noch weitgehend „unterentwickelten“ Markt mit 400 Millionen Einwohnern, wobei Russland im Vordergrund stehen könnte.

Die EU wird größer. Viele Hürden und Hindernisse fallen. Die Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie Wohlstand nehmen dadurch zu. Die „EU der 25“ könnte zum größten Wirtschaftsraum der Welt werden und die Vereinigten Staaten von Amerika überholen. Dies wird indessen nur gelingen, wenn die meisten „Alt-Mitglieder“ der EU den Startschuss zur Erweiterung zu Reformen ihrer verkrusteten Strukturen nutzen. Größere Marktanteile, innovative Produkte, mehr Direktinvestitionen, ein höheres Wachstum und neue Arbeitsplätze werden weder von Regierungen noch EU-Bürokraten geschaffen, sondern von dynamischen Unternehmern. Die politischen Rahmenbedingungen für mittelständische Firmen sollten vorrangig verbessert werden, um so einen neuen dynamischen Aufbruch in der EU einzuläuten und unternehmerische Kräfte zu entfesseln, die die Chancen für alle in Europa entschlossen wahrnehmen können.

Christa Thoben

Bewusst auf Chancen der Osterweiterung setzen

„Die Osterweiterung ist ein Konjunkturprogramm mit vielfältigen Perspektiven für die Länder im Westen Europas“, so optimistisch bewertet der frühere Wirtschafts- und Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, Ernst Schwanhold, die gerade beschlossene Osterweiterung der EU, um zehn mittel- und osteuropäische Länder.

Viele, insbesondere mittelständische Unternehmen, sehen der anstehenden Osterweiterung allerdings mit großen Bedenken entgegen und auch Studien verschiedener Institutionen belegen, dass neben den Chancen mit der Osterweiterung selbstverständlich auch Risiken verbunden sind. Die Integration zusätzlicher Wirtschaftsräume, die gemessen an einer Reihe wirtschaftlicher Indikatoren deutlich hinter den bisherigen Mitgliedsländern liegen, bedeutet natürlich eine zusätzliche Herausforderung in Gestalt von vermehrtem Wettbewerbsdruck, möglicherweise massiven Wanderungen aufgrund eines deutlichen Sozialgefälles zwischen den Ländern und vermehrter bisher so nicht gekannter Neuorientierung von Kapital und Warenströmen. Und wie immer in solchen Fällen gilt auch hier - sehr kurzfristig betrachtet - reicht häufig die Anpassungsfähigkeit auf beiden Seiten nicht aus, um Brüche in der Entwicklung ganz zu vermeiden. Langfristig betrachtet sind allerdings sowohl die staatlichen Rahmenbedingungen als auch die Umstellungsmöglichkeiten der Wirtschaft so groß, dass das Wahrnehmen zusätzlicher Chancen gegenüber dem Bewältigen damit verbundener Risiken überwiegt.

Es sei an die Süderweiterung der EU im Jahre 1986 erinnert, auch damals wurden zum Teil Horrorszenarien gemalt, die mit der Aufnahme von Spanien, Portugal und Griechenland zu bewältigen seien. Vor lauter Angst - insbesondere vor einem nicht beherrschbaren Zustrom von Menschen aus den südeuropäischen Ländern - wurde damals eine siebenjährige Übergangsfrist vereinbart, innerhalb derer die Freizügigkeit eingeschränkt werden konnte. Nach Ablauf dieser Frist, in vielen Län-

dern sogar früher, setzte dann kein großer Treck in die EU-Altländer ein. Die Integration der damaligen Beitrittsländer kann als weitgehend abgeschlossen angesehen werden. Inzwischen überwiegt sogar die Rückwanderung aus der Bundesrepublik nach Portugal und Spanien den Zustrom. Und dennoch - um den tatsächlichen oder vermeintlichen Befürchtungen vor einer Immigrationswelle aus den Beitrittsländern Rechnung zu tragen - wird auch für sie wohl eine vergleichbare Begrenzung der Freizügigkeit für die ersten Jahre vereinbart werden. Dies dürfte nicht zuletzt auch im Sinne der Beitrittskandidaten liegen, denn die, die am ehesten auf den Arbeitsmärkten der EU gesucht werden, also Beschäftigungschancen haben - das gilt insbesondere auch für Deutschland - sind besonders gut ausgebildete Facharbeiter und Angestellte. Diese aber werden selbstverständlich auch in den Heimatländern gebraucht, um dort die Anpassungen mit zu vollziehen und zu gestalten, die in diesen Ländern mit dem Beitritt zur Europäischen Union verbunden sein werden.

Insbesondere für uns in Deutschland erlaube ich mir die zusätzliche Anmerkung, dass wir uns insgesamt über unsere Interessenlage in Bezug auf Zuwanderung und Freizügigkeit noch nicht ausreichend klar geworden sind. Unsere demographische Entwicklung wird uns in den kommenden Jahrzehnten in eine Lage versetzen, bei der wir gegen einen Zustrom infolge der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union wohl kaum Einwände artikulieren werden. Zumal die Integrationsprobleme, die mit dieser Art von Zuwanderung verbunden sind, relativ leicht lösbar erscheinen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die mit dem anstehenden Zuwanderungsgesetz verbundene Debatte ein völlig anderes Gesicht. In diesem Gesetz geht es um die Regelung des Zuzugs aus Nicht-EU-Mitgliedsländern. Dort zu einer echten Begrenzung und Formulierung der eigenen Interessen zu kommen, ist nach meiner Überzeugung überfällig.

Zu den Risiken, die mit der Osterweiterung der Europäischen Union verbunden sind, zählt mit Sicherheit der Konkurrenzdruck von Wettbewerbern aus diesen Ländern, die über niedrigere Arbeitskosten verfügen und insbesondere in arbeitsintensiven Produkten Kostenvorteile gegenüber inländischen Wettbewerbern organisieren. Dem stehen die Chancen gegenüber, mit dem in den Beitrittsländern steigenden Wohlstand vermehrt in diese Länder exportieren zu können, dort Niederlas-

sungen zu gründen, also sich neue Märkte von Deutschland aus zu erschließen. Knapp die Hälfte der kleinen und mittleren Unternehmen geht von einer Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation aus, allerdings nimmt der Optimismus in Grenznähe zu Polen und Tschechien zu.

Diese unterschiedliche Einschätzung darf nicht überraschen. Sie deckt sich wiederum mit einer generellen Beobachtung. Skepsis und Risiken verbinden sich mit dem Unbekannten. Chancen wachsen und werden vermehrt wahrgenommen, wenn die Kenntnis über die eigenen Fähigkeiten und die Möglichkeiten des Wettbewerbers zunehmen. Generell steigen mit der Osterweiterung die Wachstumschancen und damit auch die Absatzmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen. Davon werden die am unmittelbarsten und schnellsten profitieren, die sich Marktkenntnisse verschaffen und sich in den neuen Märkten deshalb schnell etablieren. Dies wird auch dadurch geschehen, dass mit zunehmender Freizügigkeit die Kostendifferenzen zwischen den Produktionsstandorten abnehmen und damit der Qualitätswettbewerb wieder an Bedeutung zunehmen wird.

Dieser Wandlungsprozess, der mit der Osterweiterung verbunden sein wird, stellt insofern nur einen Teilausschnitt, allerdings einen besonders intensiven und bedeutsamen der generellen Tendenz zur Globalisierung und Internationalisierung der Märkte dar. Die zunehmenden ökonomischen Verflechtungen setzen an jedem Standort und in jedem Unternehmen voraus, dass das Bewusstsein für die schwindende Bedeutung räumlicher Distanzen wächst und damit die Bereitschaft, sich lokal immer wieder neu und flexibel aufzustellen, zunimmt. Dabei werden wir in Deutschland, gerade auch im Verhältnis zu den kleinen und mittleren Unternehmen vor der Illusion warnen müssen, dass mit dem Hinweis auf Lohn- und Sozialdumping und/oder unzureichende Umweltschutzstandards Schutzwälle gegen den zunehmenden Wettbewerbsdruck durchzuhalten wären. Natürlich gilt es innerhalb der Europäischen Union und auch darüber hinaus, auf Mindeststandards sowohl bei Menschenrechten als auch beim nachhaltigen Wirtschaften zu drängen. Dies wird die nationale Politik und die ansässigen Unternehmen allerdings nicht vor der großen Aufgabe bewahren, Rahmenbedingungen und das Anpassungsverhalten so zu organisieren, dass Produkte und Dienstleistungen sich dem internationalen Wettbewerb stellen und ihn bestehen können.

In dem Zusammenhang hilft ein Blick auf die Vorbereitung der Unternehmen in den Beitrittsländern auf diesen Prozess der Osterweiterung, der ja auch dort mit massiven Anpassungsnotwendigkeiten verbunden ist. Die europäische Kommission bestätigt den zehn Beitrittskandidaten der ersten Runde, dass sie insgesamt eine funktionierende Marktwirtschaft aufgebaut haben und man deshalb davon ausgehen kann, dass diese Länder dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union standhalten können, also im Wettbewerb bestehen werden. Andererseits bleiben in diesen Ländern, was den institutionellen Rahmen angeht, noch einige Hauptaufgaben zu erledigen. Sie reichen vom Aufbau zusätzlicher Verwaltungskapazitäten in Bezug auf die Funktionsfähigkeit der Justizsysteme bis zur Vorkehrung für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz. Für uns in Deutschland lässt sich aus dieser Bewertung nur ablesen, dass wir uns - und das gilt auch für den Mittelstand - auf diesen Erweiterungsprozess insbesondere auch auf den Zeitrahmen einstellen müssen.

Die Strategie, die für das einzelne Unternehmen geeignet ist, um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden, wird teilweise sehr individuell formuliert werden müssen. Es kann erfolgsversprechend sein, Auslandsmärkte für den Absatz heimischer Produkte zu erschließen. Es mag sich empfehlen, Produktion und Engagement zum Teil in die Erweiterungsländer zu verlagern und neue Vertriebswege und Marketingaktivitäten zu entwickeln.

Die wechselseitigen Anstöße von Integration und Wachstumsdynamik werden nur von denen zu ihrem Vorteil genutzt werden, die bewusst auf die Chancen der Osterweiterung setzen und den damit verbundenen Anpassungsdruck aushalten und mit geeigneten Strategien darauf antworten. Die kleinen und mittleren Unternehmen, die sich ganz ihrem lokalen Markt verschrieben haben und das auch in Zukunft wollen, müssen sich in einer Reihe von Branchen darauf einstellen, dass Anbieter aus den Beitrittsländern sich am selben Ort um Kunden und damit Absatzchancen bemühen werden. Vielleicht ergeben sich daraus Kooperationsformen, die für unsere gemeinsame europäische Zukunft eher typisch als die Ausnahme sein werden.

TEIL 2

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für den deutschen Mittelstand aus der Sicht von Wissenschaft und Wirtschaft

Prof. Dr. Gerhard Fels in Zusammenarbeit mit
Hubertus Bardt und Klaus-Heiner Röhl

21 Thesen zur EU-Osterweiterung

1. Mehr als 13 Jahre nach Ende des Kalten Krieges stehen die ersten mittel- und osteuropäischen Transformationsländer kurz vor dem Beitritt zur Europäischen Union – darunter mit den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen auch Nachfolger der ehemaligen Sowjetunion. Was vor 1990 noch völlig utopisch war, gehört heute zu den am meisten diskutierten Themen der europäischen Politik. Rechtzeitig zur Wahl des nächsten Europäischen Parlaments soll der Beitritt der zehn Kandidaten am 1. Mai 2004 vollzogen werden. Dem gingen lange und teilweise schwierige Verhandlungen voraus, die die Union mit jedem potentiellen Beitrittsland einzeln führte, und die erst auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 abgeschlossen werden konnten.

2. Die endgültige Beseitigung des Ost-West-Gegensatzes bringt erhebliche Herausforderungen mit sich. Sowohl die neu aufgenommenen Kandidaten als auch die alten Mitglieder der Europäischen Union müssen sich politisch und ökonomisch auf die Veränderungen einstellen, die auf Bürger, Politiker und Unternehmen zukommen werden. Die Beitrittsländer wurden in den letzten Jahren einer intensiven Überprüfung unterzogen, ob sie tatsächlich fit für die Union sind. Bulgarien und Rumänien mussten daher auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet werden. Obwohl es bei einigen der Prüflinge bis zum Schluss Zweifel gab, ob sie das Prädikat „beitrittsfähig“ erhalten sollten, und obwohl im Falle von Zypern immer noch politische Risiken in der Teilung des Landes liegen, erhielten doch zehn Länder grünes Licht, so dass aus der 15er bald eine 25er Gemeinschaft wird. Mit acht Neumitgliedern liegt der Schwerpunkt der Erweiterung im ehemals sozialistischen Mittel- und Osteuropa.

3. Aber sind die Gemeinschaft und ihre etablierten Mitglieder auch schon reif für die Erweiterung? Sind alle Hausaufgaben gemacht und die seit langem auf eine Umsetzung wartenden Reformen erledigt worden? Wohl kaum. Deshalb dürfte die Erweiterung für die EU zu einer unnötig großen Belastung werden. Das beste Beispiel hierfür ist die

gemeinsame Agrarpolitik. Hier wäre eine Zäsur dringend angebracht gewesen. Statt die Subventionen in die Landwirtschaft endlich signifikant zu reduzieren, wurde daraus ein Zankapfel in den Beitrittsverhandlungen. Die historische Chance wurde vertan, allen Widerständen der europäischen Bauern-Lobby zum Trotz zu einer marktwirtschaftlichen Politik auf dem Agrarsektor zurückzukehren. Hiervon hätten nicht nur die Konsumenten in der EU und die wettbewerbsfähigen Exportnationen der Dritten Welt profitieren können. Auch für die Vergrößerung der EU wäre einiges einfacher geworden. So wären die Lasten für die Nettozahler in den Brüsseler Haushalt deutlich geringer ausgefallen, wenn weniger Geld in die Kassen der Landwirte umgeleitet würde. Gleichzeitig hätte man damit vermeiden können, dass überkommene Agrarstrukturen in den Beitrittsländern konserviert werden. Darüber hinaus stünden mehr Mittel für dringend notwendige Investitionen etwa im Infrastrukturbereich der mittel- und osteuropäischen Staaten zur Verfügung.

4. Da dieser Schritt nicht getan wurde, besteht die Gefahr, dass sich derartige Reformen in Zukunft noch schwerer durchsetzen lassen. Wenn es schon unter 15 Mitgliedern zu viele Widerstände gibt, wird das bei 25 Mitgliedern nicht besser – zumal die meisten der neu hinzugekommenen von den Zahlungen erheblich profitieren werden. Hierin zeigt sich, dass die Europäische Union es auch in einem zweiten wichtigen Problemfeld nicht geschafft hat, sich selbst ausreichend auf die Osterweiterung vorzubereiten. Die Abstimmungsprozedere stammen in ihrem Kern noch aus einer übersichtlichen Gemeinschaft von kaum mehr als einer Handvoll Ländern, die sich relativ ähnlich waren. Doch schon heute sind die Unterschiede der Interessen so groß und die Aufgaben der Union so vielfältig geworden, dass die – lediglich modifizierten – Entscheidungsfindungsprozesse nicht mehr adäquat erscheinen. Allzu oft kommt es zumindest zu Verzögerungen, wenn nicht zu Blockaden im Gesetzgebungsverfahren, wenn sich ein Land oder eine kleine Minderheit gegen Veränderungen sträubt. In Zukunft wird es noch schwieriger werden, die nötigen Mehrheiten zu erreichen. Auch die Beschlüsse von Nizza, in denen die Stimmverhältnisse in den verschiedenen Institutionen neu gewichtet wurden, haben nicht zu einer dauerhaft tragfähigen Lösung des Problems beigetragen. Es muss insbesondere die Nettozahler besorgen, wenn der Abbau von Unterstützungszahlungen gegen eine ausreichende Anzahl von Empfängerländern praktisch un-

möglich wird – egal ob die sachlichen Grundlagen für die Zahlungen noch bestehen oder nicht.

5. Die Osterweiterung der EU wird nicht ohne Kosten zu bewältigen sein. Insgesamt hat der Europäische Rat Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von fast 41 Milliarden Euro für die Jahre 2004 bis 2006 vorgesehen. Den größten Anteil verschlingt neben strukturpolitischen Maßnahmen die Landwirtschaft. Von knapp 8 Milliarden Euro im Jahr 2002 steigen diese beiden Posten innerhalb von zwei Jahren auf fast 13 Milliarden Euro. Während die Verpflichtungsermächtigungen auch Leistungen in späteren Jahren umfassen, fallen bis 2006 tatsächliche Zahlungen in Höhe von knapp 25 Milliarden Euro an, denen 14 Milliarden Euro an Beiträgen der Neumitglieder gegenüber stehen. Von der zusätzlichen Belastung trägt der deutsche Steuerzahler etwa ein Viertel, so dass durch die Erweiterung der Union Kosten in Höhe von knapp 3 Milliarden Euro in drei Jahren von den hiesigen öffentlichen Haushalten zu tragen sind.

6. Während die direkten Kosten für Deutschland bisher in einem überschaubaren Rahmen bleiben, werden vor allem ökonomische Auswirkungen des Beitritts der mittel- und osteuropäischen Staaten teilweise mit Sorge betrachtet. Bei Teilen der Bevölkerung gibt es erhebliche Ängste vor massiven Wanderungsbewegungen aus den Kandidatenländern in die alten Mitgliedstaaten und einem Überschwemmen der westeuropäischen Arbeitsmärkte.

7. Wissenschaftliche Untersuchungen kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen hinsichtlich der künftigen Wanderungsbewegungen von Ost nach West. In der Ökonomie herrschen zwei sich gegenüberstehende Grundpositionen vor. Auf der einen Seite wird aufgrund der Wohlstandsunterschiede eine erhebliche Zuwanderung nach Deutschland von in der Spitze bis zu 300.000 Personen im Jahr prognostiziert. Auf der anderen Seite zeigt der Blick auf die Süderweiterung um Portugal und Spanien im Jahr 1986, dass die Menschen weniger mobil sind, als zuweilen angenommen. Zwischen 1984 und 1987 ist die Zahl der Spanier und Portugiesen in Deutschland sogar zurückgegangen. Mit dramatischen Entwicklungen ist eher nicht zu rechnen. So ist beispielsweise schon innerhalb Polens die Arbeitsmobilität äußerst gering. In Warschau werden Arbeitskräfte gesucht, während gleichzeitig in Ostpolen erhebliche Arbeitslosigkeit herrscht. Wahrscheinlich wer-

den von denen, die schon innerhalb des Landes nicht mobil sind, die wenigsten nach Deutschland kommen. Und von denen, die hier arbeiten wollen, sind viele schon da – teilweise in der Illegalität.

8. Vor zu starker Immigration aus Mittel- und Osteuropa sollen institutionelle Vorkehrungen schützen, die nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung beschlossen wurden. So ist eine Übergangsfrist bis zur Gewährung der vollständigen Freizügigkeit für Bürger aus den Beitrittsländern von bis zu sieben Jahren vorgesehen. Je nach Entwicklung kann jedes einzelne Land für sich aber eine Verkürzung dieser Frist beschließen oder ganz darauf verzichten.

9. Während der freie Grenzübertritt für Arbeitnehmer also erst einige Zeit nach dem Beitritt vollständig verwirklicht sein wird, sind an anderer Stelle schon seit längerer Zeit wichtige Erfolge zu vermelden. So ist der Handel zwischen der EU und den zukünftigen Mitgliedern vor allem für Industriewaren bereits weitestgehend liberalisiert worden. Nicht zuletzt deshalb gehen rund zwei Drittel der Exporte schon heute in die Union. Auch im Bereich der Direktinvestitionen wurden die wichtigsten Hürden beseitigt. So besteht beispielsweise ein erhebliches Engagement westeuropäischer Unternehmen im Bankensektor. In Tschechien und der Slowakei sind die Banken zu gut 90 vH und mehr in westlicher Hand.

10. Aufgrund der geographischen Nähe ergeben sich für die deutsche mittelständisch geprägte Wirtschaft besondere Chancen durch die Osterweiterung, der aber auch einige Risiken gegenüberstehen. Schon heute wird reger Handel mit den zukünftigen EU-Mitgliedern getrieben. Rund ein Drittel ihrer Exporte liefern die Beitrittsländer in die Bundesrepublik. Die größeren deutschen Unternehmen sind auf den mittel- und osteuropäischen Märkten präsent. Dabei werden nicht nur arbeitsintensive Güter aus Zentraleuropa eingeführt, sondern auch hochwertige und technologieintensive Produkte dorthin exportiert. Die wirtschaftliche Integration West- und Osteuropas ist gemessen an den Handelsströmen schon zu einem guten Teil vollendet.

11. Inzwischen ziehen auch Mittelständler nach, die zum einen die Kostenvorteile in den Beitrittsländern nutzen, zum anderen aber auch die Chance ergreifen, sich in Mittel- und Osteuropa zu positionieren. Während die westeuropäischen Märkte weitgehend gesättigt sind, lie-

gen hier noch erhebliche Wachstumspotenziale. Dies gilt speziell für Qualitätsprodukte, die sich vom heimischen Angebot abheben. Zum Teil handelt es sich bei den engagierten Mittelständlern aber auch um Zulieferunternehmen, die den neuen Produktionsstandorten der Global Player folgen. Die Automobilindustrie beispielsweise setzt verstärkt darauf, dass die wichtigsten Lieferanten größere Module direkt in die Endmontage einspeisen. Ein reibungsloser Produktionsprozess lässt sich hierbei am besten durch die räumliche Nähe der Zulieferbetriebe sicherstellen.

12. Damit Auslandsinvestitionen auch für kleinere Unternehmen lohnenswert sind, müssen sich erhebliche Standortvorteile realisieren lassen. Der Mittelstand muss genau kalkulieren, ob sich die Aufspaltung der Wertschöpfungsketten und die Verlagerung arbeitsintensiver Fertigungsschritte für kleinere Einheiten rechnen. Durch die Integration einer ausländischen Produktionsstätte kommt es zu Transaktionskosten, die für mittelständische Unternehmen stärker ins Gewicht fallen. Unternehmensumfragen vom Jahresende 2002 bestätigen, dass der Trend zur Verlagerung von Investitionen hin zu ausländischen Standorten inzwischen auch den Mittelstand voll erfasst hat. Hierbei erweist sich die ungünstige Entwicklung der Rahmenbedingungen in Deutschland als treibende Kraft.

13. Auch Branchen, die nur eine geringe Technologieintensität besitzen und denen damit gemeinhin in Deutschland langfristig eine schlechte Überlebensfähigkeit vorausgesagt wird, können durch eine zielgerichtete Internationalisierungsstrategie ihre Aussichten verbessern. So konnte die Textil- und Bekleidungsindustrie, die hier zu Lande seit Jahrzehnten unter starkem Anpassungsdruck durch Niedriglohnkonkurrenz steht und die auf den Weltmärkten erhebliche Anteile eingebüßt hat, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ihre Ausfuhren wieder deutlich steigern. Möglich wurde dies auch durch die Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsschritte ins Ausland, insbesondere in die mittel- und osteuropäischen Länder. Eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft unterstreicht diesen Befund: Mittelständler mit Auslandsaktivitäten schätzen sich selbst als besonders wettbewerbsfähig ein. Die Präsenz im Ausland hilft offenbar, Standortnachteile in Deutschland zu kompensieren.

14. Vor allem mittelständische Unternehmen in Ostdeutschland betrachten die Osterweiterung jedoch noch immer eher als eine Gefahr denn als Chance. Umfragen aus Sachsen und Polen zeigen, dass die polnischen Unternehmen bereits eine deutlich höhere Präsenz auf dem deutschen Absatzmarkt besitzen als umgekehrt. Die deutschen Betriebe sind vor allem in der unmittelbaren Grenzregion aktiv, während für die polnischen Firmen der gesamtdeutsche Markt wichtig ist. Kooperationsbeziehungen mit Partnern im jeweils anderen Land werden von den polnischen Unternehmen weit häufiger unterhalten oder geplant als von den sächsischen, die allerdings durchschnittlich auch kleiner sind. In den westpolnischen Firmen überwiegen die positiven Erwartungen bezüglich des kommenden EU-Beitritts, während in Sachsen die Skepsis noch groß ist. Gleichzeitig wird die Konkurrenz durch Unternehmen „von jenseits der Grenze“ in der polnischen Grenzregion aber sogar schärfer eingeschätzt als auf deutscher Seite.

15. Doch auch der ostdeutsche Mittelstand sollte die überfällige ökonomische Vereinigung des Kontinents offensiv angehen. Durch grenzüberschreitende Netzwerke und Kooperationen könnten Betriebe der neuen Bundesländer Kostenvorteile erlangen und gleichzeitig ihren Nachteil geringer Größe schneller ausgleichen. Bei einer derartigen Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Partnerunternehmen könnten Forschung und Entwicklung, hochwertige Produktion sowie die Vermarktung in Deutschland angesiedelt bleiben. Für einfachere Produktionsprozesse jedoch müssen die Lohnkostenvorteile der Nachbarn ausgenutzt werden. Die Kostenreduktion ist eine wichtige Voraussetzung für größere Markterfolge im Westen. Gleichzeitig können die „Ostmärkte“ mit Hilfe eines Partnerunternehmens vor Ort leichter erobert werden.

16. Bislang scheitern solche Kooperationen nicht nur an der mangelnden Kreativität in den deutschen Betrieben, sondern zum Teil auch an den Behörden, die den Einsatz von osteuropäischen Arbeitskräften behindern. Dabei ist dieser für eine engere Zusammenarbeit unerlässlich – man denke nur an die Sprachbarrieren, die es zu überwinden gilt. Mit dem EU-Beitritt der Nachbarländer könnte dies einfacher werden, auch wenn für die volle Freizügigkeit der Arbeitskräfte noch Übergangsfristen gelten.

17. Im direkten Grenzbereich könnte die Lohnkonkurrenz die meisten Probleme verursachen. Beim Blick auf die östlichen Grenzregionen in den neuen Ländern ist manchmal eine Lähmung zu erkennen. Es wird geradezu auf die Erodierung der ohnehin schwachen ökonomischen Basis durch die „Billiglohnkonkurrenz“ gewartet. Und tatsächlich sind insbesondere das grenznahe Handwerk und die Bauwirtschaft, aber auch bestimmte Dienstleistungen wie beispielsweise Wäschereien von der zusätzlichen Konkurrenz betroffen. Aber es gibt auch Ansätze, die deutlich machen, dass es auf deutscher Seite der Grenze ebenfalls Chancen durch den Beitritt gibt: Schon jetzt fragen wohlhabende polnische Kunden hochwertige Waren und Dienstleistungen in den deutschen Grenzstädten nach, da sich polnische Anbieter auf das Billigsegment konzentriert haben. Doch noch wird diese Kundschaft viel zu wenig gepflegt, etwa durch Verkaufspersonal, das der Sprache der Nachbarn mächtig ist, oder durch Werbung jenseits der Grenze.

18. Insgesamt verspricht die Osterweiterung der EU einen spürbaren Wohlstandsgewinn. Der größere Binnenmarkt verbessert die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung. Hiervon werden zunächst sicherlich die nachholenden Staaten stärker profitieren als die etablierten Westeuropäer. Die Beitrittsländer haben aber auch schon wichtige Erfolge im Transformationsprozess erzielen können. So ist die Privatisierung des Unternehmenssektors als Voraussetzung für eine stabile marktwirtschaftliche Ordnung weit voran geschritten und in manchen Ländern wie Ungarn nahezu abgeschlossen. Neben der Privatisierung der Staatsbetriebe hat auch das Unternehmertum eine beeindruckende Renaissance erfahren, so wurden etwa in Polen seit 1990 netto mehr als zwei Millionen Unternehmen gegründet. In diesem großen Kreis sollten sich auch potenzielle Partner für den deutschen Mittelstand finden. Gerade für kleinere Unternehmen ist es nicht immer einfach, den Schritt auf einen bislang unbekanntem Auslandsmarkt allein zu vollziehen.

19. Jetzt müssen sich auch die alten EU-Länder und allen voran Deutschland fit für die neue Konkurrenz machen. Spezialisieren sich die Länder Mittel- und Osteuropas und die Hochlohnländer der Union entsprechend ihrer jeweiligen komparativen Vorteile, so können beide Seiten erhebliche Gewinne aus der Wirtschaftsintegration ziehen. In den Handelsströmen lässt sich dieses Spezialisierungsmuster bereits klar ablesen. Deutschland exportiert hochwertige Konsumgüter, Fahrzeuge und Maschinen und importiert überwiegend lohnintensive Vor- und Massen-

produkte. Dieser Austausch ist für die beteiligten Handelspartner vorteilhaft und erhöht den Wohlstand. Doch gehört in jedem Land der Produktionsfaktor, der nun in direkte Konkurrenz zu seinem reichlich vorhandenen Pendant in der anderen Region tritt, zunächst zu den Verlierern. In Deutschland ist dies gering qualifizierte Arbeit, insbesondere in der industriellen Produktion. Hier stehen zwei Auswege offen. Erstens Qualifikation zur Steigerung des Humankapitals, zweitens der vermehrte Einsatz wenig qualifizierter Arbeitskräfte im Dienstleistungssektor, der nur in geringem Umfang direkter ausländischer Konkurrenz ausgesetzt ist.

20. In Nordamerika sind diese Wege nach der Gründung der Freihandelszone NAFTA erfolgreich beschritten worden: In Mexiko entstanden Millionen neuer Industriearbeitsplätze durch Direktinvestitionen amerikanischer Unternehmen. Der US-amerikanische Arbeitsmarkt reagierte flexibel und konnte den freigesetzten Industriearbeitern im expandierenden Dienstleistungssektor neue Perspektiven bieten – nicht nur im Billiglohnbereich, wie es Kritiker gern kolportieren.

21. In Deutschland fehlt bislang diese Flexibilität. Reformen, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und vor allem die Reaktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes stärken, könnten dazu beitragen, die Anpassungslasten zu minimieren und die wirtschaftlichen Chancen der Osterweiterung konsequent zu nutzen. Erklärungen aus Regierungskreisen zum Bürokratieabbau sollten kein Lippenbekenntnis bleiben. Belastungen aus Bürokratie und Regulierung schaden dem Mittelstand überproportional. Ferner müssen die Steuer- und Abgabenerhöhungen zu Beginn der Legislaturperiode schnellstmöglich durch ein Konzept zur Senkung von Steuersätzen bei gleichzeitigem deutlichen Subventionsabbau ersetzt werden. Auf diese Weise könnte Deutschland die Früchte der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas ernten, ohne für den verschärften Wettbewerb mit einer weiter steigenden Arbeitslosenquote bezahlen zu müssen.

Prof. Dr.-Ing. Günter Spur

Die EU-Osterweiterung – eine Herausforderung für den technologischen Fortschritt

Europa nimmt eine neue Gestalt an. Ein erweitertes Vereinigtes Europa ist im Entstehen. Die Grenzen sind geöffnet, man blickt hoffnungsvoll in die Zukunft. Das östliche Europa befindet sich im Aufbruch nach Westen. Die politischen Entscheidungen haben den Weg gewiesen: Europa will zusammenkommen. Die Wurzeln gemeinsamer Geschichte und Kultur sind mächtig, sie drängen zum praktischen Handeln.

Die kulturellen Beziehungen konnten sich schnell entfalten, dicht gefolgt von den wirtschaftlichen Interessen, die auch den Arbeitsmarkt einschließen. Auch die Wissenschaften sind aktiviert. Sie betreiben den Austausch von Professoren, Assistenten und Studenten. Eine Kette von Kooperationsverträgen ist entstanden. Dem Willen zur Integration ist die Tat gefolgt. Man könnte zunächst einmal zufrieden sein mit dem, was erreicht ist oder auf den guten Weg gebracht wurde.

Dennoch bleibt ein Unbehagen, das Unsicherheit offenbart. Wie wird sich der Prozess der Annäherung weiterentwickeln? Ist die Integration nur eine Frage der Zeit? Ist sie ein Selbstläufer? Doch wohl nicht! Wir müssen Vorbereitungen treffen, kritisch die Probleme erkennen und handeln. Die Erweiterung zum Osten ist eine Planungsaufgabe und kein Spiel der freien Kräfte. Es ist ein schwieriger Integrationsprozess, der einer systematischen und vielfältigen Vorarbeit bedarf, und zwar auf allen Aktionsebenen in Politik, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft.

Europa kann die existenziellen Probleme seiner Zukunft nur auf der Grundlage von Forschung und Technologie lösen, eingebunden in das Spannungsfeld des wirtschaftlichen Fortschritts. Die damit verbundenen Aufgaben machen es erforderlich, dass verfügbare Leistungspotenziale mobilisiert werden. Die Werkzeuge hierfür bilden sich in der Wissenschaft, die in enger Wechselbeziehung mit Technik und Wirtschaft die Weiterentwicklung der Gesellschaft aufbereitet.

Technologische Innovationen als Schrittmacher

Wissenschaft und Technik bilden als wirtschaftsorientierte Hilfswelt das zukunftsstragende Innovationspotenzial unserer Gesellschaft. Die Sicherung von Wohlstand und Fortschritt ist eine Herausforderung für alle eingebundenen gesellschaftlichen Handlungssysteme. Dies gilt in besonderem Maße für eine flexible Anpassung des technologischen Fortschritts an die Anforderungen der europäischen Integration.

Die Produktionswirtschaft suchte schon sehr früh die Vorteile des Lohngefälles zu nutzen und wagte erste Schritte innovativer Investitionen. In Zukunft geht es jedoch nicht mehr um punktuelle Brückenschläge, es geht um eine tiefgreifende und flächendeckende Industrialisierung Ostmitteleuropas. Dies wird sich allerdings nicht im Sinne einer Wiederholung der Geschichte ereignen: Neue Technologien werden einer Wirtschaft von morgen ihren Stempel aufdrücken. Der Innovationsdruck wird über Netzwerke zu schnell verfügbaren Technologiepotenzialen führen: Das Wissen der Welt ist offen.

Der wirtschaftliche Aufbau Ostmitteleuropas wird als Technologieexpansion für alle Beteiligten von Nutzen sein. Die Europäische Union wächst als Technologie-Union zusammen, die nach Wachstum drängt, um sich dann auch als Sozial-Union entfalten zu können. Wohlstand muss produziert werden.

Die Integration Ostmitteleuropas ist als Weg auf eine technologisch orientierte Marktwirtschaft mit sozialer Einbettung vorgezeichnet. Dies bedeutet aber auch, dass ein freier Zugang zum EU-Markt nur über massive Hilfen aus den EU-Fonds möglich ist.

Der Aufnahmeprozess der ostmitteleuropäischen Länder wird über den wirtschaftlichen Einstieg die kulturelle Gemeinschaft der EU insgesamt verändern. Die europäische Identität wird neu zu definieren sein. Dies betrifft auch die Ethik der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer besonderen Herausforderung zu Selbstorganisation und Selbstständigkeit eines freien Markts.

Noch bevor die politische Vereinigung administrativ wirksam wird, müssen die tragenden Brücken der Kooperation gebaut werden. Im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen weiterhin die kulturellen Beziehungen,

die sich schon in vielfältiger Weise vor allem über die Medien entwickelt haben. Es mangelt auch nicht an überzeugenden politischen Willenserklärungen und offiziellen Verlautbarungen, die in der Integration Ostmitteleuropas die Vollendung der europäischen Vereinigungsidee erblicken. Unterschiede gibt es allerdings im zeitlichen Erwartungshorizont, wobei alle Beteiligten wissen, dass dieser Prozess über Jahrzehnte noch viele Probleme aufreißen wird.

Wie auch im westeuropäischen Integrationsprozess wird wiederum eine verzweigte Durchdringung der Wirtschaftsmärkte den stärksten Impuls bewirken. Dabei geht es allerdings nicht nur um Konsummärkte, sondern vor allem um Produktionsmärkte. Die Erfahrung mit der Globalisierung der Wirtschaft lehrt es eindeutig: Die Produktion geht zum Markt. Dabei ist zu beachten, dass sich die Märkte zunehmend als Netzwerk ausdehnen. In der Verklammerung mit Potenzialen der Kommunikationstechnik wird sich eine Innovationsoffensive nach Ostmitteleuropa entwickeln, die mit hoher Treffsicherheit die erwartete schnelle Veränderung der Wirtschaftsstrukturen bewirkt.

Es ist an der Zeit, sich auf diesen Prozess der Wirtschaftswanderung nach Osten vorzubereiten. Dabei erhält das Potenzial der innovativen Leistungsfähigkeit eine Schlüsselfunktion, welches in erster Linie vom Wissen und Können der Menschen, von der Organisation der technologischen Forschung und Ausbildung abhängt. Die Chancen der europäischen Integration liegen in der beiderseitigen Durchdringung entlang der aneinandergrenzenden Wirtschaftsregionen. Für die ostdeutschen Bundesländer wäre dieser Auftrieb genauso nützlich und willkommen wie für die westpolnischen Gebiete zwischen Oder und Weichsel. Er würde auch weiter bis tief nach Polen und Tschechien fortschreiten.

Hierauf gilt es sich vorzubereiten. Nichts ist naheliegender als mit einer gezielten, staatlich intensiv gestützten Kooperation der technologischen Forschungspotenziale entlang dieser ostmitteleuropäischen Wirtschaftsgrenze zu beginnen. Übrigens eine gemeinsame Aufgabe für mehrere Ministerien: Aufbau Ost, Bildung und Forschung, Wirtschaft und Arbeit, auch für das Verteidigungsministerium und sicherlich für das Außenministerium. Mittelfristig ist eine solche technologische Innovationsoffensive europäisch zu institutionalisieren. Berlin wäre ein bestgeeigneter Standort für die Koordination des Netzwerks einer solchen Tech-

nologiepolitik. Ein starkes wissenschaftliches Fundament leistungsfähiger Universitäten und Fachhochschulen, die Ausstrahlung großer Bundesanstalten und anderer mit Bundesmitteln unterstützter Forschungsanstalten, wie der Institute der Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft, stehen als Aktivpotenzial bereit. Innovation beginnt mit dem Finden, Fördern und Vernetzen von Begabungen. Die Zukunftssicherung erfordert eine integrierende Strategie zur Entwicklung und Nutzung aller geistigen Ressourcen zur Entfaltung von Kreativität.

Strategische Technologiepolitik

Ein wesentlicher Beitrag für einen wirtschaftlichen Aufschwung wird durch gezielte produktive Umsetzung von Schlüsseltechnologien in wettbewerbsfähige Produkte geleistet. Es wird daher auf die Innovationskraft der technologischen Ressourcen ankommen. Um leistungsfähige Schlüsselindustrien zukunftsfest aufzubauen, bedarf es einer strategischen Perspektive mit dem Ziel, neue Technologien in wirtschaftlich nutzbare Anwendungsbezüge zu überführen und wissenschaftlich zu begleiten.

Eine auf Ostmitteleuropa gerichtete Technologiepolitik sollte Leitlinien für eine Ausrichtung der Industrie auf neue, strategisch bedeutsame Technologiefelder mit Schlüsselfunktionen entwickeln. Auf Grund der komplexen Zusammenhänge lässt sich diese Aufgabe nur schwerlich als isoliertes regionales Problem lösen.

Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse, technologische Entwicklungsprozesse ganzheitlich auf ihre wirtschaftliche Auswirkung im Sinne einer Vorausschau zu bewerten, Phasensprünge vorherzusagen sowie durch unterschiedliche Szenarien Entwicklungsmöglichkeiten darzustellen.

Der Zeithorizont einer Vorausschau ist begrenzt. Drei bis fünf Jahre sind ein relativ sicherer Planungszeitraum. Fünf bis zehn Jahre verdunkeln sich schnell zum Grauwert, bei etwa fünfzehn Jahren ist der Horizont verschwommen.

Innovationsprozesse müssen an ihrer Wertschöpfung und Leistungsfähigkeit gemessen werden. Sie sollten die Arbeitsmärkte aktivieren. Voraussetzung ist jedoch ein Bildungsniveau, das den Anforderungen der

technologischen Entwicklung entspricht. Weiterhin ist regionale Flexibilität gefragt, auch die Bereitschaft zum selbstständigen Handeln und zur Übernahme von Verantwortung.

Gegenwärtig erleben wir eine Zeit ausgeprägter Entscheidungsschwäche. Zur Erneuerung des gesamten ostmitteleuropäischen Wirtschaftssystems wäre kurzfristig eine Anregung zum produktiven Aufbruch hilfreich. Ein solcher „Ruck“ schließt die Bereitschaft ein, überkommene Handlungsstrukturen in Frage zu stellen und eine Flexibilisierung auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Handelns anzustreben: Mit dem Mut zur Veränderung beginnt der Erfolg von Innovationen.

Das Wachstum unserer Wirtschaft basiert auf konkreten unternehmerischen Maßnahmen zur Belebung der Märkte, basiert auf innovativen Strategien zur Steigerung von Qualität und Produktivität. Die Absicherung der erreichten Wirtschaftsposition reicht nicht aus. Es geht um einen permanenten Wachstumsdruck im unternehmerischen Gestalten. Die Umsetzung der strategischen Ziele auf operativ wirksame Innovationsprozesse darf nicht dem Zufall überlassen bleiben. Erfolge setzen eine systematische Erschließung aller Ressourcen zur Erreichung einer hohen Planungssicherheit voraus, beruhen aber auch auf konsequenter und schneller Umsetzung des Neuen. Unternehmerischer Fortschritt schließt immer die Steigerung der gesamten technologischen und ökonomischen Unternehmenskompetenz ein. Es geht um die Mitarbeiter, denn sie vermitteln durch ihr Wissen und Können die Kompetenz zum erfolgreichen Handeln.

Die zukünftige Entwicklung der ostmitteleuropäischen Wirtschaft muss neue Wege der Entfaltung unternehmerischer Aktivitäten gehen. Unbestritten bleibt der Wunsch, möglichst viele Unternehmen zu bewegen, zwischen Elbe und Weichsel zu investieren. Es geht dabei um den Aufbau der östlichen Flanke im Wirtschaftsdreieck Europas. Von Skandinavien mit den baltischen Staaten über Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn erstreckt sich bis nach Osteuropa ein vernetzungsfähiges Wirtschaftspotenzial Europas, das es technologisch weiter zu entwickeln gilt. Diese Aufgabe ist eine Herausforderung vor allem der ostdeutschen Bundesländer. Ihre Rolle ist durch die geografische Lage, aber auch traditionell vorgegeben: Es geht um ein Technologieprogramm zur Einbindung dieser Regionen in die Infrastruktur westeuropäischer Industriepotenziale.

Technische Bildung tut Not

Die Globalisierung der Märkte macht es volkswirtschaftlich notwendig, alle regional verfügbaren Leistungsträger in Gesamteuropa zu stärken, also Beschäftigungs- und Wettbewerbssicherung durch intensive Förderung innovativer Industrien zu betreiben. An diesbezüglichen Vorschlägen und Appellen mangelt es nicht. Was fehlt, ist die breite Umsetzung und Begünstigung von produktiven Investitionen für neue Technologien, ohne die unser wirtschaftliches Überleben und unser sozialer Besitzstand nicht gesichert werden können. Dazu gehört vor allem ein hohes Qualifikationsniveau des verfügbaren Arbeitspotenzials, das in der Lage ist, technisch komplexe Lösungen innovativ aufzubereiten und durchzusetzen.

Es kommt darauf an, durch gezielte Bildungsprozesse die Voraussetzung für eine hohe Beschäftigungsfähigkeit zu schaffen. Dies gilt besonders für die nachkommende Generation. Dabei geht es auch um die Frage, welche Bildung die Menschen brauchen, damit Europa eine Zukunft hat. Beschäftigungsfähigkeit integriert Sozialfähigkeit und damit auch Kulturfähigkeit. So gesehen entwickelt sich aus dem Leistungspotenzial des Bildungssystems von heute das Kompetenzpotenzial zur Bewältigung der Beschäftigungsprobleme von morgen.

Dynamische Bildungsprozesse sind gefragt. Die technische Bildung wird durch die hohe Entwicklungsgeschwindigkeit der Technik unmittelbar beeinflusst. Die Technik von morgen wird gesellschaftliche Veränderungen in Europa auslösen, die eine Neuorientierung des Bildungssystems erforderlich machen. Das rechnerunterstützte Bildungsnetzwerk präsentiert dem Systemnutzer Wissen und Erfahrung in einer seiner Vorbildung und Fragestellung angepassten Form. Die angebotene Wissensmenge muss allerdings auch verarbeitbar sein. Die Kunst des Fragenstellens und des Verknüpfenkönnens wird gefordert. Der Bildungsprozess muss die zunehmende Komplexität der Technik bewältigen.

Der Bedarf an technischer Bildung wird ortsgebunden im selben Maße steigen, wie der technologische Fortschritt in den einzelnen Wirtschaftsregionen zunimmt. Das Bildungssystem in Ostmitteleuropa bekommt damit sowohl im Kampf gegen Arbeitslosigkeit als auch im weltwirtschaftlichen Wettbewerb eine zentrale Schlüsselfunktion.

Dr. Helga Steeg

Längerfristig planen, um frühzeitig präsent zu sein

I. Die auf mehreren Gipfeln der EU beschlossene Erweiterung um 12 Mitgliedstaaten stellt sowohl alte als neue Mitglieder vor beträchtliche Herausforderungen. Obwohl es seit 1952 bereits mehrere Erweiterungen von zunächst sechs auf heute fünfzehn Mitglieder gegeben hat, bedeutet die jetzt beschlossene Osterweiterung für Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt für die Bürger eine erhebliche Umorientierung in allen Politikbereichen. Das gilt nicht nur für die Beitrittskandidaten, sondern auch für die jetzigen EU-Mitglieder. Politische und wirtschaftliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern zumindest seit dem zweiten Weltkrieg waren höchst unterschiedlich. Das Wohlstandsgefälle ist nach wie vor groß, deshalb bereitet die Aufbringung und Mittelverteilung innerhalb der erweiterten EU große Probleme. Skepsis besteht hinsichtlich der Entwicklung der jeweiligen Arbeitsmärkte - z. B. Lohndumping oder Massenmigration. Wie groß ist die Gefahr von möglichen Standortverlagerungen, welche Auswirkungen auf die Gesundheits- und Sozialdienste sind zu erwarten in den einzelnen Ländern? Hinzu kommt die Ausgestaltung des künftigen Agrarmarkts. Alles dies sind Gründe für ein gerütteltes Maß an Skepsis und Unsicherheit in den heutigen EU-Ländern. Es ist hier nicht der Ort, die noch unregelten Reformen des institutionellen Regelwerks zu erörtern. Aber auch hier liegt ein für den Erfolg der Erweiterung unabweisbar notwendiger Handlungsbedarf vor.

II. Wenn auch die Osterweiterung in erster Linie eine politische Entscheidung war, die der Veränderung nach der Auflösung der UdSSR und dem Fall der Berliner Mauer Rechnung getragen hat, so sind doch die Chancen in wirtschaftlicher Hinsicht keinesfalls zu vernachlässigen. Es sind Chancen aber keine Garantien, sie können genutzt werden oder nicht. Es gibt eine Reihe von Faktoren, welche zum Erfolg der Osterweiterung beitragen können. Dazu gehört vor allem die Übernahme der EU-Rechtsvorschriften und des Gesamtbereichs des EU-Regelwerks - Acquis Communautaire - der Gemeinschaft durch die Beitrittsländer. Auf dem Gebiet der Wirtschaft handelt es sich dabei um freien Waren-

Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, Wettbewerbspolitik, Energie- und Industriepolitik, Gesellschaftsrecht, Freizügigkeit und Umweltpolitik. Diese Aufzählung muss natürlich in dem Lichte gesehen werden, dass auch in der heutigen EU noch viele Fortschritte notwendig sind, an deren Entwicklung auch die künftigen Beitrittsländer teilnehmen. Wichtig ist jedoch, dass der Stand des heute erreichten Fortschritts nicht in Frage gestellt wird und dass die Beitrittsländer – auch wenn es gewisse Übergangsfristen geben mag - von diesem Besitzstand profitieren können. Das wiederum bedeutet größere Sicherheit für wirtschaftliche Betätigungen in dem gesamten EU Bereich. Es muss ferner bedacht werden, dass auch künftig für alle Mitgliedsländer nach dem Subsidiaritätsprinzip Spielraum für nationale Politiken bestehen wird, denn es wird keine Zentralisierung von Wirtschaftspolitiken geben. Dies heißt auch Wettbewerb um die günstigsten Bedingungen, was legitim ist, sofern er nicht zu unerlaubten Verzerrungen führt.

III. Erfahrungen mit den bisherigen jeweiligen Erweiterungsrounden haben gezeigt, dass durch Verstärkung der Absatzchancen und industrieller Kooperation in dem vergrößerten Markt die Wachstumsraten in den rückständigeren Ländern gestiegen sind, die die wirtschaftliche Dynamik in der gesamten EU befördert haben. Arbeitsplatzverluste in den ursprünglichen EU Ländern sind nicht eingetreten. Gute Beispiele sind Irland, Spanien und Portugal. Nun ist zweifellos die jetzige Wirtschaftssituation in der Bundesrepublik und in den meisten anderen EU Ländern krisengeschüttelt. Die Politik in der Bundesrepublik hat insbesondere noch erhebliche Reformaufgaben zu bewältigen. Ob dies bis 2004 gelingen wird, kann noch nicht vorhergesehen werden. Für den Erweiterungsprozess sollte dies aber nicht dazu führen, den Zug auf dem Gleis der Erweiterung anzuhalten, sondern die Vorbereitungen, wie vorgesehen, voranzubringen. Andernfalls würde das Verharren der Beitrittsländer in der gegenwärtigen Lage nur neue Gefahren für den wirtschaftlichen Aufschwung in der gesamten europäischen Region mit sich bringen. Es muss über den Tag hinaus gedacht werden, weil der wachsende internationale Wettbewerbsdruck kein Abwarten erlaubt. Erfahrungen haben gezeigt, dass es sich auf Dauer auszahlt, wenn die langfristigen Chancen internationaler Arbeitsteilung bei Investitions- und Kooperationsentscheidungen in Betracht gezogen werden. Viele Unternehmen haben immer wieder davon profitiert, wenn sie in sogenannten Wachstumsländern schon präsent waren, als der

wirtschaftliche Aufschwung begann. Das bedeutet: Heute müssen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass morgen Wachstumschancen genutzt werden können.

IV. Nach diesen mehr allgemein gültigen Erkenntnissen muss die Frage gestellt werden, ob die Übernahme des Aquis Communautaire nicht hauptsächlich von den Großunternehmen genutzt werden kann, während mittelständische Unternehmen bei der Nutzung der Chancen der Erweiterung größere Schwierigkeiten haben. Zutreffend ist, dass eine Reihe deutscher Großunternehmen bereits in einzelnen Erweiterungsländern investiert hat. Bekanntlich kann dies zu einer gewissen Sogwirkung für mittelständische Zulieferbetriebe führen. Aber dies ist nicht ausreichend, wenn der deutsche Mittelstand von der Erweiterung profitieren soll. Wie Bundesminister Clement ausführlich dargelegt hat, beabsichtigt er, das deutsche Außenwirtschafts-Instrumentarium einzusetzen. Das kann nur begrüßt werden. Dieses Instrumentarium reicht von Verbesserung der Information und Marktanalysen über Hilfestellung bei Messen und Ausstellungen, dem Einsatz der staatlichen Finanzierungshilfen – Ausfuhrbürgschaften und Investitionsgarantien - sowie den Kreditprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau bis zur Beratung durch die Industrie- und Handelskammern. Schließlich ist auch die Fraunhofer Gesellschaft bei der Vernetzung nationaler Technologiemärkte behilflich. Die EU-Kommission hat in ihren Broschüren „Die Europäische Union ein ständiger Erweiterungsprozeß“ und „Unternehmenswachstum fördern“ ihre eigenen Hilfsmaßnahmen zusammengestellt. Der Staat kann aber nur Hilfestellung geben, die Entscheidungen zur Kooperation müssen von den Unternehmen selbst getroffen werden. Dazu kann z.B. beitragen, dass Besuche und Informationsaustausch zwischen mehreren mittelständischen Unternehmen gebündelt werden.

V. Für deutsche Unternehmen gilt generell, dass die Nähe des deutschen Marktes ein komparativer Vorteil gegenüber anderen EU-Ländern ist. Dazu können die deutsche Sprache evtl. auch die russische für Unternehmen aus den neuen Bundesländern beitragen. Hinzu kommt die Vergleichbarkeit technischer Normen sowie gemeinsame außenwirtschaftliche Betätigung in anderen Beitrittsländern, aber auch in GUS Staaten. Die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in den benachbarten Staaten dürfte jedenfalls auch ein Faktor sein, der zur Kooperation beitragen kann. Die Möglichkeiten mittelständischer Unternehmen

für Kooperation über die Grenzen hinaus sollten nicht unterschätzt werden. Auch mittelständische Unternehmen haben schon bisher, wenn auch nur in einzelnen Fällen im Ausland investiert. Deutsche Handwerksbetriebe haben erfolgreich Betriebsstätten außerhalb der EU eröffnet, z.B. Bäckereibetriebe. Ein Vorteil könnte auch sein, dass eine gewisse Erleichterung dadurch erzielt werden könnte, dass geringere Arbeitskosten in den Beitrittsländern mit moderneren Methoden von Unternehmenskultur und Qualitätsmanagement bei der Evaluierung von Erfolgsaussichten für Unternehmenskooperation in beiden Ländern verbunden werden. Es gibt ja wohl kaum noch ein kleines mittelständisches Unternehmen, welches nicht die modernen Kommunikationstechnologien anwendet. Im Wettbewerb sind diese Technologien notwendig. Wenn der EU-Markt durch die Erweiterung insgesamt größer wird und die Wachstumsraten in den Beitrittsländern höher sind als in den heutigen EU-Mitgliedstaaten, verstärken sich die Kooperationsmöglichkeiten für eine Integration in den Bereichen technische Entwicklung, Marketing und Vertrieb und mindern gleichzeitig die Risiken von Standortverlagerungen.

VI. Sollten sich alle diese optimistischen Annahmen dennoch nicht oder erst später als vorgesehen realisieren, z.B. weil externe wirtschaftliche oder politische Verwerfungen die Neigung zur Nutzung von Chancen heute belasten, so sollte der Beitrittszug dennoch nicht angehalten werden. Gefährlich wäre es, auch mit Abschottungen und Handelshemmnissen zu versuchen, den heimischen Markt zu schützen. Hiervor kann sowohl was den Handel als auch den Arbeitsmarkt betrifft nur eindringlich gewarnt werden. Alle solche Politiken haben eine kurze Lebensdauer, sie führen zur Zementierung unrentabler Produktionsstätten und unflexibler Arbeitsmärkte, die dem Wettbewerb in der globalen Welt nicht standhalten können. Es käme hinzu, dass die Beitrittsländer wieder in den status quo ante zurückgeworfen würden mit allen Risiken politischer Konfrontationen.

VII. Zusammenfassung: Inwieweit deutsche mittelständische Unternehmen in der Lage sein werden, die Chancen der Erweiterung zu nutzen, hängt zu einem nicht geringen Teil von den wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Betätigung dieser Unternehmen ab. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieses Beitrags, ist aber für die Nutzung der hier behandelten Erweiterungschancen notwendig.

Die EU-Erweiterung bringt, wie oben dargelegt, Chancen und Risiken mit sich, mit denen sich Politik und Wirtschaft je nach ihrem Verantwortungsbereich befassen müssen. Mittelständische Unternehmen aus der Bundesrepublik haben komparative Vorteile gegen über Unternehmen aus anderen EU-Ländern. Für viele Mittelständler wird hier Neuland betreten. Die Anwendung und Nutzung des außenwirtschaftlichen Instrumentariums sollte allerdings dabei helfen. Mittelständische Unternehmen sollten längerfristig gemäß ihren Chancen planen. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass es sich auszahlt, frühzeitig in einem potenziellen Markt präsent zu sein, um sich bietende Chancen unverzüglich zu nutzen.

Prof. Dr. Clemens Börsig

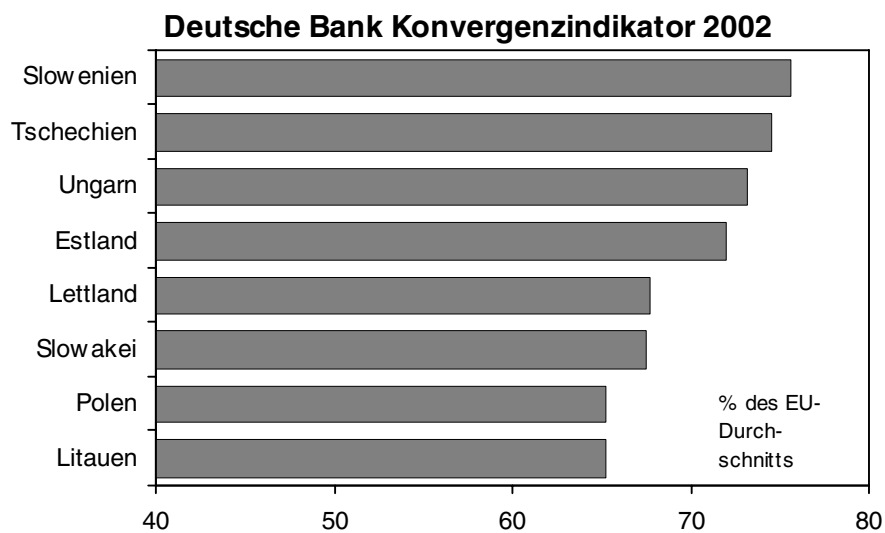
Chancen ergreifen – Risiken minimieren!

Fünfzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wird die erste große Gruppe der mittel- und osteuropäischen Länder endgültig „im Westen“ angekommen sein. Auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Kopenhagen im Dezember 2002 haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer den Termin für die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der EU auf den 1. Mai 2004 festgelegt.

Über den wirtschaftlichen - und politischen - Erfolg der Erweiterung entscheidet zuallererst der Grad der Vorbereitung bei den Bewerberländern und der EU selbst. Sind die Kandidaten nicht ausreichend vorbereitet, wird das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes gefährdet; ist die EU nicht ausreichend vorbereitet, wird die gemeinsame Handlungsfähigkeit paralyisiert. Für die EU und die Neumitglieder gilt damit, dass mit dem formalen Abschluss der Erweiterungsverhandlungen nicht gleichzeitig auch die Vorbereitungen auf die Erweiterung zur Jahresmitte 2004 abgeschlossen sind.

Aus Sicht der (deutschen) Wirtschaft haben die Beitrittsländer besonderen Nachholbedarf beim konsequenten Ausbau ihrer Kapazitäten im Verwaltungs- und Justizbereich. Denn die Gesetze und Regeln des Binnenmarktes im nationalen Recht zu implementieren und ihre Anwendung durchzusetzen, stellt an die Institutionen der Neumitglieder hohe Anforderungen. Sie sind deutlich höher als in den 80er Jahren bei der Süderweiterung, da die wirtschaftliche Integration Europas seitdem beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit sind jedoch wichtige Bedingungen, damit sich die Vorteile eines einheitlichen Wirtschaftsraums für die darin agierenden Unternehmen entfalten können. Gerade für die mittelständischen Unternehmen, die sich keine großen Stabsabteilungen leisten können, wird der Markteintritt erleichtert, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen gleich oder zumindest ähnlich sind. Der Ausbau der Verwaltungs- und Rechtsstrukturen, bessere Qualifikation der dort Beschäftigten, mehr Transparenz – und damit weniger Korruption – zählen deshalb zu den herausragenden Aufgaben der Bewerberländer im Endspurt zum Beitritt – und darüber hinaus.

Entsprechend den Kopenhagener Kriterien sollen die neuen Mitglieder über die „Fähigkeit [verfügen], dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften“ im Binnenmarkt standzuhalten. Diese Bedingung erfüllen die zehn Länder. Das sieht nicht nur die EU-Kommission so. Deutsche Bank Research hat einen Konvergenzindikator entwickelt, der die wirtschaftliche Beitrittsreife der Kandidaten misst. Er zeigt, dass die jetzige Erweiterungsrunde ein Konvergenzniveau von gut 70% des EU-Durchschnitts erreicht und die Spitzenländer sogar einen ähnlichen Konvergenzstand aufweisen wie Spanien und Portugal zum Zeitpunkt ihres Beitritts 1986.



Trotz der jahrelangen Vorbereitungszeit – immerhin wurde die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder im Grundsatz bereits 1993 beschlossen – ist die Unsicherheit oder sogar Skepsis in der Bevölkerung und auch der Wirtschaft über dieses europäische Projekt unverändert groß. Der Umgang mit dem Thema Osterweiterung in Deutschland lässt sich am besten mit einem Wort von Paul Valéry beschreiben: „Wir hoffen vage, befürchten aber präzise“. Kritik an den vermeintlich zu hohen „Kosten“ der Erweiterung und die Sorge vor einer Zuwanderungswelle verdrängen die positiven Effekte, die die Perspektive der Osterweiterung bereits im Vorfeld ausgelöst hat.

Auf der Suche nach Wachstum - neue Märkte im Osten

Die Erweiterung ist in wirtschaftlicher Hinsicht bereits weitgehend ein Faktum. Die Handelsverflechtung zwischen den Beitrittsländern und der EU unterscheidet sich kaum noch von der kleinerer EU-Mitglieder wie den Niederlanden und Portugal. Im letzten Jahrzehnt haben sich die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) zu einem Wirtschaftsraum mit großer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft entwickelt. Der Anteil der Beitrittsländer am deutschen Außenhandel hat sich seit 1994 verdoppelt und entspricht mit zuletzt 9,3% in etwa der Bedeutung des Handels mit den USA. 2002 dürften deutsche Unternehmen im Gegenwert von rd. EUR 60 Mrd. Waren in die MOEL ausgeführt haben. Auf die Haupthandelspartner Polen, Tschechien und Ungarn entfallen dabei rd. 70% des Gesamtvolumens.

Eine ähnlich dynamische Entwicklung ist bei den Auslandsinvestitionen zu verzeichnen. 2001 investierten deutsche Unternehmen mehr als EUR 3,5 Mrd. in dieser Region, mit Polen als Zielland an der Spitze. Deutsche Unternehmen gehören damit zu den führenden Investoren in den MOEL.

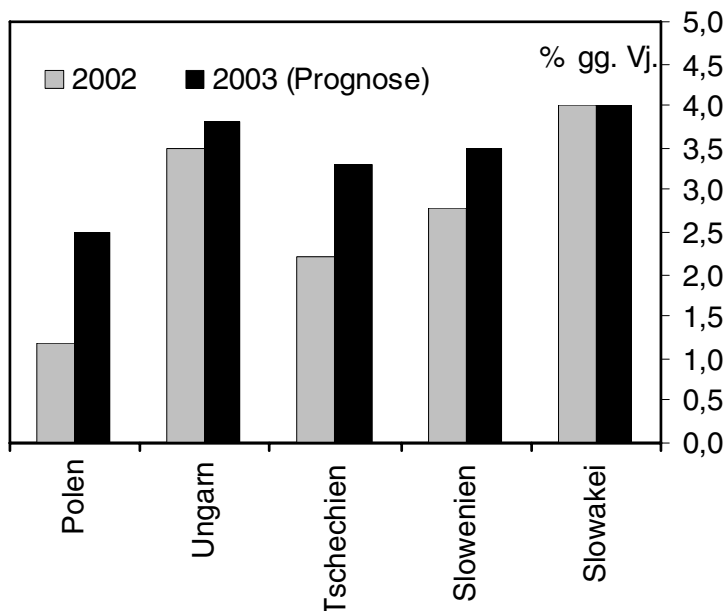
Für diese positive Entwicklung sind mehrere Faktoren ausschlaggebend gewesen:

1. Die räumliche Nähe dieser Länder spielt eine wichtige Rolle bei der Markterschließung. Besonders mittelständischen Unternehmen fällt der Schritt ins Ausland leichter, wenn die regionale Entfernung nicht so groß ist und auch in kultureller Hinsicht ein ähnliches Umfeld vorzufinden ist. Die Transaktionskosten des Handels, wie sie z.B. mit dem Aufbau eines Vertriebsnetzwerkes entstehen, sind besser kalkulierbar und politische und wirtschaftliche Risiken leichter einzuschätzen – beides wegen knapper personeller und finanzieller Ressourcen oftmals Barrieren für ein Auslandsengagement mittelständischer Unternehmen.
2. Die Importnachfrage der MOEL deckt sich weitgehend mit dem „Exportangebot“ der deutschen Wirtschaft. Die Beitrittsländer durchlaufen nach wie vor einen tiefgreifenden Strukturwandel. Für den Aufbau einer modernen, technologisch wettbewerbsfähigen Wirtschaft benötigen sie gerade auch Investitionsgüter. In ihren Produktionsstrukturen, gemessen am Anteil der Wertschöpfung zum Sozialprodukt, überwiegt derzeit noch der Industriesektor, wobei der

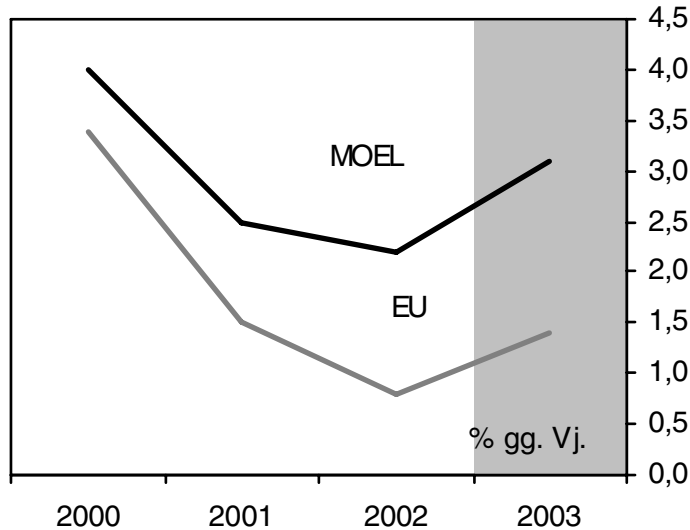
Trend zunehmend zu hoch- und höherwertigen Produkten geht. Auch im öffentlichen Sektor ist die Investitionstätigkeit unverändert hoch. Produktpalette und technisches Know-how der deutschen Unternehmen sind gefragt.

3. Das beträchtliche Lohnkostengefälle zwischen den Beitrittsländern und Hochlohnländern wie Deutschland – teilweise besteht hier immer noch ein Verhältnis von 10:1 – macht die Ansiedlung von Tochterunternehmen unverändert interessant. Zwar steigen die Lohnkosten in den meisten MOEL mit zweistelligen Wachstumsraten, und auch die andauernde Aufwertung der Währungen der Beitrittsländer (ungarischer Forinth z.B. von Mai 2001 bis Januar 2003 um 12% ggü. dem Euro und 20% ggü. dem US-Dollar) lässt den Abstand zum Westen kontinuierlich abschmelzen. Dennoch wird dieser Standortvorteil in den kommenden Jahren bestehen bleiben.
4. Die MOEL sind äußerst dynamische Wachstumsmärkte. Dank einer starken Binnennachfrage verzeichnen sie trotz der schwachen Konjunkturentwicklung in der EU – ihrem wichtigsten Absatzmarkt – solide Wachstumsraten. Während in Deutschland der private Konsum stagniert und die Investitionen 2003 im dritten aufeinanderfolgenden Jahr rückläufig sein dürften, ist das Wachstum der Investitionen in den meisten MOEL ungebrochen.

BIP-Wachstum



Deutlicher Wachstumsvorsprung



Der Mittelstand nutzt seine Chancen

Viele mittelständische Unternehmen haben sich im internationalen Wettbewerb gut positioniert, sind exportstark und erschließen durch Joint Ventures und mit eigenen Direktinvestitionen neue Absatz- und Beschaffungsmärkte. Wie umfangreich aber das tatsächliche Engagement mittelständischer Unternehmen in den Ländern dieser Region ist, lässt sich nicht in konkrete Zahlen fassen, da es weder zum Außenhandel noch zu den Direktinvestitionen eine Aufgliederung nach Unternehmensgrößen gibt. Die oben angeführten Gründe legen allerdings nahe, dass auch ein erheblicher Teil des industriellen Mittelstandes die Chancen dieser neuen Märkte für sich genutzt hat. Das belegen auch Untersuchungen, wonach diese Region bei den Auslandsaktivitäten mittelständischer Unternehmen mit einem Anteil von etwa einem Drittel eine wichtigere Rolle spielt als bei den größeren Unternehmen (rd. ein Viertel). Der jüngsten Umfrage des DIHK zufolge ist im IHK-Bezirk Nürnberg jedes zweite Unternehmen im Mittelosteuropa Geschäft tätig.

Über nahezu alle Branchen hinweg ist die deutsche Wirtschaft in den zukünftigen EU-Mitgliedsländern vertreten. So hat sich Tschechien zum viertwichtigsten ausländischen Produktionsstandort deutscher Pkw ent-

wickelt mit der Folge, dass auch die Automobilzulieferer vor Ort präsent sind. Auch mittelständische Unternehmen können bei Neuinvestitionen nicht mehr nur „national“ denken. Jeder vierte neue Produktionsstandort, den deutsche Automobilzulieferer in den vergangenen fünf Jahren eröffnet haben, entstand in Osteuropa. International agierende Expeditionen und Transportunternehmen aus Deutschland gründen in dieser Region Tochtergesellschaften, um von dort aus Verkehre in die EU zu betreiben. Sie weichen damit dem Anpassungsdruck hoher Arbeitskosten am deutschen Standort aus. Das gilt auch für besonders lohnintensive Branchen wie Textil oder Metall- und Kunststoffverarbeitung, die bereits seit Beginn der 90er in diesen Ländern engagiert sind. Nicht zuletzt profitieren von der Wachstumsdynamik der mittel- und osteuropäischen Exportmärkte auch mittelständisch strukturierte Branchen wie der deutsche Maschinenbau, wo selbst kleinere Unternehmen noch einen Ausfuhranteil von 25-30% ihres Umsatzes aufweisen.

Das Potential für Geschäftsmöglichkeiten ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft. Auch wenn mit dem tatsächlichen Beitritt nicht unbedingt eine wesentliche Ausweitung des Handels zu erwarten ist, so dürfte sich doch die Abwicklung des Warenverkehrs noch einmal vereinfachen. Insbesondere der Wegfall von aufwendigen Grenzformalitäten wird umsatzsteigernd wirken. So beläuft sich z.B. der Verlust durch lange Standzeiten an der deutsch-polnischen Grenze nach Schätzungen des BMWA auf rd. EUR 500 Mio. p.a. Die Erleichterung des bilateralen Handelsaustausches kann wichtige Impulse für einen weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen bringen. Auch die Beseitigung der Defizite in der öffentlichen Infrastruktur - Schätzungen gehen von einem Investitionsvolumen von rd. EUR 500 Mrd. bis 2015 aus, damit diese Länder im Bereich Verkehr, Energie oder Telekommunikation den Durchschnitt der EU-15 erreichen – wird deutschen Unternehmen zusätzliche Aufträge bringen.

Was die MOEL als Fertigungsstandort für deutsche Unternehmen attraktiv macht - die nach wie vor niedrigen Lohnkosten - verschafft diesen Ländern aber gleichzeitig einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. Vor allem die kleineren, regional orientierten Unternehmen verbinden mit der Erweiterung eher Probleme als die mittleren Unternehmen. Die wirtschaftliche Bedeutung der MOEL (noch nicht einmal 5% des BIP der EU-15) ist aber nicht so groß, dass wesentliche Probleme auf dem deutschen Markt insgesamt entstehen könnten. Anders sieht dies in grenz-

nahen Regionen aus, und hier v.a. im Niedriglohnsektor. Die EU hat die Befürchtungen der grenznahen Wirtschaft aufgegriffen und Mitte 2001 einen Aktionsplan vorgelegt, der v.a. die mittelständische Wirtschaft in den Grenzregionen bei ihren Vorbereitungen auf die Erweiterung unterstützen soll. Mehr Flexibilität bei den Tariflöhnen und den Arbeitsmarktbedingungen ist notwendig, um keine gravierenden Wettbewerbsnachteile entstehen zu lassen. Das grenzüberschreitende Schließen der Infrastrukturlücken und die Förderung des Strukturwandels auf beiden Seiten der Grenze werden jedoch neue Möglichkeiten für die dortigen Unternehmen schaffen. Neue Agglomerationen und binationale Wachstumspole können entstehen, wie die Erfahrungen mit dem gemeinsamen Binnenmarkt gezeigt haben. Letztlich verbessert die Integration östlicher Produzenten in die Netzwerke westlicher Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt und sichert damit, gerade auch im höher qualifizierten Bereich, langfristig Arbeitsplätze.

Freizügigkeit der Arbeitnehmer: Überschätztes Problem

Während auf den Güter- und Kapitalmärkten kaum mehr Grenzen zwischen der EU und den Beitrittsländern der ersten Runde bestehen, sind die Hürden bei der grenzüberschreitenden Migration unverändert hoch. Sie werden auch mit dem Beitritt so schnell nicht verschwinden, da für die volle Mobilität der Arbeitnehmer eine Übergangsregelung von bis zu sieben Jahren vorgesehen ist – wobei die einzelnen Mitgliedsländer frei sind, diese Übergangsregelungen gegebenenfalls verkürzt oder auch überhaupt nicht anzuwenden. Es gibt jedoch gute Gründe, weshalb Deutschland möglichst bald die volle Freizügigkeit – die immerhin zu den vier, den Binnenmarkt konstituierenden, Grundfreiheiten gehört - verwirklichen sollte:

- Realistischerweise werden kaum mehr als 200.000 Personen p.a. – mit abnehmender Tendenz - auf die EU-Arbeitsmärkte drängen. Selbst wenn, den bisherigen Mustern folgend, ein ganz wesentlicher Teil davon in Deutschland bleibt, dürfte die Zuwanderung noch nicht einmal einen halben Prozentpunkt der deutschen Erwerbsbevölkerung ausmachen.
- Internationale Studien zur Migration (UN, OECD) belegen, dass auch ein beträchtliches Wohlstands- und Einkommensgefälle nicht automatisch Abwanderung initiiert. Das Lebensumfeld insgesamt und die Kosten einer Abwanderung spielen eine ebenso wichtige Rolle.

Besonders migrationsdämpfend wirkt, wenn im Heimatland ohnehin eine merkliche Verbesserung der Lebensverhältnisse absehbar ist. Bei einem Trendwachstum von 3-5% in den meisten Beitrittsländern dürfte das gegeben sein. Schließlich zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass selbst die regionale Mobilität innerhalb der Beitrittsländer – wie auch innerhalb Deutschlands - eher gering ist.

- Auf mittlere Sicht kann Zuwanderung die aus demographischen Gründen auf dem deutschen Arbeitsmarkt entstehenden Zwänge mildern. Für eine Kompensation des Rückgangs der Erwerbsbevölkerung wäre vermutlich ein Zuzug von rd. 300.000 Personen erforderlich. Allerdings muss die Zuwanderung dann so gesteuert werden, dass sie nicht v.a. wohlfahrtsstaatlich induziert ist.

Für die deutsche Wirtschaft bringt eine schnelle Öffnung der Arbeitsmärkte viele Vorteile. Trotz der hohen deutschen Arbeitslosenquote decken sich Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten nur ungenügend. Einerseits finden sich für viele einfache Dienstleistungen kaum noch Bewerber. Andererseits herrscht besonders an qualifizierten Arbeitskräften ein erheblicher Mangel, der durch die demographische Entwicklung noch verschärft werden wird. Für die mittelständischen Unternehmen ist ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot aber besonders wichtig, stellen sie doch fast 70% der Arbeits- und 80% der Ausbildungsplätze. Zudem konkurrieren sie beim Rekrutieren mit den Großunternehmen, die wegen besserer Vergütungspakete und Entwicklungsperspektiven für Arbeitnehmer oftmals attraktiver sind. Qualifizierte und/oder preiswertere Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern können dazu beitragen, personelle Engpässe im Mittelstand zu beseitigen und so den Unternehmen zusätzliche Wachstumsperspektiven zu eröffnen. So würde die Beseitigung des Arbeitskräftemangels bei Höherqualifizierten letztlich auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze insgesamt begünstigen. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass Zuwanderer auch Unternehmen gründen werden und so den Mittelstand in Deutschland verstärken.

Auch wenn keine große Migrationswelle aus den Beitrittsländern zu erwarten ist, dürfte es jedoch Sonderentwicklungen in einzelnen Branchen wie der Bauwirtschaft oder den Grenzregionen geben. So sind die Wanderungsanreize für grenzüberschreitende Pendler ungleich höher, denn die kaufkraftbereinigten Löhne liegen um mindesten 40% über

den Euro-Bruttolöhnen. In der Spitze könnte bei voller Freizügigkeit der Anteil der osteuropäischen Pendler an den Beschäftigten in den Grenzregionen 2-4% erreichen. In Bayern ist in manchen grenznahen Kreisen bereits jetzt ein Anteil von 1% zu verzeichnen. Je größer die Flexibilität am Arbeitsmarkt ist, desto besser können die mittelständischen Unternehmen auf Anpassungsdruck reagieren bzw. Chancen wahrnehmen. Die gegenwärtige Regulierungsdichte am deutschen Arbeitsmarkt steht zu diesem Erfordernis in krassem Widerspruch.

Fazit

Allen Schätzungen zufolge bringt die Osterweiterung der EU insgesamt Wohlfahrtsgewinne für Deutschland, wenngleich eher moderate. Bei der Erweiterung überwiegen für die deutschen Unternehmen, gerade auch für die mittelständischen, klar die Chancen, wie die Entwicklungen der letzten Dekade gezeigt haben. Ohnehin haben die Unternehmen keine Alternative zur Osterweiterung, selbst wenn für bestimmte Regionen und Sektoren Anpassungslasten größer ausfallen. Die Risiken der Erweiterung werden sich nur dann in „handfeste“ Nachteile verwandeln, wenn die politischen und wirtschaftlichen Strukturen nicht auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren können - oder wollen. Ohne Zweifel wachsen in einer erweiterten Union die Anforderungen an eine wachstumsfreundliche, standortorientierte Wirtschaftspolitik. Wenn der Staat für die angemessenen Rahmenbedingungen sorgt, wird die mittelständische Wirtschaft mit ihren traditionellen Stärken von der Erweiterung und dem damit verbundenen größeren Markt profitieren. Offensiv angegangen, ist die Osterweiterung eine klare win-win Situation.

Friedel Fleck

EU-Osterweiterung: Veränderte Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand

Nach fast fünfjähriger intensiver Vorarbeit sind die Beitrittsverhandlungen mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakischer Republik, Slowenien, Tschechischer Republik, Ungarn und Zypern vom Europäischen Rat im Dezember 2002 in Kopenhagen abgeschlossen worden. Der Beitritt der zehn Länder, durch den die Bevölkerung der EU um rund 75 Millionen auf etwa 450 Millionen zunehmen und die Zahl der Mitgliedstaaten auf 25 steigen wird, soll zum 1. Mai 2004 wirksam werden. Damit werden die beitretenden Länder - von gewissen Übergangsvorschriften abgesehen - voll in die Gemeinschaftsregelungen einbezogen. Das bedeutet insbesondere die Teilnahme am Binnenmarkt und den Gemeinschaftspolitiken, aber auch am Finanzierungssystem und den Institutionen der Gemeinschaft. Die Länder werden mit dem Beitritt Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion; allerdings ist damit keineswegs automatisch auch die Einführung des Euro verbunden. Vielmehr haben sie den Status eines Landes mit einer Ausnahmeregelung gemäß Artikel 122 EG-Vertrag, die nicht mit den für Großbritannien und Dänemark geltenden vertraglichen Sonderregelungen zu verwechseln ist, nach denen diese beiden Länder nicht zur Einführung des Euro verpflichtet sind. Hiermit sind sowohl Rechte als auch Verpflichtungen für die Beitrittsländer innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der wirtschaftspolitischen Koordinierung verbunden. Die Beitrittsstaaten sind in zumeist informeller Form bzw. im Rahmen der wirtschaftspolitischen Heranführungsprogramme auf die Arbeit in den Arbeitsstrukturen der Gemeinschaft vorbereitet worden (vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 2003). Unmittelbar nach ihrem voraussichtlichen EU-Beitritt am 1. Mai 2004 werden die neuen Mitgliedstaaten im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts erstmals Konvergenzprogramme vorlegen. Diese rasche Aufnahme der haushaltspolitischen Überwachung ist eine wichtige Voraussetzung für den Zugang der Neumitglieder zu den EU-Fördermitteln aus dem Kohäsionsfonds.

Die Teilnahme der neuen Mitgliedstaaten an der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion - d.h. die Einführung des Euro - kann erst in einem zweiten, späteren Schritt erfolgen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Länder ein hohes Maß an dauerhafter Konvergenz gegenüber den jetzigen Mitgliedstaaten aufweisen. Maßstab hierfür sind die im Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien, die eindeutig überprüfbare Anforderungen an den Grad der Preisstabilität, die Höhe der langfristigen Zinsen, die Finanzlage der öffentlichen Hand und die Teilnahme am Wechselkursmechanismus der Gemeinschaft (kurz: WKM II) stellen. Daneben sind bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit der erzielten Konvergenz auch die Integration der Märkte sowie der Stand und die Entwicklung der Leistungsbilanz zu berücksichtigen. Nicht zuletzt muss auch die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken gewährleistet sein. Ziel dieser Kriterien ist es vor allem, die wirtschaftliche Konvergenz der Beitrittsstaaten auf dem Weg in die EWWU zu fördern, um so inflationären Tendenzen und Spannungen innerhalb der Währungsunion aufgrund der strukturellen Divergenzen zwischen Teilnehmerländern vorzubeugen. Erst am Ende dieses strukturierten Konvergenzprozesses kann die Einführung des Euro stehen.

Eine weitgehende realwirtschaftliche Angleichung der Beitrittsländer an den Standard der derzeitigen EU-Mitglieder ist bis zur Einführung des Euro zwar aus Sicht aller Beteiligten wünschenswert, sie ist allerdings nach den Erfahrungen früherer Beitrittsrunden - insbesondere im Zuge der Süderweiterung der EU in den 80er Jahren - nur schwer vorstellbar. In den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas wurden in den vergangenen Jahren gleichwohl beachtliche Anstrengungen unternommen, um den Transformationsprozess zu bewältigen und zur Wirtschaftskraft der bisherigen Mitgliedstaaten aufzuschließen. So haben die Regierungen den Handel mit Waren und Dienstleistungen liberalisiert, ihre Währungen konvertibel gemacht, Kapitalfreiheit gewährt und damit begonnen, ihre Gesetze und Regulierungen den internationalen Standards anzupassen. Die dabei erzielten Erfolge sollten die Regierungen ermutigen, in ihren Reformbemühungen fortzufahren.

Trotz der erheblichen Fortschritte auf dem Gebiet der makroökonomischen Stabilisierung und der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Reformen weisen die Transformationsländer allerdings noch erhebliche strukturelle Unterschiede zu den derzeitigen EU-Mitgliedsländern auf.

Besonders deutlich wird dies am Wohlstandsgefälle zur EU. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreichen nur Slowenien und Zypern mit 74% des EU-Durchschnitts das Niveau der ärmeren EU-Staaten. In Ländern wie Polen, Litauen oder Lettland liegt die Quote mit weniger als 40% sogar noch weit darunter. Wesentliche Ursache für diesen Befund ist die niedrige gesamtwirtschaftliche Produktivität, die sich im Leistungsprozess aus der Quantität und Qualität der Produktionsfaktoren (v.a. Arbeitskräfte, Kapitalstock, Umweltressourcen, materielle, rechtliche und soziale Infrastruktur) bzw. deren Zusammenspiel ergibt. Hier bestehen in den Beitrittsländern noch wesentliche Rückstände, die sich nicht von heute auf morgen beheben lassen.

Welche konkreten Chancen bieten sich vor diesem Hintergrund der deutschen Wirtschaft und hier insbesondere den mittelständischen Unternehmen?

Langfristiges Absatz- und Wachstumspotential

Zunächst verdeutlicht das Wohlstandsgefälle, dass der Aufholprozess in den Beitrittsstaaten noch auf Jahrzehnte ein beachtliches Wachstums- und Absatzpotential und damit erhebliche Chancen bietet. Schon in den vergangenen Jahren hat sich der mittel- und osteuropäische Wirtschaftsraum zur dynamischsten Region in Europa entwickelt (sieht man einmal von Irland ab), in der sich die globalen Wirtschaftskrisen nur in einem kleinen Dämpfer bemerkbar machten. Für 2004 erwartet die EU-Kommission in den 10 Beitrittsstaaten ein reales Wachstum von 4%. Voraussichtlich werden diese Länder deutlich schneller wachsen als der Euroraum oder Deutschland. Gerade die exportorientierte deutsche Wirtschaft profitierte in den vergangenen Jahren im Vorfeld der EU-Erweiterung von der Öffnung der Märkte in Mittel- und Osteuropa. Zwischen 1995 und 2002 stiegen die Exporte alleine in die acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer um rund 150%. Dabei weist Deutschland nach Österreich die intensivsten Handelsbeziehungen zu den Beitrittsländern auf. Insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern profitierten von dem wachsenden Bedarf an Maschinen und Anlagen in den Transformationsländern. Mit einem Anteil von 9% ist diese Region für den deutschen Handel inzwischen fast genauso wichtig wie die USA, in die elf Prozent unserer Exporte gehen.

Da die Integration der Gütermärkte und die Transformation weit vorangeschritten ist und die Handelsbeziehungen bereits jetzt recht dynamisch sind, ist mit dem geplanten Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten im Mai 2004 kurzfristig kein nennenswerter zusätzlicher konjunktureller Schub zu erwarten. Sicherlich könnte es nach dem Beitritt noch zu einer vorübergehenden Beschleunigung des Handels kommen, weil die Abwicklung des Warenverkehrs mit dem Wegfall von Zolldokumenten oder Zertifizierungspflichten erleichtert wird. Abgesehen davon hat die Wirtschaft dies- und jenseits des früheren Eisernen Vorhangs den Beitritt schon vielfach vorweggenommen, nachdem die bereits länger bestehenden Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Beitrittsländern die Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Dieser Aspekt wird in der Diskussion um die wirtschaftlichen Chancen und Risiken der Osterweiterung häufig übersehen.

Ein hohes Gewicht innerhalb des Warenaustausches mit den mittel- und osteuropäischen Ländern hat neben dem Fahrzeug- und Maschinenbau die Elektrotechnik erlangt. Vor allem Ungarn und die Tschechische Republik sind hier wichtige Exportziele auch kleinerer deutscher Anbieter, wobei die Geschäfte durch die Lieferung von Elektromotoren und Teilen wie Kabeln, Schaltern, Lampen, Zündkerzen und Batterien der Kfz-Industrie geprägt sind. Aber auch die Ausfuhr von Mobiltelefonen und entsprechender kommunikationstechnischer Einrichtungen sind von hoher Bedeutung.

Wenngleich mit dem EU-Beitritt für den Absatz kurzfristig kein Schub zu erwarten ist, bleibt allerdings mittelfristig im Export das höhere Wachstumspotential bestehen. Die nach dem Beitritt fortschreitende Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in den europäischen Binnenmarkt, die steigende Kaufkraft in dieser Region sowie die angestrebte Einführung des Euro werden diesen Prozess weiter forcieren.

Mit steigendem Einkommen wird sich in den Beitrittsländern die Konsumorientierung innerhalb der Bevölkerung erhöhen, da hier ohne Zweifel noch ein großer Nachholbedarf zu decken ist. Der Bogen spannt sich dabei vom Kauf eines neuen Fahrzeuges bis in alle Facetten des häuslichen Bedarfs hinein - seien es Möbel, elektrische Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik oder auch Computer und Handys, die schon bald nicht mehr als Luxusgüter gelten dürften. Das Markenbe-

wusstsein der Bevölkerung ist dabei bereits jetzt stark ausgeprägt; eine Tatsache, die den schon lange am Markt etablierten deutschen Unternehmen besonders zu Gute kommen sollte. Ein großes Investitionspotential ergibt sich auch im Bereich der materiellen Infrastrukturausstattung; in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr, Energie, Wasser und Umwelt gibt es weitgehend noch große Lücken zu schliessen. Schätzungen gehen für die kommenden 15 Jahre von einem Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich von 500 Mrd. Euro in den zehn Beitrittsländern aus (vgl. "Infrastrukturentwicklung in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern: Auf dem Weg nach Europa", DIW-Wochenbericht 37/2002).

In welchem Maß deutsche mittelständische Unternehmen von diesen positiven Perspektiven profitieren können, hängt zum einen von ihrer Produktpalette ab, zum anderen aber auch von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Steigerungen im Export werden vor allem für den High-Tech-Bereich und im hochwertigen Konsumgüterbereich erwartet, aber auch die Investitionsgüterindustrie kann wegen des Investitionsbedarfs in den Beitrittsstaaten am Aufschwung teilhaben.

Vorteile im Rahmen der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung

Mit dem politischen Wandel haben sich die mittel- und osteuropäischen Staaten auch für Auslandsinvestitionen geöffnet. Es ist zu einer lebhaften Investitionstätigkeit gekommen – insbesondere auch von Seiten der deutschen Wirtschaft. Inzwischen wandern rund 6% aller von EU-Unternehmen getätigten Direktinvestitionen in die Beitrittsländer. Die Integration vollzog sich hierbei in mehreren Stufen; die Ausnutzung der Lohnkostenvorteile stellte dabei ein wesentliches Motiv dar. Vorreiter waren – z.T. schon vor der politischen Wende – global operierende Unternehmen der Bekleidungs- oder Holzverarbeitenden Industrie, die im Wege der Lohnveredlung Kostenvorteile nutzten. Nicht selten hatte dies zur Folge, dass in diesen arbeitsintensiven Branchen die Produktion am deutschen Heimatstandort weitgehend oder ganz aufgegeben wurde. Verblieben sind dann lediglich wertschöpfungsintensive Tätigkeiten, wie das Management, das Design oder die Logistik. Das führte hierzulande insbesondere für weniger qualifizierte Beschäftigte nicht selten zum Verlust des Arbeitsplatzes oder verschlechterte zumindest deren relative Einkommensposition. Der verschärfte Wettbewerb zwang viele kleinere Unternehmen, die sich nicht schnell

genug an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen konnten oder wollten, zur Aufgabe. Wie schnell sich allerdings in der globalisierten Wirtschaft die Realitäten ändern, spüren inzwischen auch die fortgeschrittenen Beitrittsstaaten. So sorgten in Ungarn und in der Slowakei hohe Lohnsteigerungen über mehrere Jahre hinweg von teilweise 10 bis 15% p.a. vor dem Hintergrund der noch niedrigen Arbeitsproduktivität inzwischen dafür, dass die Produktion von einfachen Gütern nach Südosteuropa (Rumänien, Bulgarien, Moldawien) oder noch weiter nach Osten (Ukraine) abwandert.

Mit der zunehmenden rechtlichen und politischen Stabilisierung und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs rückten in den vergangenen Jahren immer mehr auch kapitalbindende Beteiligungen bzw. Übernahmen und schließlich die Errichtung neuer Standorte in den Mittelpunkt. Zunehmend kommen dabei fortgeschrittene Fertigungstechniken zum Einsatz, die zugleich höherwertige Produktqualitäten ermöglichen. Ein anschauliches Beispiel liefert die deutsche Automobilindustrie, die seit Mitte der 90er Jahre die neuen Investitionschancen insbesondere in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn intensiv nutzt. Dabei ist das Auslandsengagement nicht auf die Großserienhersteller beschränkt, auch die deutschen mittelständischen Zulieferer folgen den Abnehmern mit ihrer Produktion, die ihren Absatz immer häufiger in Beitrittsstaaten findet.

Die neuen Herausforderungen

Die genannten Beispiele verdeutlichen, dass die politische Erweiterung der EU im Wirtschaftsleben längst schon Realität ist. Gleichwohl sorgen sich viele, vor allem kleinere Unternehmen vor einer nochmaligen Verschärfung des Wettbewerbs, Umfragen deuten hierauf immer wieder hin (vgl. "Die EU-Erweiterung: 10 Aussagen der deutschen Wirtschaft". Eine Umfrage der deutschen IHK-Organisation anlässlich des Gipfels von Kopenhagen, Dezember 2002). Die Hintergründe hierfür sind vielfältig und variieren nach Betriebsgröße, Regionen und Branchen. So fürchten beispielsweise nordrhein-westfälische oder baden-württembergische Unternehmen den Beitritt weniger, weil sie keinen zusätzlichen Wettbewerbsdruck erwarten. Ganz anders stellt sich die Situation für die grenznahen Regionen dar und dort vor allem im Niedriglohnssektor. Zugleich sehen eher kleine als große Unternehmen Risiken,

insbesondere überwiegend regional ausgerichtete Unternehmen der Möbel- und Textilindustrie, des Hotel- und Gaststättengewerbes, der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft und überraschend auch im IT-Sektor. Die jüngsten Tarifauseinandersetzungen in Ostdeutschland um die Verkürzung der Arbeitszeit verdeutlichen allzu sehr, dass Anpassungen in vielen Sparten der Industrie unumgänglich sein werden.

Hier ist nicht nur die Tarifpolitik gefordert, auch die Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik stehen vor Herausforderungen. Sie sind Antworten schuldig, insbesondere wie die Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen hierzulande vor dem Hintergrund der niedrigeren Arbeitskosten, Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsländern verbessert werden können. Zu beachten ist auch, dass die EU-Finanzhilfen an die Agrar-, Regional- und Strukturfonds für wirtschaftsschwache Regionen in den alten und neuen Bundesländern Deutschlands im Zuge der Erweiterung zunehmend ausgedünnt werden. Am stärksten dürften die Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen allerdings in den Grenzregionen zu spüren sein. Hier bündeln sich die Probleme, da sowohl die Konkurrenz der Firmen jenseits der Grenze als auch die Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte zusammen kommen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind spezielle Förderprogramme für die Grenzregionen vorgesehen.

Einiges deutet darauf hin, dass mittelständische Unternehmen im Hinblick auf die EU-Erweiterung noch keineswegs in ihrer ganzen Breite hinreichend gut positioniert sind. Zwar gibt es in vielen Bereichen bereits Kooperationen, angefangen von der Lohnfertigung über Vertretungen bis hin zu 100%igen Tochtergesellschaften. Allerdings bestehen oftmals noch Informations- und Vorbereitungsdefizite. Um die zusätzlichen Chancen ausloten und auf die veränderte Wettbewerbssituation angemessen reagieren zu können, muss jeder Unternehmer für sich in einer detaillierten Analyse entscheiden, mit welcher Strategie er im Außenhandel, bei Direktinvestitionen, Firmenübernahmen oder Kooperationen operieren will. Die vielfältigen Angebote, Programme und Finanzierungsmöglichkeiten, die z.B. Bundes- und Landesregierungen, das RKW, die Industrie- und Handelskammern, die KfW oder die Bundesagentur für Außenwirtschaft gerade für mittelständische Unternehmen bereit halten, bieten hier wertvolle Hilfestellung.

Mit Blick auf die EU-Erweiterung sollten die dynamischen Veränderungen im Unternehmensumfeld im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Dazu gehören insbesondere auch solche Umfeldfaktoren, die vom Unternehmen nicht zu beeinflussen sind, gleichwohl aber einen starken Einfluss auf den Erfolg eines Auslandsengagements und die Absatzsituation im Inland wie auch auf den Exportmärkten haben.

Eine besondere Rolle dürften hierbei zum einen die zukünftigen Wechselkursentwicklungen der Beitrittsländerwährungen haben. Derzeit existiert eine Fülle von Währungsregimen, die auf der einen Seite vom starr an den Euro gekoppelten Currency-Board (Litauen, Estland) bis zu frei flexiblen Kursen (Polen, Tschechien) reichen. Bei den schwankenden Währungen gab es teilweise - wie im Falle des polnischen Zloty oder des ungarischen Forint - in den letzten Monaten eine deutliche Tendenz zur Aufwertung des Euro, die einerseits die Exportbemühungen deutscher Anbieter erschwert, andererseits aber die Attraktivität der Beitrittsländer als Produktionsstandort erhöht. Bis zum Eintritt der betreffenden Währungen in den Wechselkursmechanismus und auch in der Phase danach bis zur endgültigen Festlegung der Konversionskurse zum Euro sind stärkere Schwankungen der Wechselkurse in die eine oder andere Richtung nicht auszuschließen. Auch wenn im Geschäft deutscher Unternehmen mit Mittel- und Osteuropa die Fakturierung in Euro den Standard darstellt und die Kosten der Wechselkurssicherung damit in der Regel auf den Handelspartner abgewälzt werden, sollte eine mittelfristig orientierte Planung und Kalkulation verschiedene Wechselkursszenarien in Rechnung stellen, um auf unliebsame Überraschungen vorbereitet zu sein. Die schmerzlichen Erfahrungen der im Wettbewerb mit britischen und italienischen Konkurrenten stehenden deutschen Unternehmen nach der EWS-Krise im September 1992 sollten nicht vergessen werden.

In einem sich dynamisch verändernden Umfeld spielt zum anderen die zukünftige Entwicklung der Arbeitskosten in den Beitrittsländern eine wichtige Rolle. Derzeit liegen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern die Industriestundenlöhne nur bei rund 10% bis 20% der deutschen Werte. Zur Abwägung von Standortvorteilen sind allerdings auch die meist niedrigere Arbeits- und Materialproduktivität, höhere Overhead- bzw. Koordinierungskosten, und u.U. eine niedrigere Produktqualität zu berücksichtigen. Für die nächsten Jahre ist dabei in den

Beitrittsländern nicht nur mit rasch steigenden direkten Lohnkosten zu rechnen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass auch die neuen EU-Mitglieder vor dem Problem einer Alterung der Bevölkerung stehen, auf die die dortigen öffentlichen Sozialsysteme bisher kaum vorbereitet sind. Der Druck auf die staatlichen Versorgungssysteme könnte zusätzlich noch durch eine Abwanderung von hochmotivierten und -qualifizierten Arbeitskräften in die EU verstärkt werden. Von Seiten der Lohnnebenkosten ist damit mittelfristig ebenfalls Kostendruck zu erwarten. Es wird erheblicher Anstrengungen der in Mittel- und Osteuropa investierenden bzw. etablierten deutschen Unternehmen bedürfen, um diese Belastungen durch eine Steigerung der Produktivität aufzufangen.

Ich bin jedoch davon überzeugt, dass die Chancen und der Nutzen, die sich aus der EU-Osterweiterung für die deutsche Wirtschaft ergeben, die Risiken und Kosten deutlich überwiegen. Letztlich sollte bei allen Anpassungserfordernissen, die in der globalisierten Ökonomie ohnehin unvermeidbar sind, nicht die politische Dimension der Erweiterung aus dem Blick geraten. Die wirtschaftliche Integration Europas hat in der Vergangenheit oftmals eine wesentliche Schrittmacherrolle für die Sicherung des Friedens, die Demokratisierung und die Verbreitung des Wohlstandes gespielt. Die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa ist zu begrüßen. Sie stellt die konsequente Fortführung einer erfolgreichen Strategie dar, die das politische Zusammenwachsen Europas einen weiteren Schritt nach vorne bringen sollte.

Joachim Dirschka

Die EU-Osterweiterung und ihre Auswirkungen auf das Handwerk - Anforderungen an die Politik

Mit den beiden erfolgreichen Referenden in Polen und Tschechien nimmt die EU-Osterweiterung Gestalt an. Ein Prozess, der mit dem politischen Umbruch Anfang der 90er Jahre in Osteuropa begann, wird im Jahr 2004 in eine neue Phase eintreten. Durch den Beitritt der 10 Kandidaten zur EU-15 findet quasi eine Wiedervereinigung statt, die Polen, die Tschechen, die Ungarn und die weiteren Beitrittsstaaten kehren nach Europa zurück. Die historische Dimension dieser Erweiterungsrunde ist enorm, ihre Auswirkungen auf die Zukunft des alten Kontinents werden mittelfristig auch in wirtschaftlicher Hinsicht positiv sein.

Die anstehende EU-Erweiterung stellt für das deutsche Handwerk und den Mittelstand eine große Herausforderung dar. Für die Beitrittsländer und die jetzigen Mitglieder ergeben sich wirtschaftliche Chancen, denen aber auch nicht unbeträchtliche Risiken gegenüberstehen. Aus Sicht des Handwerks, vor allem aus sächsischer Perspektive, möchte ich in diesem Beitrag die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen beschreiben, die sich als Folge des freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehrs ergeben werden. Eine deskriptive Betrachtung der Materie hilft m.E. allerdings nicht weiter, vielmehr ist eine Analyse dessen notwendig, was zu tun ist, um den Mittelstand bei der Bewältigung der Herausforderung Erweiterung zu unterstützen. Daher sind Anforderungen an die Politik zu formulieren, welche den Prozess aktiv begleiten muss.

Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage in der Bundesrepublik und den MOEL

Durch die Osterweiterung verlieren die grenznahen Regionen in Deutschland innerhalb der EU ihre Randlage, die Außengrenzen verschieben sich ost- bzw. südwärts. Zur Quantifizierung der Vor- und Nachteile des Integrationsprozesses ist es notwendig, die Ausgangsbedingungen, unter denen sich die Erweiterung vollzieht, näher zu beleuchten.

In den MOE-Ländern hat der Transformationsprozess der 90er Jahre zu einem signifikanten Strukturwandel geführt, wobei für alle Staaten festzuhalten ist, dass im Vergleich zu Westeuropa immer noch überproportional viele Beschäftigte im produzierenden Gewerbe tätig sind. Insgesamt hat sich die Wirtschaft in den MOE-Ländern positiv entwickelt, alle Schlüsselindikatoren sprechen für ein stetiges Wirtschaftswachstum. Für die Zukunft kann in diesen Staaten mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes gerechnet werden, welches über dem EU-Durchschnitt liegt.

Ein wesentlicher Unterschied der Nachbarländer Polen und Tschechien, diese sind ganz besonders relevant aus deutscher Sicht, im Vergleich zu Deutschland liegt im Lohnniveau. Gemessen an den Wechselkursen liegt das Bruttolohnniveau in den Beitrittsländern bei gerade mal einem Neuntel des deutschen Vergleichswertes, stellt man die Kaufkraftparitäten gegenüber, reduziert sich der Vorteil auf ein Drittel. Diese Zahlen belegen eindeutig, dass arbeitsintensive, humankapitalarme Branchen aufgrund der Wettbewerbnachteile unter einen erheblichen Anpassungsdruck geraten werden. Für eine Vielzahl der Handwerksunternehmen trifft dies zu. Teilweise sind diese Entwicklungen in grenznahen Räumen auch schon heute zu beobachten, eine Art Dienstleistungstourismus erleben beispielsweise schon die Kfz-Handwerker oder die Friseur. Auch für den Bereich der Bauwirtschaft sind langfristig Substitutionseffekte durch die Dienstleistungsfreiheit zu erwarten. Berücksichtigt man die Distanzkosten im Dienstleistungsbereich wird klar, dass vor allem die grenznahen Regionen betroffen sein werden.

In Summe resultieren aus der Erweiterung erhebliche regionale Arbeitsmarktrisiken, die starren Regulierungen, denen Arbeitnehmer aus den MOEL derzeit noch unterliegen, werden spätestens nach Ablauf der Übergangsfristen wegfallen. Dies wird zum einen zu „echten“ Wanderungsbewegungen mit Wohnsitzwechsel, zum anderen aber auch zu einer Erhöhung der Zahl der Grenzpendler führen. Im Grunde wird sich ein Prozess vollziehen, den wir alle schon Anfang der 90er Jahre innerhalb Deutschlands beobachten konnten, nur unter etwas anderen Vorzeichen. Das Lohngefälle ist wesentlich stärker ausgeprägt, die Sprachbarrieren wiederum werden bremsend wirken. Welche Konsequenzen muss die Wirtschaftspolitik daraus ziehen?

Förderung von Kooperationen und Informationsvermittlung an den Mittelstand

Aus dem erhöhten Anpassungsdruck, dem die arbeitsintensiven, regional grenznahen Wirtschaftsbereiche nach der Erweiterung unterliegen, erwächst Handlungsbedarf für die Politik. Vor allem für überregional handelbare Bauleistungen und für weitere Teile des Handwerks ermöglicht die Niederlassungsfreiheit den Marktzutritt von Wettbewerbern aus MOEL. Antworten auf diese Herausforderungen muss die Wirtschaftsförderung formulieren. Die verstärkte Förderung grenzüberschreitender Unternehmenskooperationen erscheint vor diesem Hintergrund dringend notwendig. Dabei kommt es nicht nur unmittelbar darauf an, derartige Kooperationen finanziell zu unterstützen, schon die gezielte Verringerung bestehender Informationsdefizite, Hilfe bei der Überwindung von kulturellen Hürden und Sprachbarrieren sind praktikable Instrumente.

Untermauert wird diese These durch eine gemeinsame Studie, die der Sächsische Handwerkstag in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Fröhler-Institut München im Jahr 2001 durchgeführt hat. Im Ergebnis der Studie konnte festgehalten werden, dass ein Großteil der über 5.000 befragten sächsischen Handwerksunternehmen noch erhebliche Informationsdefizite beklagten. Auffällig war auch, dass gerade die schlecht informierten Unternehmen in der Erweiterung mehr Risiken als Chancen sehen, während Unternehmen, die bereits Geschäftsbeziehungen zu den Beitrittsländern unterhalten, die Zukunft signifikant optimistischer beurteilen. Das trifft einerseits auf die Exportchancen zu, aber auch die Potenziale, welche die Beschaffungsmärkte in Polen und Tschechien bieten, werden bewusst wahrgenommen.

Informationsveranstaltungen, Unternehmerreisen und Messebesuche haben sich als besonders geeignete Instrumente erwiesen, um das Informationsdefizit zu reduzieren. Hier sollte die Wirtschaftsförderung ansetzen. Die positiven Erfahrungen, die wir als Sächsischer Handwerkstag und die sächsischen Handwerkskammern mit derartigen Veranstaltungen gemacht haben, sind ein Indiz für diese These. In dem Maße, wie es gelingt, weitere Unternehmen für die Thematik zu sensibilisieren, steigen die Chancen der Grenzregionen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, so dass sie keine reinen Durchgangsstationen für den intensiveren wirtschaftlichen Austausch werden.

Zukunft der EU- Strukturförderung gestalten

Um zu verhindern, dass sich infolge der EU-Erweiterung negative Effekte auf das Investitionsverhalten und damit auf die Anzahl der Industriearbeitsplätze in den grenznahen Räumen einstellen, muss die Strukturförderung im Rahmen der EU auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Durch die Osterweiterung der EU sinkt der Durchschnitt des Bruttoinlandsproduktes je Kopf in der EU. Derzeit befinden sich die neuen Länder neben strukturschwachen Regionen in Griechenland oder Portugal noch am unteren Ende der EU-Skala und genießen damit höchste Förderpriorität (sog. Ziel-1-Gebiete). Durch den rein statistisch bedingten Effekt, der ja nicht die tatsächliche Wirtschaftskraft widerspiegelt, besteht die Gefahr, dass Regionen in den neuen Ländern in eine geringere Prioritätsstufe abrutschen. Schätzungen gehen davon aus, dass allein dem Freistaat Sachsen somit ab 2007 bis zu 750 Mio. EUR weniger zur Verfügung stehen. Zur Verdeutlichung: Das entspricht in etwa 5 Prozent des sächsischen Staatshaushalts. Von der Reduzierung der Mittel wird auch das Handwerk massiv betroffen sein. Eine Vielzahl der Förderprogramme für klein- und mittelständische Unternehmen wird originär durch EU-Mittel finanziert. Überdies würde das Handwerk als Auftragnehmer von Infrastrukturprojekten direkt spüren, dass aus Brüssel weniger Zuschüsse fließen. Und nicht zuletzt bedeutet die Mittelreduktion um eine Dreiviertel Milliarde EURO auch mittelbar einen Verlust an Kaufkraft im Freistaat, den das Handwerk als endverbraucherorientierter Wirtschaftszweig besonders spürt. Insofern ist es unbedingt erforderlich, die Förderung auch nach dem Auslaufen in 2006 auf hohem Niveau fortzuführen.

Ausbau der Infrastruktur beschleunigen

Gerade vor dem Hintergrund der Erweiterung muss eine angebotsseitige Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern auf der Tagesordnung ganz oben stehen. Der Freistaat Sachsen besitzt mit den Erweiterungsländern eine 556 km lange Grenze, damit wird das sächsische Territorium zum Transitland. Insofern wird es für den Mittelstand von ganz existenzieller Bedeutung sein, überregionale Neubautrecken zu realisieren und die kommunale Verkehrsinfrastruktur deutlich zu verbessern. Die Infrastrukturlücke, welche die jungen Länder und hier besonders die Grenzregionen immer noch aufweisen, behindert Entwicklungsmöglichkeiten bereits ansässiger Unternehmen und

stellt auch ein Hindernis für weitere Neuansiedlungen dar. Wenn der Mittelstand aufgrund der signifikanten Lohnkostennachteile im Standortwettbewerb nicht „unter die Räder“ kommen soll, müssen alle anderen Potenziale ausgeschöpft werden, um den Standort zu stärken.

Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern

Generell wird sich die Wettbewerbssituation für alle Bereiche der deutschen Wirtschaft grundlegend verändern. Während einige Branchen durch die Erschließung neuer Absatz- und Beschaffungsmärkte expandieren können, geraten große Teile des Mittelstandes unter enormen Druck. Durch die zu erwartenden Wohlfahrtsgewinne in den Erweiterungsstaaten wird sich der Lohnkostennachteil mittel- und langfristig sicher relativieren, kurzfristig zeichnet sich erhebliches Gefährdungspotenzial ab.

Gerade für arbeitsintensive Bereiche, wie das Handwerk, wird viel davon abhängen, ob es der Politik gelingt, die Lohnzusatzkosten durch eine konsequente Reform der sozialen Sicherungssysteme wirksam zu senken, um das Kardinalproblem des Standorts Deutschland zu kurieren. Ein Umbau des intransparent und leistungsfeindlich ausgestalteten Steuersystems ist ein weiterer Punkt. Kontraproduktiv verhalten sich gesellschaftliche Gruppen, die darauf hinarbeiten, die Standortnachteile Deutschlands gegenüber den MOEL auszubauen. Die gegenwärtige Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeiten in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie ist Gift für den weiteren Aufbau in den neuen Ländern gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterungsrunde. Nicht zuletzt ist ein Abbau von hemmenden Regulierungen, zum Beispiel im Arbeitsrecht und im Genehmigungsrecht, eine Voraussetzung dafür, dass sich der deutsche Mittelstand auch unter den neuen Bedingungen behaupten wird.

Chancen der EU- Erweiterung für Handwerk und Mittelstand

Den Risiken der Erweiterung steht natürlich auch eine Reihe von Chancen entgegen, die konsequent genutzt werden sollten. So werden langfristig, wenn auch moderate, Wohlfahrtsgewinne für die Regionen innerhalb Europas resultieren, die relativ große Handelsanteile mit den MOEL abwickeln. Aufgrund der räumlichen Nähe sind das die deutschen Bundesländer, die entlang der Nahtstelle der bisherigen EU verlaufen.

Schon heute exportieren zahlreiche sächsische Mittelständler Waren und Dienstleistungen nach Polen oder Tschechien. Eben solche Chancen stellen Joint Ventures oder der Einkauf von Vorleistungen und Material in den Beitrittsländern dar. Die relativ geringe Kaufkraft in den MOEL, administrative Barrieren und fehlende Sprachkenntnisse begrenzen diese Aktivitäten. Laut der Studie des Sächsischen Handwerkstages sehen die sächsischen Handwerksunternehmen ihre Wettbewerbsvorteile vor allem in der Qualität, in den angewandten Fertigungsverfahren, in der Zuverlässigkeit und im Bereich Serviceleistungen.

Eine Frage in der o.g. Studie bezog sich auf die Beschäftigung von Mitarbeitern aus dem Beitrittsgebiet. Lediglich 1 Prozent der befragten Unternehmen gab an, bereits Mitarbeiter aus Tschechien oder Polen zu beschäftigen.

Hier besteht erhebliches Chancenpotenzial für den Mittelstand nach der Erweiterung. Wenn auch in der gegenwärtig konjunkturellen Situation der drohende Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft lediglich partiell wahrgenommen wird, werden sich die negativen Folgen der demographischen Entwicklung in Bälde bemerkbar machen.

Ab dem Jahr 2006 werden die „Nachwendejahrgänge“ auf dem Ausbildungsmarkt für deutlich sinkende Bewerberzahlen sorgen. Überlagert wird dieser Effekt im Freistaat Sachsen von einer in den letzten Jahren wieder zunehmenden Wanderungsbewegung in die alten Bundesländer. Für das Handwerk wird sich dann in der Fläche das Problem stellen, geeignete Bewerber für Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu akquirieren. Mittelfristig eröffnet die EU-Erweiterung die Chance, geeignete Fachkräfte aus Polen und Tschechien in die sächsischen Unternehmen zu integrieren. Von der Erweiterung können folglich auch die Mittelständler profitieren, auch wenn dies in weiten Teilen des Mittelstandes derzeit noch nicht so wahrgenommen wird. Wenn die Politik die Voraussetzungen für die Erweiterung schafft, indem sie die Rahmenbedingungen zu Gunsten der einheimischen Unternehmen verbessert, werden Mittelstand und Handwerk mit der ihnen eigenen Flexibilität die Herausforderung Osterweiterung lösen.

Hans-Christoph Noack

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung aus Sicht der Medien

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zum Anfang: In den Medien wird die Osterweiterung der Europäischen Union durchaus intensiv begleitet, doch im Wesentlichen konzentriert sich die Berichterstattung mehr auf die finanziellen Aspekte der EU und damit stark verbunden die Belastungen durch die Integration der osteuropäischen Landwirtschaften. Die Mittelstandsberichterstattung findet in diesem Zusammenhang nur eher sporadisch statt. Meist durch die Berichterstattung von Veranstaltungen von Industrie- und Handelskammern, des RKW oder der Handwerkskammern. Auch die Berichterstattung im Fernsehen – hier vor allem in öffentlich-rechtlichen Sendern und ihren Wirtschaftsmagazinen – beschränkt sich auf Fallbeispiele von Unternehmen, die schon heute in Polen, Tschechien oder Ungarn tätig sind und zum Teil erheblich investiert haben.

Wer sich wie ich mit den Inhalten und den wiedergegebenen Stimmungen beschäftigt, kommt zu folgenden Feststellungen:

1. Je kleiner die Unternehmen sind, desto größer sind die Vorbehalte ihrer Geschäftsführungen;
2. je näher der Standort der Unternehmungen an den Beitrittsländern liegt, desto klarer werden Vorbehalte geäußert;
3. je spezialisierter und größer die Unternehmen sind, desto geringer ist ihre Sorge vor möglicher Konkurrenz;
4. und....es hängt sehr stark von der Branche und dem Qualifikationsprofil ihrer Mitarbeiter ab, ob mehr Risiken oder eher Chancen gesehen werden.

Soweit die Daumenprobe, die selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Geschweige denn repräsentativ sein kann.

Aber diese vier Punkte decken sich mit der schon erwähnten Umfrage der IHK in Dresden, die vor einem Jahr eine Erhebung unter ihren Mit-

gliedern in der sächsischen Grenzregion durchgeführt hat. Sieben von zehn sächsischen Unternehmen haben die Befürchtung geäußert, dass die Erweiterung mehr Risiken als Chancen biete. Sie glauben nicht, in den Nachbarländern einen Markt für ihre Produkte zu haben. Ein Jahr zuvor hatte eine Untersuchung der IHK ergeben, dass sich acht von zehn Unternehmen nicht auf die Osterweiterung vorbereiten. Und die IHK Dresden schätzt, dass sich dieser Wert nur unwesentlich verringert habe.

Allerdings bewerten größere Unternehmen die sich abzeichnende Entwicklung positiver als die kleineren. Sechs von zehn Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten äußerten sich grundsätzlich positiv. Auf der tschechischen und polnischen Seite hingegen zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Hier sagen Unternehmer, die Risiken überwiegen die Chancen. Sie fürchten steigende Kosten, einen höheren Konkurrenzdruck und eine Abwerbung von Fachkräften.

Mir scheint, dieser Befund ist typisch für die Gemütslage der Mittelständler im grenznahen Raum, trotz aller Bemühungen von Kammern, Landes- und Bundesbehörden. Allerdings ist dies ein Phänomen, das nicht überraschen kann. So wurden vor der Einführung des Europäischen Binnenmarktes vor gut zehn Jahren auch die Chancen geringer bewertet als die Risiken. Auch damals war die Stimmung in den westlichen Bundesländern, die eine gemeinsame Grenze zu Frankreich, den Niederlanden oder Belgien hatten, eher gedämpft. Doch resümierend kann wohl festgestellt werden, dass es in Kehl am Rhein noch einen existierenden und innovativen Mittelstand gibt, wie es im Umkehrschluß auch für seine elsässische Konkurrenz gilt.

Doch lassen sie mich noch einige Anmerkungen grundsätzlicher Art machen:

Die Ausweitung und Intensivierung der internationalen oder europäischen Arbeitsteilung nach Osten bringt beiden Seiten, das heißt sowohl der jetzigen EU als auch den Mittel- und Osteuropäischen Ländern, nach aller Erfahrung per saldo beträchtliche ökonomische Wohlfahrtsgewinne:

- Die EU wird durch die Erweiterung zum mit Abstand größten Binnenmarkt der westlichen Welt (480 Mio. Verbraucher), noch vor den Vereinigten Staaten und vor Japan. Dies stärkt die Position der euro-

päischen und deutschen Unternehmen durch „economies of scale“. Zugleich steigen die Chancen, bei Zukunftstechnologien die globalen (technischen) Standards bestimmen zu können und sich damit Wettbewerbsvorsprünge in der Triade USA, Europa, Fernost zu verschaffen.

- Der Beitritt gibt den Wirtschaftsbeziehungen weiteren Schub. Er eröffnet den EU-Staaten neue Absatzmärkte in Mittel- und Osteuropa. Damit sind dauerhafte Wachstums- und Beschäftigungschancen verbunden. Das gilt vor allem für den Bereich kapitalintensiver, technologisch anspruchsvoller, komplexer Produkte und Dienstleistungen. Deutschland als größter Exporteur in der EU und als das Land mit der längsten EU-Außengrenze zu den Beitrittsländern wird davon überdurchschnittlich profitieren. Dies hat sich bereits im Exportboom 1993 bis 1998 gezeigt, als die deutschen Ausfuhren in diese Staaten um mehr als 230 Prozent zulegen konnten. Die Schwächephase des Jahres 1999 (-5,4 %), bedingt durch die internationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen, ist mittlerweile überwunden. Im ersten Halbjahr 2000 stiegen die deutschen Exporte in die MOEL erneut überdurchschnittlich um 21,3 %. Der Anteil an den deutschen Ausfuhren beträgt damit bereits 8,9 %.
- Neue Investitionschancen an den Niedriglohnstandorten Osteuropas erlauben eine weitere Optimierung der Wertschöpfungsketten. Dadurch nimmt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und westeuropäischen Wirtschaft auf den globalen Märkten insgesamt zu. Das sichert heimische Beschäftigung. Zudem werden Direktinvestitionen langfristig nicht nur in eine Richtung fließen. Nach einer Übergangszeit sind umgekehrt auch beschäftigungswirksame Investitionen aus Beitrittsländern in der alten EU zu erwarten.
- Auf den Grenzräumen lastet einerseits erhöhter Anpassungsdruck; ohne gegensteuernde Maßnahmen besteht die Gefahr der Entwicklung zu reinen Transitregionen. Auf der anderen Seite bieten sich den grenznahen Räumen auch besondere wirtschaftliche Chancen aufgrund ihrer geographischen Nähe zu den kostengünstigen Beschaffungs- und Absatzmärkten sowie der vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten. Die deutschen grenznahen Regionen rücken mehr und mehr ins Zentrum des Europäischen Binnenmarkts. Hierdurch

sollten auch diese Räume von der dynamisch wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung mit den mittel- und osteuropäischen Ländern nachhaltig profitieren können.

- Nicht zuletzt kann die Zuwanderung (hoch-)qualifizierter Fachkräfte aus den Beitrittsstaaten längerfristig einen Beitrag zur Überwindung des demographiebedingt steigenden Kräftedefizits in Deutschland leisten.

Den Risiken und Herausforderungen der EU-Osterweiterung, die im folgenden angesprochen werden, sind die wechselseitigen ökonomischen Impulse gegenüberzustellen, die aus dem wirtschaftlichen Aufschwung der neuen Mitgliedstaaten resultieren. Alles, was die Leistungskraft dieser Volkswirtschaften stärkt, stärkt zugleich deren Importfähigkeit. Dadurch steigen wiederum die Absatzchancen der europäischen und deutschen Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa.

Problemfelder der EU-Osterweiterung

Die Wirtschaftsleistung der Kandidatenländer ist mit einem kumulierten Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 340 Mrd. € (4,2 % des BIP der EU-15) zu gering, um die europäische bzw. deutsche Wirtschaft nach einem Beitritt aus dem Gleichgewicht zu werfen. In vielen Sektoren sind die ökonomischen Anpassungsprozesse seit der Beseitigung des Eisernen Vorhangs 1989/90 bereits weit vorangeschritten.

Gleichwohl sind in Teilbereichen vor allem aufgrund des nach wie vor enormen Gefälles im wirtschaftlichen Entwicklungsstand Probleme erkennbar, die nicht nur die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten, sondern auch die Erweiterungsfähigkeit der EU herausfordern.

So erreichen beispielsweise die Bruttomonatslöhne als Indikator für die Arbeitskostenbelastung in den Beitrittsländern nur zwischen 7 und 50 Prozent des Durchschnitts der EU-15. Arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche in den bisherigen Mitgliedstaaten stellt dieser Kostenvorteil im Wettbewerb auf eine harte Belastungsprobe.

- Um eine Überforderung einzelner Sektoren im Anpassungsprozess zu vermeiden,

- regionale Krisen zu verhindern und
- Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt auszuschließen

ist es notwendig, Problemfelder in den einzelnen „Beitrittskapiteln“ sorgfältig zu identifizieren und zu analysieren. Absehbare wirtschaftliche und soziale Schief lagen müssen möglichst schon vor Beitritt bereinigt, zumindest aber nach Beitritt in geordnete Bahnen gelenkt und abgefedert werden.

Das wiederum ist Voraussetzung, um

- die Akzeptanz für die EU-Osterweiterung in der Bevölkerung und im Mittelstand zu sichern und
- den europäischen Einigungsprozess insgesamt nicht zu schwächen und zu gefährden.

Insgesamt erscheinen die mittelständischen Unternehmen, vor allem die kleineren, auf die EU-Osterweiterung noch nicht ausreichend vorbereitet. Die Wirtschaftspolitik kann hier unterstützend wirken, indem sie optimale Rahmenbedingungen setzt, etwa durch die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen. Zum anderen muss es gelingen, durch Informationsangebote aller Art von Kammern, Verbänden und selbstverständlich auch durch die Medien – die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat hier als weitere Informationsplattform seit vier Jahren eine wöchentlich erscheinende Spezialberichterstattung unter dem Titel „Europa Praxis“ geschaffen - den Sinn für die Herausforderung und die Chancen zu schärfen. Schließlich wird der deutsche Beitrittsgewinn durch die Osterweiterung der EU auf 1,5 Prozent des Sozialprodukts geschätzt.

Das bedeutet aber auch, dass in einer sehr mittelständischen Wirtschaftsverfassung wie der deutschen, die kleineren und mittleren Unternehmen daran partizipieren werden. Inwieweit, liegt an ihnen selbst, wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sich nicht noch mehr verschlechtern. Aber in erster Linie müssen jedoch die Unternehmen selbst die Voraussetzungen schaffen, um ihren Vorteil bei der EU-Osterweiterung zu nutzen.

Dr. Ludwig Baumgarten

Chancen und Risiken für die Luft- und Raumfahrtindustrie durch die EU-Osterweiterung

Internationale Zusammenarbeit für die Menschen

Europa wächst zusammen. Und mit diesem Europa verschmelzen auch die Märkte, der Lebensstandard und die Art, wie der Alltag bewältigt wird, gleichen sich an. Technologie bestimmt in dieser Informationsgesellschaft immer mehr den Alltag. Die Luft- und Raumfahrt macht unter anderem mit Flugreisen und Satellitenkommunikation die Welt jeden Tag subjektiv ein bisschen kleiner. Sie ist aber kein Selbstzweck, das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss immer wieder geprüft werden. Die bisherige Bilanz ist aus meiner Sicht positiv.

Anwendungen der Erdbeobachtung und Satellitenkommunikation/-navigation helfen dabei, das Leben auf der Erde sicherer zu gestalten. Forschung unter Weltraumbedingungen und Extraterrestrik, bemannte Raumfahrt haben der Menschheit neue Kenntnisse über ihre Herkunft, ihr Sein und auch ihre Zukunft aufgezeigt.

Die Mobilität ist ein tragendes Element unserer modernen Gesellschaft. Die Luftfahrt führt Menschen zusammen und ist auch aus der Weltwirtschaft nicht mehr wegzudenken.

Luft- und Raumfahrt haben entscheidenden Anteil an der Erkenntnis über die begrenzten Ausmaße unseres Planeten und dem Verständnis, dass die Menschen auf der Erde "in einem Boot sitzen". Dem Boot Erde.

Viele Fragen lassen sich nur im *internationalen Kontext* beantworten. Globale Anstrengungen sind erforderlich, um die Zukunft zu gestalten. Die internationale Raumstation ISS zeugt von der Fähigkeit der Menschen und deren Willen, gemeinsam neue Wege zu gehen. Internationale Zusammenarbeit wird in der Luft- und Raumfahrt Tag für Tag mit Leben gefüllt. So überbrückt die verstärkte Zusammenarbeit zwi-

schen USA, Europa und Russland alte Gräben. Aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch umwelt-, außen- und sicherheitspolitische Ziele lassen sich besser in enger Kooperation erreichen.

Die EU-Osterweiterung wird diese internationale Zusammenarbeit weiter forcieren. Auch für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie gilt es, diese Zusammenarbeit zu nutzen und aktiv zu gestalten.

Auf *europäischer Ebene* werden gemeinsame Projekte erarbeitet wie z.B. das europäische Satellitensystem Galileo für Navigation, das bis 2008 nach unabhängiger Schätzung ca. 100.000 Arbeitsplätze schaffen wird oder auch das neu strukturierte europäische Trägersystem Ariane, das Europa den garantierten Zugang zum Weltraum ermöglicht. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas wird hiervon wesentlich beeinflusst.

Vereinte europäische Anstrengungen in einem gemeinsamen Markt vermögen es, auch gegen einen scheinbar übermächtigen Wettbewerber zu bestehen; die Markterfolge von Airbus sind hier wegweisend.

Trotz der oben genannten Erfolge muss man sich vergegenwärtigen, dass Luft- und Raumfahrt strategische Elemente und Stützen der staatlichen Souveränität sind und daher nie einem vollständig freien Wettbewerb unterliegen können. Durch den unterschiedlich hohen Anteil an nationalen institutionellen Aufträgen und Förderungen – insbesondere auch im Militärssegment – bestehen für die Unternehmen aus verschiedenen Ländern stark differierende Rahmenbedingungen. Entscheidungen zum Erwerb von Satelliten, Trägersystemen und Flugzeugen durch die Institutionen der Beitrittsländer beeinflussen maßgeblich die Markteintrittschancen für Unternehmen und können die Integration und Angleichung in Europa fördern. Schritte zur Harmonisierung und gegenseitigen Abstimmung wurden bereits eingeleitet und sollten gestärkt werden.

Zukunftstechnologien der Luft- und Raumfahrt in den Beitrittsstaaten

Die Beitrittskandidaten verfügen über eine erhebliche wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und Potenzial, insbesondere in den Bereichen Technik, Physik und angewandte Mechanik. Diese EU-Analyse deckt sich mit

den Erfahrungen des DLR. Die technologischen Fähigkeiten resultieren in Exporten besonders aus den Bereichen Maschinenbau und Elektronik, Energiewirtschaft, Textilindustrie, chemische Produktion und Lebensmittelindustrie.

Die sektoralen Strukturen und Technologiefelder der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten untereinander und im Vergleich zu den EU-Ländern sind sehr heterogen:

- Das verstaatlichte Wirtschaftssystem im Ostblock war im Luft- und Raumfahrtbereich eher strategisch als kommerziell orientiert. Sowohl die Forschung als auch die Unternehmen müssen hier – wie allerdings auch bei uns – noch einige Entwicklungen vollziehen.
- Die Waren- und Industriestruktur orientierte sich verstärkt an den vorhandenen Ressourcen im primären und sekundären Sektor. Dienstleistungen, aber auch kommerzielle High-Tech-Produkte hatten – bis auf strategisch bedingte Ausnahmen – keine Priorität. Gerade im Hochtechnologiebereich holen die Beitrittskandidaten erheblich und rasch auf. Insbesondere Ungarn und die Tschechische Republik verfügen schon jetzt über eine Vielzahl konkurrenzfähiger Produkte.
- Die frühere Integration in den Warschauer Vertrag und damit auch in den Forschungsverbund mit der Akademie der Wissenschaften Russlands hat dazu geführt, dass die strategischen Elemente der Wertschöpfungsketten (wie raumfahrtspezifische Schwerpunktinfrastrukturen) nicht in den einzelnen Ländern, sondern zentral in der UdSSR erstellt wurden. In den Ländern des ehemaligen Ostblocks sind dementsprechend verstärkt spezielle Fähigkeiten im wissenschaftlichen Gerätebau sowie bei Ausrüstungen und Subsystemen/-komponenten zu finden, ein Bereich, in dem gerade deutsche Raumfahrtunternehmen stark sind.

Die engere wirtschaftliche und wissenschaftliche Verzahnung führt mittel- und langfristig zu homogeneren Strukturen.

Deutsche KMU in der Luft- und Raumfahrt

Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ist sehr stark geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ca. 65% der Unternehmen der deutschen Luft- und Raumfahrt Zulieferindustrie zählen zu den

kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Dies ist sowohl in der Luftfahrt als auch der Raumfahrt der Fall.

Technologisch liegt die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie weltweit mit anderen Industrienationen an der Spitze. Der internationale Konkurrenzdruck – gerade auch in der Raumfahrt durch aufstrebende Nationen wie China, Indien, Brasilien, Israel – nimmt jedoch vehement zu.

Auswirkungen der EU-Osterweiterung für die mittelständische deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie

Forschung & Entwicklung

Die Forschung ist eine gemeinsame Säule in der EU. Die Rahmenprogramme fördern den Wissenstransfer und -austausch zwischen den Mitgliedstaaten. Die Luft- und Raumfahrt besitzt eine exponierte Position, wobei Organisationen wie die ESA seit Jahrzehnten die gemeinsame Forschung in den Vordergrund stellen. Durch die Erweiterung wird auch dieser Wissenstransfer einen weiteren Ausbau mit allen Chancen und Risiken für die beteiligten Partnerländer und deren Wirtschaft erfahren.

Im internationalen Engagement des DLR nehmen die Staaten Mittel- und Osteuropas eine bedeutende Stellung ein. Das DLR fördert die Bestrebungen der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) nach Integration in europäische Forschungsstrukturen.

Im Bereich der Luftfahrt unterstützt das DLR die Aufnahme MOEL als assoziierte Mitglieder in die EREA (Association of European Research Establishments in Aeronautics). Hierbei steht die Durchführung gemeinsamer EU-Projekte im Vordergrund. In der ersten Ausschreibungsrunde für das 6. Forschungsrahmenprogramm der EU liegen Projektvorschläge insbesondere mit Partneruniversitäten und -instituten aus Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien und Lettland vor.

Bei der Raumfahrt werden die Bestrebungen zur Einbindung der Beitrittsländer in den Rahmen der ESA unterstützt. Als erster Schritt wird die Etablierung der Kategorie „Europäischer Kooperierender Staat“ gefördert, um die Annäherung der Beitrittsstaaten an die Arbeitsweise und Standards der ESA zu forcieren. Zusätzlich gibt es schon eine Reihe

wissenschaftlicher Kooperationen - Beispiele hierfür: Am Rosetta Lander sind das Atomic Energy Research Center sowie die TU Budapest in Ungarn und die Polnische Akademie der Wissenschaften beteiligt; Polen, Slowakei und Ungarn sind kooperierende Staaten von EUMETSAT, der europäischen Organisation für den Betrieb von Wettersatelliten.

Europas Zukunft hängt weitgehend davon ab, wie es die Länder der EU schaffen, ihr Wissenspotenzial zu bündeln, strategisch auszurichten und in abgestimmten F&E-Systemen zu arbeiten. Hier hat auch schon die EU-Kommission eine Initiative zur Schaffung eines europäischen Forschungsraumes gestartet. Dieser Forschungsraum muss jedoch intensiv auch von dem deutschen Mittelstand gestaltet und genutzt werden, damit die Interessen Deutschlands in angemessener Weise berücksichtigt werden können.

Die internationale Kooperation ist keine Einbahnstraße. So dürfen auch von den Beitrittskandidaten Anstrengungen für das Zusammenwachsen erwartet werden. Diese drücken sich in den Finanz- und Wirtschaftsrahmenbedingungen, aber auch in einzelnen Kooperationsvereinbarungen aus. Die Öffnung der Märkte muss in beide Richtungen erfolgen. Gemeinsame Projekte erfordern auch gemeinsame Unterstützung.

Produktion und Absatz

Im Zusammenhang mit dem stärkeren Engagement der EU in der europäischen Raumfahrt muss auch die geplante EU-Osterweiterung verstärkt in den Blickwinkel der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie gerückt werden. Hier ergeben sich insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Luft- und Raumfahrt Chancen und Risiken, da sich neue (vor allem institutionelle) Märkte ergeben, aber auch neue Konkurrenzsituationen entstehen.

Expertenmeinung ist es, dass die Chancen der EU-Osterweiterung die Risiken für den deutschen Mittelstand übertreffen. Gilt dies auch für Hochtechnologiebereiche?

Eine differenzierte Betrachtungsweise erscheint hier notwendig und sinnvoll: Wie das Institut für Wirtschaftsforschung 2001 in einer Studie feststellte, weisen arbeitsintensive, aber humankapitalarme (kurz: „lohn-

kostensensible“) Branchen in Deutschland im Vergleich zu den MOEL Wettbewerbsnachteile auf, während für humankapital-, sachkapital- und F&E-intensive Branchen eher Wettbewerbsvorteile zu erwarten sind.

Die Luft- und Raumfahrtindustrie gehört eindeutig zu den letztgenannten F&E-intensiven Branchen. *Verlagerungen von Aufgabenpaketen* erfordern gerade im Hochtechnologiebereich ein hohes Qualitätsbewusstsein und darauf ausgerichtete Monitoring- und Messsysteme. Die Qualitätskomponente der Produkte hat eine erhebliche Dimension. Fehler können zu Katastrophen mit weitreichenden Folgen führen. Die Produktion in den Beitrittsländern wird mit Know-how-Transfer flankiert, der Intensitätsgrad hängt hier entscheidend von dem im Land herrschenden technologischen Level ab; mittel- und langfristig führt dies zu einer Stärkung potenzieller Konkurrenz. Die Elemente, die die Wertschöpfungskette dominieren, werden deshalb aus ökonomischen Gründen zuerst kaum verlagert. Jedoch ist die Luft- und Raumfahrt wegen ihres strategischen und institutionell dominierten Marktes häufig anderen Regelungen unterworfen.

Eine Fertigungs- und teilweise auch Entwicklungsverlagerung unkritischer Komponenten kann aber relativ rasch erfolgen. Diese Entwicklung hat sich auch schon in den letzten Jahren vollzogen, in denen insbesondere die Tschechische Republik und Polen im Bereich Luftfahrt sehr aktiv waren. Hier werden zum Teil komplexe Systeme aufgebaut. Der Markt der gegenwärtigen EU wird als Expansionsfeld erschlossen.

Lohnkostensensible Aufgabenfelder (z.B. einfache Textilfertigung) wandern auch zwischen den Beitrittsländern schnell. Der Anstieg des Lohnniveaus in der Tschechischen Republik führt in Teilbereichen schon jetzt dazu, dass Fertigungen in die (noch) lohnkostengünstigeren baltischen Staaten verlegt werden, in denen das Lohnniveau nochmals niedriger liegt. Hier steht der deutsche Mittelstand vor der Notwendigkeit, seine Investitionen in den Beitrittsländern immer wieder zu hinterfragen.

Neben der Verlagerung von Arbeitspaketen sollte der deutsche Mittelstand jedoch verstärkt prüfen, inwieweit durch zusätzliche Niederlassungen in den Beitrittsstaaten nicht *neue Märkte* erschlossen werden können. Dies ist in der Luft- und Raumfahrt auch ein wichtiges politisches Thema, da in dieser Branche der institutionelle Markt einen wesentlichen Faktor darstellt.

Nach einer ersten Einschätzung besteht in den Beitrittsländern insbesondere Nachholbedarf in der Raumfahrt an Satellitenkommunikation (Data Transferring Services, mobile Kommunikationssysteme), Erdbeobachtung (Umweltschutz, Katastrophenvermeidung, Geodaten für die Agrarwirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik), Navigation (z.B. Trackingsysteme für das Verkehrsmanagement) und in der Luftfahrt an Kleinflugzeugen und Verteidigungssystemen.

Unternehmensteile und Tochtergesellschaften vor Ort erhöhen die Chancen, mit eigenen Produkten und Dienstleistungen den institutionellen und kommerziellen Markt zu betreten. Eine politische Flankierung mit Hinweis auf die politische, strategische und ökonomische Dimension dieser Entscheidungen kann in Einzelfällen notwendig sein.

Eine weitere Möglichkeit für den deutschen Mittelstand ist die *Neuorganisation der Wertschöpfungskette* unter Einbezug der Unternehmen in den Beitrittsländern entsprechend ihrer technologischen Kompetenz. Hier kann gerade die Heterogenität innerhalb der erweiterten EU eine große Chance bieten, um durch Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort für die deutsche Industrie einen Wettbewerbsvorsprung zu generieren.

Bei High-tech-Produkten ist die Konkurrenz aus den Beitrittsländern noch nicht durchgängig so stark wie im lohnsensiblen Bereich, aber – wie oben bereits erwähnt - zunehmend. Auch neue Mitglieder in der ESA können bzw. werden den Konkurrenzdruck auf KMU erhöhen, insbesondere durch die ESA-Angleichungsprogramme, die Kandidaten für attraktive Nischenmärkte vorbereiten. Es entstehen Kapazitäten und Kompetenzen, die zum größten Teil bei den gegenwärtigen ESA-Mitgliedern vorhanden sind. Hier treffen die in den Beitrittsländern vorhandenen speziellen Fähigkeiten im wissenschaftlichen Gerätebau sowie bei Ausrüstungen und Subsystemen/-komponenten auf deutsche Schwerpunkte.

Der Beitritt der osteuropäischen Länder gilt für viele deutsche Mittelständler als Signal, dass ihre in den MOEL bereits getätigten und geplanten Investitionen im europäischen Rechtsrahmen erfolgen. Darüber hinaus gilt der Beitritt als notwendige Bedingung, damit bestehende Geschäftsbeziehungen nicht gefährdet werden. Die Planungssicherheit spielt hier eine wesentliche Rolle.

Mittel- und langfristig wird es eine Angleichung der Kompetenzen geben. Dies wird durch den Austausch qualifizierter Mitarbeiter, durch Schulungen vor Ort und gemeinsame Projekte forciert. Der Austausch von Gastwissenschaftlern – wie dies beim DLR seit langem praktiziert wird – betont die gemeinsame Interessenlage und ist auch in einem zweiten Schritt wirtschaftlich nutzbar. Bereits heute arbeitet Fachpersonal aus den Beitrittsländern in deutschen Unternehmen und verringert den Mangel an spezifischem ingenieurwissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland. Hier entstehen Initiativen über bestehende Kontakte in die alte Heimat, die auch zu wirtschaftlichen Vorteilen genutzt werden.

Wissenstransfer und Zusammenwachsen erfolgen über die Menschen und deren soziale Interaktion. Diese soziale Interaktion wird entscheidend sein, wenn es darum geht, die Erweiterung der EU positiv zu nutzen, Luft- und Raumfahrttechnologien für die Menschen einzusetzen und vielleicht sogar auch zu erkennen, ob wir mit dem "Boot Erde" allein im Universum sind.

Dr.-Ing. Jürgen Großmann in Zusammenarbeit mit Nikolaus Schuck

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Georgsmarienhütte Unternehmensgruppe

Am 13. Dezember 2002 entschieden sich die Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Mitglieder bei ihrem Gipfeltreffen in Kopenhagen einstimmig für einen Beitritt der osteuropäischen Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie von Malta und Zypern zur Europäischen Union (EU) am 01. Mai 2004. Frühestens zwei Jahre danach sollen der Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des Euro erfolgen.

Die künftige EU wird schlagartig um 20% auf etwa 450 Millionen Einwohner wachsen und damit nach China und Indien und noch vor Rußland (etwa 150 Millionen Einwohner) und den USA (etwa 260 Millionen Einwohner) die größte Staatengruppe der Welt sein.

Wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme der 10 Kandidaten in die EU war die Erfüllung folgender Bedingungen:

- Demokratische Grundordnung, Wahrung der Menschenrechte
- Funktionierende Marktwirtschaft
- Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck in der EU standzuhalten
- Anpassung an die Ziele der politischen, wirtschaftlichen und monetären Union

Skeptiker erwarten in den nächsten Jahren innerhalb der künftigen EU erhebliche finanzielle Verteilungskämpfe. Angesichts der Erweiterung auf 25 Länder gilt es für viele auch als wahrscheinlich, dass z.B. in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik die künftige EU noch weniger als bisher mit einer Stimme sprechen wird.

Nach einer ZDF-Umfrage im Dezember 2002 erwarten von der EU-Osterweiterung nur 17% der Deutschen Vorteile, 31% nur Nachteile und 42% sowohl Vor- als auch Nachteile (10% waren ohne Meinung).

Tatsächlich klaffen zwischen den 15 „alten“ und den 10 „neuen“ EU-Ländern noch erhebliche ökonomische Lücken. Dies gilt in erster Linie für das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Aber auch die durchschnittliche Inflationsrate und Arbeitslosenquote sind in den 10 Kandidatenländern deutlich ungünstiger. Lediglich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum fällt aufgrund der erheblich niedrigeren Ausgangssituation günstiger als bei den 15 „alten“ EU-Ländern aus. Zusammengefaßt ergibt sich für 2001 folgendes Bild:

	15 EU-Mitglieder	10 EU-Kandidaten
BIP/Einwohner Euro	23.000	10.500
Wirtschaftswachstum %	2,3	3,4
Inflationsrate %	2,9	5,1
Arbeitslosenquote %	8,5	10,2

Was erwartet nun ein mittelständisch strukturierter Firmenverbund wie die Georgsmarienhütte Unternehmensgruppe von dieser Osterweiterung?

Die Georgsmarienhütte Unternehmensgruppe besteht zur Zeit aus 38 Firmen, die im Jahr 2002 mit insgesamt 10.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,5 Mrd. Euro erzielten. Sie werden ohne die Fesseln konzerngebundener Unternehmensführung und ohne bürokratischen Aufwand von einer kleinen Holding geführt. Die Gruppe ist überwiegend in der Stahlerzeugung und -verarbeitung tätig und gliedert sich in die Sparten

- Rohstoff Recycling
- Stahl
- Schmiede
- Guss
- Anlagenbau

Da es keinen Konzernverbund im herkömmlichen Sinne gibt, ist jedes Unternehmen für seinen Erfolg eigenverantwortlich. Obwohl damit auch jedes Mitglied der Gruppe seine eigene Absatzstrategie verfolgen muss, treffen sich die für den Vertrieb zuständigen Geschäftsführer regelmäßig, um einen Erfahrungsaustausch z.B. über gemeinsame Vertriebswege und Kunden vorzunehmen.

Selbstverständlich gehört hierzu auch das Thema „Osterweiterung der EU“. Aus diesem Grunde wurden im September 2002 während einer Klausurtagung die möglichen Konsequenzen für die Georgsmarienhütte Unternehmensgruppe analysiert.

Bereits heute sind die 10 Beitrittsländer für

- 9% der GMH-Firmen Absatzmärkte
- 7% der GMH-Firmen Wettbewerber
- 3% der GMH-Firmen Beschaffungsmärkte

Zukünftig gelten die 10 Beitrittsländer für

- 28% der GMH-Firmen als Absatzmärkte
- 22% der GMH-Firmen als Beschaffungsmärkte
- 18% der GMH-Firmen als Wettbewerber
- 12% der GMH-Firmen als Kooperationspartner

Dabei bilden bisher und künftig die Länder Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn die eindeutigen Schwerpunkte.

Nach Sparten ergibt sich folgendes Bild:

Im Stahlbereich eröffnen sich zusätzliche Absatzchancen, da die Automobilindustrie und ihre Zulieferfirmen ihre Aktivitäten z.T. von West- nach Osteuropa verlagern und dabei ihre bisherigen „Versorgungsbasen“ nachziehen.

Dadurch wird jedoch gleichzeitig der Wettbewerbsdruck auf unsere heutigen westeuropäischen Kunden weiter wachsen und dort voraussichtlich unsere eigenen Absatzmöglichkeiten beeinträchtigen.

Der Wettbewerbsdruck der Stahlindustrie insbesondere aus den Ländern Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn dürfte nicht weiter zunehmen. Die Privatisierung - Voraussetzung für die Restrukturierung - kommt in diesen Ländern nämlich nur sehr schleppend voran. Im Wesentlichen haben sich bisher lediglich Lucchini in Polen sowie Max Aicher und Voest-Alpine in Ungarn als Investoren engagiert. Die häufigen Personalkostenvorteile werden durch höhere Produktivität in den alten EU-Staaten ausgeglichen.

Im Schmiedebereich wird für unsere Freiform- und Gesenkschmieden ebenfalls keine zusätzliche Konkurrenz erwartet. Dagegen muss man auf dem Bahnsektor damit rechnen, dass vor allem die tschechischen Hersteller von Rollendem Bahnmateriale ihre bereits sehr leistungsfähigen Fertigungsanlagen ausbauen und ihr hohes Know-how weiter steigern werden.

Unsere Gießereien beurteilen ihre eigenen Absatzchancen zum großen Teil sehr skeptisch, halten andererseits eine weitere Verschärfung der Wettbewerbssituation für unwahrscheinlich.

Unsere im Anlagen- und Kranbau tätigen GMH-Firmen müssen nur dann mit einem schärferen Wettbewerb rechnen, wenn die in Frage kommenden Firmen insbesondere in Polen in der Lage sind, ihre sehr gute technische Ausstattung durch ein deutlich verbessertes Marketing auszusüßfen.

Als vorläufiges Fazit lässt sich feststellen:

Die zusätzlichen Absatzmöglichkeiten, die sich insgesamt für die GMH-Gruppe in den künftigen EU-Ländern eröffnen, werden z.T. durch erstarkte Wettbewerber aus diesen Ländern wieder kompensiert.

Im ersten Schritt sollen eigene Vertriebsniederlassungen mit einheimischen Fachleuten für die einzelnen GMH-Sparten (Stahl, Schmiede, Guss und Anlagenbau) errichtet werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte der Erwerb von eigenen Produktionsstätten in den osteuropäischen Ländern nicht durch Kauf sondern nur durch den Bau „auf der grünen Wiese“ erfolgversprechend sein.

Nachdem inzwischen die endgültige Entscheidung über den Beitritt der 10 EU- Kandidaten gefallen ist, werden von der GMH-Gruppe nunmehr alle Schritte eingeleitet, um die tatsächlichen Chancen und Risiken auszuloten. Ziel unserer Gruppe ist es, auch in Osteuropa insbesondere auf der Vertriebs- und Beschaffungsseite die ersten Ränge zu besetzen.

Matti Paasila

Die EU-Osterweiterung – Chancen für die Sarna Kunststoff Holding AG

Die EU-Osterweiterung ist eine Tatsache. Die Unternehmen müssen sich nüchtern und realistisch mit diesem Szenario auseinandersetzen und die notwendigen Maßnahmen umsetzen. Die schweizerische Sarna Gruppe sieht in der Osterweiterung eine Wachstumschance.

Die Erweiterung der EU durch zehn weitere Staaten ist beschlossen. Und sie hat, das kann hier gleich vorweg genommen werden, große Vorteile: Die Erweiterung bringt eine wesentliche Zunahme der Bevölkerung der EU. Damit erschließt sich ein riesiges wirtschaftliches Potenzial sowohl in den neuen wie auch in den alten Mitgliedstaaten. In den meisten Beitrittsstaaten wurden in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Reformen angepackt, die vielfach zu einem höheren Wachstum als in der EU geführt haben. Ausgelöst und gefördert hat die Reformen und das Wachstum die bevorstehende Aufnahme in die EU. Die Beitrittsgesuche und -verhandlungen haben sich damit bereits als starker Wirtschaftsmotor erwiesen. Mit den zusätzlichen Investitionen in Osteuropa und mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen steigt die Kaufkraft. Das hat positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Unternehmen im Westen, aber vor allem auch im Osten. Zudem sind die politischen Risiken abwägbar. In den beitretenden Staaten herrschen weitgehend demokratische Strukturen westlichen Standards. Zudem wird mit der Einbindung der Staaten der Demokratisierungsprozess weiter gefördert und gestärkt.

Chancen für ein Schweizer Unternehmen

Auch für die Sarna Kunststoff Holding AG mit ihrem Konzernhauptsitz in der Schweiz eröffnen sich mit der EU-Osterweiterung zusätzliche Chancen. Dazu ein kurzer Exkurs aus Schweizer Sicht: Zwar ist die Schweiz nicht EU-Mitglied, die neuen Mitgliedstaaten müssen jedoch den Rechtsbestand der EU übernehmen, dazu gehören auch die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU. Die Wahrscheinlichkeit ist deshalb groß, dass die für Schweizer Exportunternehmen wichtigen bilate-

ralen Verträge auch in den neuen Mitgliedstaaten vollständige Anwendung finden werden.

Die Sarna Gruppe entwickelt und produziert anspruchsvolle Anwendungen im Kunststoffbereich. Sie konzentriert sich auf zwei Haupttätigkeitsgebiete: Hochwertige Abdichtungen im Hoch- und Tiefbau (Sarnafil Division) sowie technische Teile für die Automobilbranche (Sarnamotive Divisionen Europa und Amerika). Die Sarna Gruppe hat Produktionsstandorte in der Schweiz, in Deutschland, in den USA, in Mexiko sowie in China.

Bereits seit einigen Jahren ist die in der Bauindustrie tätige Sarnafil Division mit einer eigenen Verkaufsorganisation in Osteuropa tätig. Im Rahmen der EU-Osterweiterung werden die Verkaufsanstrengungen in Osteuropa weiter verstärkt. Hier rechnet die Sarna mit steigenden Investitionen im Baubereich, vor allem für neue Gewerbe- und Industriebauten. Für den europäischen Markt wird zur Zeit einzig in der Schweiz produziert. Dabei fallen in diesem Geschäft die in der Schweiz höheren Personalkosten nicht sehr stark ins Gewicht, da in der Produktion von Kunststoffabdichtungsbahnen die Rohstoffpreise die größten Kosten bilden. Eine Verlagerung der Produktion der Kunststoffabdichtungsbahnen nach Osteuropa ist deshalb nicht aktuell.

Anders präsentiert sich das Bild in der Sarnamotive Division Europa, die mit Tochtergesellschaften in der Schweiz und in Deutschland vertreten ist. Zu ihren Kunden gehören in erster Linie die grossen deutschen Automobilproduzenten sowie die Systemlieferanten. Hier wird die Sarna noch in diesem Jahr einen neuen Produktionsstandort in Tschechien in der Region Liberec eröffnen. Dafür gibt es folgende Hauptgründe:

- Die Automobilindustrie verlagert ihre eigene Montagetätigkeit vermehrt in den Osten. Damit verlagern auch die Systemlieferanten ihre Produktion. Als mittelständisches Unternehmen ist man gezwungen, diesen Schritt ebenfalls zu machen. Die Nähe zum Kunden, die Nähe zum Produktionsstandort der Kunden ist gerade in der Automobilindustrie oftmals wettbewerbsentscheidend. Die Logistik mit dem ‚Just-in-time-Konzept‘ ist komplex und teuer.
- Untersuchungen zeigen zudem, dass die arbeitsabhängigen Produktionskosten in den Beitrittsländern immer noch viel tiefer liegen als

in der übrigen EU. Und es ist davon auszugehen, dass sie auch in den nächsten zehn Jahren tiefer bleiben werden als in den westlichen Industriestaaten. Mit Blick auf den sehr großen Kosten- und Margendruck haben wir auch hier keine andere Chance, als mit der Produktion in Niedriglohnländer auszuweichen.

Die Eröffnung eines neuen Produktionsstandortes in Tschechien ist für die Sarna Gruppe ein wichtiger und notwendiger Schritt. Er heißt aber nicht, dass das Unternehmen deshalb den Produktionsstandort Schweiz oder Deutschland gänzlich aufgeben wird. Im Gegenteil: Im Jahr 2002 hat die Sarna Gruppe den Entscheid gefällt, in Lüdenscheid in ein neues Werk mit moderner Produktion, Montage und Lackiererei zu investieren. Das Werk soll unsere Kompetenzen im europäischen Automobilzuliefergeschäft vermehrt konzentrieren. Zudem können bestehende, dezentrale Standorte zusammengefasst und damit Kosten gesenkt werden.

Nach wie vor bleibt für uns der Standort Deutschland sehr wichtig. Während wir im Osten die Nähe zu den Produktionsstätten der Kunden suchen, wollen wir im Westen in der Nähe der Zentralen, das heißt bei den Entscheidungsträgern, bei den Design- sowie Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bleiben. In vielen Bereichen, vor allem im Management, im Engineering aber auch in der Produktion sind wir zudem auf bestens ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. In diesen Bereichen wird in den neuen EU-Ländern in kurzer Zeit der „war for talents“ – der Kampf um die guten, nicht in unbegrenzter Zahl verfügbaren Leute – sehr schnell zunehmen.

Kurz: Die EU-Osterweiterung bringt der gesamten europäischen Wirtschaft Vorteile und wichtige Impulse. Sie bringt auch den Unternehmen, die sich auf die neue Situation einstellen und rasch handeln, Wettbewerbsvorteile und die Möglichkeit zu weiterem Wachstum. Verlieren werden jedoch die Unternehmen, die sich nicht rechtzeitig und entschlossen genug an die neuen Realitäten anpassen.

Mitglieder des RKW-Kuratoriums

Dr. Otmar Franz

Vorsitzender des RKW-Kuratoriums

Dr. Ludwig Baumgarten

Mitglied des Vorstandes des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels e.V.

Prof. Dr. Clemens Börsig

Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG

Prof. Dr.-Ing. Werner Breitschwerdt

DaimlerChrysler AG

Edelgard Bulmahn

Bundesministerin für Bildung und Forschung

Wolfgang Clement

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

Joachim Dirschka

Präsident der Handwerkskammer zu Leipzig

Bernhard Dorn

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Instituts für Produktivität und Qualität e.V.

Prof. Dr. Gerhard Fels

Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft

Prof. Dr. Jürgen Gramke

Vorstandsvorsitzender des Institute for European Affairs

Dr. Jürgen Großmann

Geschäftsführender Gesellschafter der Georgsmarienhütte Holding GmbH

Dr. h.c. Eberhard Heinke

Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen a.D.

Prof. Dr. Engelbert Heitkamp

Vorsitzender des Aufsichtsrates der E. Heitkamp GmbH

Dr. Friedrich Homann

Generalbevollmächtigter der Interessengemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e.V.

Dr. Reinhard Höppner

Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt a.D.

Roland Issen

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft a.D.

Senator e.h. Bruno Köbele

Vizepräsident des Internationalen Bundes

Christiane Krajewski

Ministerin und Finanzsenatorin a.D.

Dr. Heinz Kriwet

Mitglied des Aufsichtsrates der Thyssen-Krupp AG

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Maßberg

Lehrstuhl für Produktionssysteme Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Werner Meißner

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Angela Merkel MdB

Bundenvorsitzende der CDU

Friedrich Merz MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Werner Müller

Vorstandsvorsitzender der RAG Aktiengesellschaft

Dr. Klaus Murmann

Vorsitzender des Vorstandes der Sauer-Danfoss (Neumünster) GmbH & Co. KG

Dr. Karl-Heinz Narjes

Vizepräsident der EU-Kommission a.D.

Hans-Christoph Noack

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Friedhelm Ost

Staatssekretär a.D.

Matti Paasila

Vorsitzender der Gruppenleitung der
Sarna Kunststoff Holding AG

Prof. Dr. Werner Pfeiffer

Leiter des Betriebswirtschaftlichen Instituts der
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Matthias Platzeck

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Dr. Johannes Rau

Bundespräsident

Dr. Günter Rexrodt MdB

Bundesminister für Wirtschaft a.D.

Prof. Dr. Günter Rinsche

Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung

Petra Roth

Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main

Dr. Peter Rudhart

Vorsitzender des Vorstandes der Thyssen Schachtbau AG

Harald Schartau

Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

Peter M. Schmidhuber

Mitglied der EU-Kommission a.D.

Hubertus Schmoldt

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie

Peter von Siemens

Mitglied des Aufsichtsrates der Siemens AG

Heide Simonis

Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Prof. Dr.-Ing. Günter Spur

Institut für Werkzeugmaschinen und Fabrikbetrieb Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Joachim Starbatty

Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Universität Tübingen

Dr. Helga Steeg

Exekutivdirektorin der Internationalen Energie-Agentur IEA a.D.

Christa Thoben

Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur a.D.

Dr. Ludolf von Wartenberg

Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Prof. Dr. Annette Winkler

Chief Executive Officer DaimlerChrysler Belgium/Luxembourg S.A./N.V.

Matthias Wissmann MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union

Veröffentlichungen des RKW-Kuratoriums

Das RKW-Kuratorium bietet eine hochrangige Plattform für den vom Tagesgeschehen unbelasteten Diskurs. Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft treffen sich hier, um für den Mittelstand neue Lösungsansätze zu finden.

Veröffentlichung der Beiträge von Mitgliedern des RKW-Kuratoriums aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft anlässlich der Jahressitzungen des Kuratoriums

Der Aufbau der neuen Bundesländer

Beiträge von: Prof. Dr. Werner Breitschwerdt, Sir Leon Brittan, Joachim Dirschka, Prof. Wolfram Engels, Prof. Dr. Gerhard Fels, Roland Issen, Jürgen Jeske, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Bruno Köbele, Conrad-Michael Lehment, Prof. Dr. Werner Meißner, Dr. Angela Merkel, Heinz-Werner Meyer, Dr. Herbert Müller, Prof. Dr. Werner Münch, Dr. Klaus Murmann, Dr. Karl-Heinz Narjes, Friedhelm Ost, Matti Paasila, Dr. Johannes Rau, Dr. Günter Rexrodt, Prof. Dr. Günter Rinsche, Peter M. Schmidhuber, Dr. Lothar Späth, Prof. Dr. Günter Spur, Prof. Dr. Erich Staudt, Helga Steeg, Christa Thoben, Dr. Annette Winkler.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 1993

Die neuen Bundesländer und ihre Partner im Osten

Beiträge von: Joachim Dirschka, Roland Issen, Jürgen Jeske, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Conrad-Michael Lehment, Dr. Angela Merkel, Heinz-Werner Meyer, Dr. Herbert Müller, Dr. Klaus Murmann, Dr. Karl-Heinz Narjes, Matti Paasila, Dr. Johannes Rau, Dr. Günter Rexrodt, Peter M. Schmidhuber, Dr. Lothar Späth, Prof. Dr. Günter Spur, Helga Steeg.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 1994

Die neuen Bundesländer und Japan

Beiträge von: Joachim Dirschka, Bernhard Dorn, Roland Issen, Jürgen Jeske, Dr. Angela Merkel, Dr. Herbert Müller, Dr. Karl-Heinz Narjes, Friedhelm Ost, Dr. Johannes Rau, Dr. Günter Rexrodt, Prof. Dr. Günter Rinsche, Peter M. Schmidhuber, Prof. Dr. Günter Spur, Prof. Dr. Erich Staudt.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 1995

Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Beiträge von: Joachim Dirschka, Rüdiger Frohn, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Dr. Angela Merkel, Friedhelm Ost, Dr. Günter Rexrodt, Prof. Dr. Erich Staudt.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 1996

Innovationen in Deutschland

Beiträge von: Siegfried Bleicher, Joachim Dirschka, Bernhard Dorn, Prof. Dr. Gerhard Fels, Gerd Freund, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Dr. Angela Merkel, Dr. Herbert Müller, Dr. Johannes Rau, Dr. Günter Rexrodt, Heide Simonis, Dr. Lothar Späth, Prof. Dr. Erich Staudt, Helga Steeg, Matthias Wissmann.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 1997

Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit

Beiträge von: Bernhard Dorn, Prof. Dr. Gerhard Fels, Dr. Jürgen Großmann, Erhard Jauck, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Bruno Köbele, Dr. Tyll Necker, Dr. Johannes Rau, Dr. Günter Rexrodt, Peter M. Schmidhuber, Peter von Siemens, Heide Simonis, Prof. Dr. Günter Spur, Matthias Wissmann, Dr. Monika Wulf-Mathies.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 1998

Globalisierung – Herausforderung und Chance für den deutschen Mittelstand

Beiträge von: Joachim Dirschka, Bernhard Dorn, Prof. Dr. Gerhard Fels, Dr. Jürgen Großmann, Eberhard Heinke, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Bruno Köbele, Christiane Krajewski, Prof. Dr. Werner Meißner, Dr. Angela Merkel, Jürgen W. Möllemann, Dr. Herbert Müller, Friedhelm Ost, Dr. Johannes Rau, Dr. Günter Rexrodt, Prof. Dr. Günter Rinsche, Peter M. Schmidhuber, Hubertus Schmoldt, Dr. Lothar Späth, Prof. Dr. Günter Spur, Prof. Dr. Erich Staudt, Helga Steeg, Matthias Wissmann.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 1999

Aus- und Weiterbildung für den deutschen Mittelstand

Beiträge von: Joachim Dirschka, Bernhard Dorn, Dr. Jürgen Großmann, Eberhard Heinke, Roland Issen, Jürgen Jeske, Bruno Köbele, Christiane Krajewski, Prof. Dr. Werner Meißner, Dr. Angela Merkel, Jürgen W. Möllemann, Dr. Herbert Müller, Dr. Werner Müller, Friedhelm Ost, Prof. Dr. Winfried Schlaffke, Prof. Dr. Erich Staudt, Dr. Helga Steeg, Heide Simonis, Matthias Wissmann.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 2000

Der Generationenvertrag Seine Bedeutung für den deutschen Mittelstand

Beiträge von: Joachim Dirschka, Dr. Jürgen Großmann, Roland Issen, Prof. Dr. Werner Meißner, Friedrich Merz, Friedhelm Ost, Harald Schartau, Hubertus Schmoldt, Peter von Siemens, Heide Simonis, Prof. Dr. Günter Spur, Prof. Dr. Erich Staudt, Dr. Helga Steeg, Christa Thoben, Dr. Ludolf von Wartenberg.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 2001

Zuwanderung, Arbeitsmarkt und der deutsche Mittelstand

Beiträge von: Joachim Dirschka, Bernhard Dorn, Prof. Dr. Gerhard Fels,
Dr. Jürgen Großmann, Dr. h.c. Eberhard Heinke,
Dr. Reinhard Höppner, Dr. Carsten Kreklau, Dr. Angela Merkel MdB,
Jürgen W. Möllemann MdL, Dr. Werner Müller, Friedhelm Ost MdB,
Dr. Johannes Rau, Dr. Bernd Rohwer MdL, Manfred Schallmeyer,
Harald Schartau MdL, Prof. Dr. Günter Spur, Prof. Dr. Erich Staudt,
Dr. Helga Steeg, Matthias Wissmann MdB.

Herausgegeben von Dr. Otmar Franz
Eschborn 2002

© 2003 Alle Rechte vorbehalten

RKW - Verlag

Düsseldorfer Straße 40
65760 Eschborn

RKW-Nr. 1469
ISBN 3-89644-216-3

Layout und Druck: RKW, Eschborn